Informations-Dienst

ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN

ID

erscheint wöchentlich Nr. 359 21.November 80 2,50 DM incl. 6,5 % D 1870 C

PAN AMERICAN

WENN DIESER ID VERSPÄTET KOMMT, DENKT DARAN:
DER POSTSTREIK MUSS SEIN, DIE NACHTSCHICHT NICHT!
EURE NACHTSCHICHTLER VOM ID-LAY OUT

NEUES VON DEN NEUEN NOMADEN

Die Gruppe „No Haft für Sess Maden" - einTreck von ca. 30 Leuten, die seit einem Jahr mit Wohnwagen, Treckern, Tipis, Planwagen etc. herumziehen (siehe auch ID 337 + 345) hat Schwierigkeiten mit den Behörden. Seit drei Monaten ungefähr befindet sich der Treck auf einem Platz bei Eiterbach im Odenwald, von den Behörden geduldet, von den Nachbarn akzeptiert (einer hat ihnen auch eine Stromleitung gelegt). Dieser Platz sollte als Winterquartier dienen, umfangreiche Vorbereitungen dazu laufen schon seit einigen Wochen. Jetzt aber rückte der Landrat mit einigen Bullen an, und kündigte mehr oder weniger unverblümt eine Räumung des Platzes an. Wenn es jetzt demnächst schneien würde, bräuchten sie sich nicht wegscheuchen zu lassen (altes Landfahrerrecht), aber so, wie die Dinge (im Föhn) stehen, sieht es jetzt sehr schlecht aus.
Leute mit Ideen, Widerstandsphantasien etc. sollen wenn möglich bald bei ihnen aufkreuzen.
Adresse: 69 01 Eiterbach (über Heiligkreuzsteinach) An der Quelle

Die ID-Schwerpunktnummer über die südamerikanischen Indianer, Zwillings-Bruder-Schwester zu diesem Heft, ist wegen der großen Nachfrage neu aufgelegt worden und kann bei uns bestellt werden. Preis: zwei Mark fünfzig; Postscheckkonto Frankfurt 525228-602; und vermerkt bitte deutlichst: "Nr. 353".

seite 1 | KURZE | seite 1

PROZESS GEGEN ERLANGER STADTZEITUNG „WAS LEFFT"

Der Erlanger Stadtzeitung „Was Lefft" (WL) flatterte vor einiger Zeit eine Anzeige gegen den presserechtlich Verantwortlichen der WL Nr. 37 ins Haus. Außerdem wurde die Ausgabe Nr. 41 beschlagnahmt.
Die „Was Lefft"-Leute schreiben dazu:

Bei der Anzeige handelt es sich um „einen erfolglosen Aufruf zu einer strafbaren Handlung", gemeint ist die Wehrpaßverbrennung im Mai 1980, die nicht stattgefunden hatte. D.h., es wurden keine Wehrpässe verbrannt, auch war niemand da, der die Absicht dazu hatte, dafür schwirrten jede Menge Spitzel und Grünberockte rum.

Die Beschlagnahmung der Oktober-Was Lefft erging wegen „verleumderischer Beleidigung". Inkriminiert wurde der Veranstaltungshinweise auf die Anti-Strauß-Demo, und dabei besonders das Eingehen auf den mysteriösen Tod des Olaf Ritzmann. Die Beschlagnahmung galt als erfolgt, wenn die entsprechenden Stellen unkenntlich gemacht wären. So ging ein Großteil der letzten Ausgabe eingeschwärzt in den Handel. Ihren Zweck hatte dieser Veranstaltungshinweis jedoch bereits erfüllt, die Demo fand am 30.9. statt, während der Gerichtsbeschluß erst am 1.10. ergangen ist.

Bereits diese Demo lieferte einen Hinweis auf das Vorgehen der hiesigen Polizei im „Fall Ritzmann", der Zug wurde dauernd gestoppt, um Transparente zu beschlagnahmen, die sich mit dem „Mord befaßten. Auf einem dieser Transparente stand: „Wir trauern um Olaf — von der Polizei in den Tod gejagt". Die Nürnberger Initiative „Rock gegen Rechts", die auch diese Demo mitorganisiert hatte, bekam inzwischen auch eine Anzeige wegen Beleidigung, bezogen auf das Flugblatt mit dem sie zur Demo aufgerufen hatte.

Spenden sind zahlreich und gehäuft auf die Konten: Spendenkonto Sparkasse Erlangen Nr. 27 66 69, B. Pfauth (Was Lefft), Stichwort Olaf bzw. Wehrpaß
und
Spendenkonton Postscheckamt Nünrberg Nr. 176716-859, D. Weberpals, Kenntwort Olaf (Rock gegen Rechts) erbeten.

Im Zuge der gewaltigen Prozeßkostenlawine wird die Was Lefft am 19.12. ein Weihnachtssolidaritätsfest veranstalten. Näheres hierüber in Bälde. Um Unterstützung jeglicher Art wird jetzt schon nachgesucht.

Kontakt: Was Lefft, Hindenburgstr. 17, 852 Erlangen, Tel.: 09131/29220 oder 27789.

Bundeskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung (s.ID 357)

Am 8. November fand in Göttingen das Vorbereitungstreffen zur Buko statt.

Wir bringen Auszüge aus dem Protokoll des Vorbereitungstreffens.

Am Anfang des Treffens entwickelte sich eine kontroverse Diskussion darüber, was sich die einzelnen Gruppen von der Bundeskonferenz versprechen, welche Schwerpunkte die inhaltliche Diskussion haben sollte. Viele Gruppen sahen in der bisherigen Tagesordnung die Gefahr, daß sich die Bundeskonferenz zu stark mit „Sachfragen" beschäfigt und die Probleme des weiteren Widerstands außen vor bleiben könnten. Die Diskussion konzentrierte sich dann auf die Frage, welchen Raum die Diskussion in Arbeitsgruppen und welchen die im Plenum einnehmen soll. Nach langer Diskussion einigten sich das Vorbereitungstreffen (ohne Gegenstimme) auf folgenden Vorschlag zur Tagesordnung und zum Zeitablauf: **Samstag, 11 Uhr: Beginn der Bundeskonferenz; 12 Uhr: Eröffnungsplenum; 13 Uhr: Arbeitsgruppen; 20 Uhr: Ende der Arbeitsgruppen: 21 Uhr: Buko-Fete; 21 Uhr: Besprechung der AG-Vertreter etc..**

Sonntag, 9 Uhr: Beginn des Bundeskonferenz-Plenums; „Wie arbeiten wir weiter? Welche Schwerpunkte für unseren Widerstand und unsere inhaltliche Arbeit setzen wir uns für die nächste Zeit?"; 12.30 Uhr: Mittagspause; 15.30 Uhr: Zusammenfassung der Ergebnisse der Bundeskonferenz; 16 Uhr: Ende des Plenums und der Bundeskonferenz.

Materialmappe: Eine 160 Seiten umfassende Materialmappe mit Beiträgen zu den einzelnen Arbeitsgruppen und zu allgemeinen Fragen der Bewegung kann bestellt werden bei: BBA Ostertorsteinweg 43, 28 Bremen, Tel.: 0421/7327530. Die Materialmappe kostet 6,- DM plus 2,- DM Porto.

Materialmappenanhang: Bis zum 24. November können noch Beiträge für die Bundeskonferenz an die BBA geschickt werden. Diese Beiträge werden als Anhang zur Materialmappe auf der Bundeskonferenz vorliegen.

Nachbereitung der Bundeskonferenz: Die Protokolle der Arbeitsgruppen und die Ergebnisse der Plenumsdiskussion sollen zu einer Ergebnismappe zusammengestellt werden. Dazu wird am Wochenende des 13./14. Dezember in Darmstadt eine BUKO-Nachbereitungstreffen stattfinden, auf dem auch die erste Auswertung der Bundeskonferenz und die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen der Anti-AKW-Bewegung diskutiert werden soll. Alle interessierten Gruppen sind dazu eingeladen, insbesondere die Protokollanten der Arbeitsgruppen.

Also, auf geht's zur **Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung am 29./30. November in Bremen.**

Und nicht vergessen: Anmelden!!! Sonst gibt's keinen Schlafplatz.

Und: Teller, Tasse und Löffel mitbringen (Plastikgeschirr wird nicht zur Verfügung gestellt)

Kontakt: Göttinger Arbeitskreis, Postfach 45, 34 Göttingen, Tel.: 0551/77 00 158, Mo., Di., Do.+ Fr. 19 - 21 Uhr.

Infos gesucht

Gabi aus Saarbrücken schreibt uns, daß sie Informationen über Australien und Neuseeland sucht. Welche Leute wollen dorthin oder waren da und können ihr Tips geben ? „Lasst mich nicht allzulange warten.", schreibt sie noch dazu. Also, auf geht's, wer Infos hat:

Gabi Becker, Mainzerstr. 131, 6600 Saarbrükken, Tel.: 0681 / 6 28 61

Zu neuen Ufern – zu offensiver Taktik
Wie kommt die Antiatom-Bewegung aus ihrer jetzigen Dauerkrise?

Zur inhaltlichen Vorbereitung der Bundeskonferenz der Atomgegner am 29./30.November in Bremen (Themenschwerpunkte siehe ID Nr. 357) ist dieser Tage eine 159 Seiten dicke Materialsammlung an teilnehmende und interessierte Gruppen verschickt worden.

Erste Reaktion drauf: Wer kann denn das alles vor der Konferenz durchlesen? Zweite Reaktion: Warum ist so viel Wichtiges weggelassen worden? Planungs- und technisch/wissenschaftliche Fakten stehen neben unterschiedlichen Einschätzungen, Erfahrungen, diversen Polizeiprotokollen vom Dorf 1 004, Wissen wo's lang gehen muß, internationale Absprachen Unterschriftensammlungen gegen das Atommüllager in Gorleben undsoweiter... Alles in allem, die Vorhut hat kräftig das Wort. Das Themenkaleidoskop ist spannend. Jede/r will mehr erreichen. Zu wünschen ist allen ein produktiver Gärungsprozeß." Tagungsort ist die Universität Bremen, GW II steht dran am Gebäude. Samstag gehts um 11 Uhr los bis Sonntag 16 Uhr. Weg vom Bahnhof: Gustav-Deetjen Tunnel, Hermann-Böse-Str. bis Stern (7 Min. zu Fuß) von dort trampen bis Uni (geht wunderbar, ist eingebürgerte Tramperhaltestelle).

Materialsammlung 8.- DM, Konferenz-Unkostenbeitrag 5.-, so sehen die jetzigen Kalkulationen aus.

Kontakt: wendet Euch an Eure örtlichen BI's.

Und an die örtliche Dauerkrise...

KURZE seite 2

Kritische Naturwissenschaftler gegen die hessische WAA

Physiker, Chemiker, Techniker, Biologen, Mediziner etc. pp. werden aufgerufen, sich bei der Vermittlung der Gefahren einer Wiederaufbereitungsanlage in allgemeinverständlicher Form zu beteiligen.

Helmut Burdorf, Mozartweg 12, 3553 Cölbe, Tel. 06421/82827

Mitarbeiter-innen einer Beratungsstelle für Verhütungsmittel in Spanien vorübergehend festgenommen

Am Dienstag, den 21. Oktober wurden alle Personen, die sich im Planungszentrum "Los Naranjos" und in einem Privathaus in Sevilla befanden, von der Polizei festgenommen und nach drei Tagen gegen Kaution entlassen. Die angegebene Begründung für die großangelegte Aktion war der Vorwurf, die Mitarbeitenden des Plaungszentrums würden Abtreibungen vornehmen.

Das Planungszentrum "Los Naranjos" war eine von einem Kollektiv betriebene Beratungsstelle für Verhütungsmethoden ungewollter Schwangerschaften.

In Spanien sind Abtreibungen ohne Ausnahme illegal. Wer sie vornimmt, an sich vornehmen läßt oder irgendwie hilft, Geld oder ein Auto zur Verfügung stellt, den Betroffenen einen Kaffee zubereitet, ..., hat mit mehreren Jahren Gefängnis zu rechnen. Diese Illegalität verhindert aber keineswegs, daß Frauen abtreiben; allenfalls unter schlimmeren Bedingungen treiben jährlich 300.000 Frauen in Spanien ab, wobei 3.000 sterben. In Andalusien zum Beispiel ist es weitverbreitet, daß die betroffenen Frauen von Hausdächern springen, um eine Fehlgeburt herbeizuführen. Im Baskenland wurde vor kurzem eine Frau festgenommen, die mit Nadel und Seifenlauge arbeitete.

In dieser Lage haben sich in einigen Städten Spaniens Gruppen gebildet, die nicht nur für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen und die Verpflichtung der Krankenkassen, alle Kosten für Versicherte und Nicht-Versicherte zu übernehmen, eintreten, sondern diese Forderung auch praktisch geltend machen. Sie vollziehen es einfach, aber zu wesentlich niedrigeren Preisen als allgemein üblich (8.000 pst statt 40 oder 50 Tausend Peseten; 200 Mark statt 800 oder 1.000), mit der schonenden Absaugmethode und Plastikmaterial, die das Risiko eines Zwischenfalls wesentlich harabsetzen.

Die Polizei wirft den Festgenommenen vor, eine dieser Gruppen zu sein. Deshalb ist in Kürze auch ein Prozeß zu erwarten. Frauen, die im Baskenland im Oktober vergangenen Jahres wegen Abtreibung vor Gericht standen, sind bisher aufgrund der breiten Solidarität nicht verurteilt worden. Es geht aber nicht nur darum, eine Verurteilung der jetzt Festgenommenen zu verhindern, sondern auch durch Solidarität im Ausland dazu beizutragen, die Legalisierung der Abtreibung in Spanien durchzusetzen.

Kontakt: Beate Zimmermann, Breslauerstr. 37, 43 Essen

NACHTRAG ZUR ALTERNATIVZEITUNGS-LISTE

Wir haben Lib- Lit vergessen !!!! Hier ist sie:
Libertäre Literatur - Zeitschrift, Postfach 71 83 69, 5000 Köln 71. Erscheint halbjährlich seit 10 / '78, Auflagenhöhe 2000 Exempl.

Lieder gegen Stadtzerstörung

Bei der letzten Hausbesetzung in Siegen wurde ein Liederbuch gemacht (50 Seiten, gegen DM 3,50 + DM 0,80 Porto). Zu beziehen bei der 'Initiative für eine lebenswerte Stadt', 59 Siegen, Hagener Str. 84 gegen Vorauskasse auf Postscheckkonto Claudia Saalbach, Herford, 157296-403 Essen.

KURZE

Ziviler Ersatzdienst verweigert – Prozeßtermin

Am Donnerstag, den 27. November, 11 Uhr, Amtsgericht Hannover, Zimmer 305 findet der Prozeß gegen Götz (?) statt, der sich weigert, den zivilen Ersatzdienst anzutreten.

Am 1. und 2. Dezember hat der Kriegsdienstverweigerer Horst Balzer seinen Berufungsprozeß vor dem Landgericht Kassel. Horst sitzt seit seinem ersten Prozeß in Untersuchungshaft, das damalige Urteil lautete 13 (!) Monate wegen "Fahnenflucht"! (Näheres erfahrt ihr von Tom und Volker unter (0511) 47 21 58).

Schließlich findet am Abend des 27. NOVEMBER im Rahmen der Friedenswoche im Raschplatz-Pavillon ab 19.30 Uhr eine Podiumsdiskussion unter dem Motto "Arbeit für den Frieden" statt. Unter anderem wird auch ein Vertreter der Totalverweigerung im Podium sitzen!

Kontaktadresse wie vorher: DFG/VK c/o Klaus Falk, Ferdinand-Wallbrecht Str. 9, 3 Hannover 1, (0511) 628922

Zur Türkei und zu den Grauen Wölfen

Eine Informationsbroschüre über die Türkei und den Grauen Wölfen, sowie über die Kurdenfrage ist erschienen. Aus dem Inhalt: Türkische Faschisten in der Türkei und Westeuropa, die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft, Aktivitäten türkischer Faschisten in der BRD u.v.a.m. Die Doku kanngegen Einsendung vom 3,50 DM bezogen werden bei:

Initiative Ausländer und Deutsche, Kulturladen Nord, Wurzelbauerstr. 35, 8500 Nürnberg

KURZE

Schwarzer Faden ist wieder da

Der SCHWARZE FADEN wird mit veränderter Konzeption weitererscheinen. Als wir Anfang dieses Jahres die Vierteljahresschrift konzipierten, war nicht abzusehen, daß sich in kurzer Zeit recht viele anarchistische Zeitungen gründen würden. Weil es uns darauf ankommt, daß keine unnötige Konkurrenz entsteht und alle Zeitungen nebeneinander existieren können, wollen wir unser Vorhaben (Theorie, Diskussionsforum, Analysen, Kultur, Hintergrundberichte etc.) dahingehend verändern, daß wir der aktuellen Diskussion und gesellschaftlichen Analyse den grössten Raum geben, während theoretische Beiträge, die mehr oder weniger „Zeitloses" zu entwickeln versuchen, eingeschränkt werden und in anderen Publikationen, die mit diesem Schwerpunkt arbeiten wollen, erscheinen könnten. Wir denken, daß wir damit auch denjenigen entgegenkommen, die uns bisher „zu akademisch" oder „zu abgehoben" empfunden haben.

Die neue Nummer ist erschienen und enthält Beiträge über: Zürich, Zapfenstreich, Knastarchiteltur (zweiter Teil), Magna Charta, Kritiken am geplanten FAU (Freie Arbeiter-Union) —Kongreß, eine Vorstellung der libertären Partei der USA, ein Beitrag zur Gewaltfreiheit und Selbstverwaltung etc.

3,– DM & 50 Pfg. Porto

Kontakt: Redaktion 'Schwarzer Faden' c/o Wolfgang Haug / Obere Weibermarktstr. 3 / 7410 Reutlingen / Tel.: 07121 / 37 04 94

Radio Pflasterstein auf 102

Göttingen, im November 80

Radio Pflasterstein ist endlich auf Sendung. Jeden Samstag um 19.30 Uhr können uns hoffentlich viele Leute auf 102 MHz hören.

Da Ernst Strahlemann Albrecht ja unbedingt in Niedersachsehn den Privatfunk einführen will, tun wir ihm doch den Gefallen. Schluß endlich mit dem Gewäsch der bürgerlichen Medien, bauen wir uns unsere eigenen!

Auf daß wir all die Schweinereien, die sich die da oben auf unsre Kosten leisten, aufdecken.

Am Mittwoch, 12.11., gab es die Nullsendung mit Beiträgen zur Demo in Hannover gegen die Militarismus-Show vom Vortag und zu einer Demo, die in Göttingen einen Tag später gegen den Besuch von Charly Carstens, Aufrüstung und Wohnungnot lief.

Am folgenden Samstag dann die erste reguläre Sendung: Mit Musik von den Bots, Swinging Mescalero und Walter Mossmann wurde über einen aktuellen Berufsverbotsfall und die Perspektiven im Göttinger Häuserkampf berichtet.

Also noch einmal: Wenn in Göttingen Samstags um halb acht die Bots mit ‚Sieben Tage lang' im Äther erklingen, dann sind's die Revolutionären Wellen auf 102 MHz.

Kontakt: Buchladen, Rote Straße 10, 34 Göttingen.

Le Monde – THE TIMES – Kölner Stadt-Anzeiger – Herald Tribune – General-Anzeiger für Bonn und Umgegend – Frankfurter Allgemeine – DIE WELT – Handelsblatt Deutsche Wirtschaftszeitung Industriekurier – Frankfurter Rundschau – KURZE

Film über den Times - Konflikt

Über die Solidaritätsaktionen der Frankfurter Kolleg/inn/en im Rahmen des Konfliktes bei der ‚Times' hat die Arbeit und Film e.V. einen Film hergestellt. Dieser kann beim **Landesbezirk Hessen der IG Druck und Papier, Wilhelm-Leuschnerstr. 69 - 77, Tel.: 0611 / 25 20 95** oder bei **Arbeit und Film e.V.Wielandstr. 57, Tel. 0611 / 59 51 52 (beide Ffm)** ausgeliehen werden.

Neues Politikon Heft erschienen

Nach langer Zeit ist wieder ein neues Heft (Politikon Nr. 65) erschienen. Inhalt: Krankheitsbilder und Alpträume, Provokatorische Ohnmacht: Sartre's Flaubert-Studie, Selbsthilfe-ein Mythos ?, Essen und Gefressenwerden, Zur Soziogenese von Oralität (könnt ihr eigentlich auch deutsch????d.setz.), Zum Tagebuch von Peter Glotz.

Gegen Einsendung von 3,-- DM in Briefmarken kann es bezogen werden bei:

Redaktion Politikon, Postfach 640, 3400 Göttingen

Stop den Autobahnbau!
Vorrang für Fußgänger und Radfahrer!

Eine Schallplatte der Bürgerinitiative Westtangente. Zehn Lieder für DM 15 (+ 2,50 DM Porto). BIW Cheruskerstr. 10, 1 Berlin 62

"Ein 'Harrisburg' des Datenschutzes wird es nicht geben – der GAU passiert täglich im normalen Funktionieren der Informationssysteme". Zu dieser deprimierenden These kommt die "Wechselwirkung", Zeitschrift für Technik – Naturwissenschaft – Gesellschaft, in ihrem Novemberheft 1980. Schwerpunkt des Hefts ist: Datenverarbeitung – Ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle. Die Artikel zum Schwerpunkt: Sesam öffne dich! – Datenschutz und Lohnarbeit – Von der sozialen Sicherheit zur sozialen Kontrolle – "Der Vandalismus nimmt allgemein zu" – Der neue Personalausweis – Durchsetzung eines Personalinformationssystems – Technische Entwicklung auf dem Gebiet der Elektronischen Datenverarbeitung.

Weitere Themen sind: Zum Verhältnis von Spieltheorie und Wirklichkeit (der Erfinder der Spieltheorie in der Volkswirtschaftslehre, erfährst du da, hat selbst am Bau der Atombombe in Los Alamos, USA, teilgenommen), Braunkohlentagebau, Big Brother (das ist wohl die größte Abhöranlage der Welt), Chemie-Wissenschaftsläden in den Niederlanden, Werbewochen der Chemie, Evolution und Energiekrise.

5,- DM, November 80 — Nr. 7
WECHSELWIRKUNG
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT
SCHWERPUNKT: Datenverarbeitung — Ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle

Das Programm der "Wechselwirkung": die Zeitschrift berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte. Sie analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. Sie bietet Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern ein Diskussionsforum.

Die "Wechselwirkung" erscheint vierteljährlich; jedes Heft kostet fünf Mark. Bestellungen an "Wechselwirkung", Gneisenaustr. 2, Mehringhof, 1000 Berlin 61, Tel. 030/691-2032. Übrigens: als Schwerpunkt für Heft 8 ist geplant "Frauen in Naturwissenschaft und Technik".

PROZESS GEGEN HERMANN FEILING, SYBILLE STRAUB UND SYLVIA HERZINGER

1. Mai Paris: Fußballboykot

Frankfurt, 18.11.80

Am 23.6.1978 explodiert in einer Heidelberger Wohnung ein selbstgebastelter Sprengsatz, der den damals 27-jährigen Hermann Feiling so schwer verletzt, daß ihm beide Beine amputiert und beide Augen entfernt werden müssen. Die nun zur Verhandlung anstehende Anklage wirft Hermann Feiling vor, mit dem vorzeitig explodierten Sprengkörper einen Anschlag auf das Argentinische Generalkonsulat in München geplant zu haben.
Den beiden Mitangeklagten Sybille Straub und Sylvia Herzinger wird wie Hermann Feiling vorgeworfen, Mitglieder der "Revolutionären Zellen" (RZ) gewesen zu sein (§ 129). Die Anklage stützt sich einzig und allein auf die unter illegalen und terroristischen Umständen entstandenen "Aussageprotokolle" des monatelangen Verhörs von Hermann Feiling (s.u.)

Ziel dieser wahrhaft "argentinischen" Verhörmethoden war vor allem, für die Anschläge, die den RZ "zugerechnet" werden, Täter zu finden.

Im Juni 1978 fand in Argentinien die Fußballweltmeisterschaft statt. Dazu schreibt Hermann Feiling in einer Erklärung zum Prozeß:

"20 000 Tote forderte der Militärputsch in kurzer Zeit in Argentinien. Heute sind argentinische Gruppen und Berater in Bolivien dem putschenden Militär behilflich ... Die blutige Verfolgung des Widerstandes in Ländern Lateinamerikas ist Bedingung einer Wirtschaftspolitik, die für die Masse der Bevölkerung ökonomischer Völkermord heißt und den Konzernen die Türen öffnet"

Im folgenden eine kurzgefaßte Chronologie der Ereignisse, die teils argentinisch, teil deutsch anmuten, jedenfalls aber nur der Anfang von dem sein sollen, was Dr. Herold die "Verobjektivierung des Strafverfahrens" nennt.

Reinhard/ID

Auszüge aus der 'Doku' der "Initiative" f. Hermann, Sybille und Sylvia":

Noch drei Tage nach der vorzeitigen Explosion und Operation erklärt das Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart, FEILING befinde sich in 'Lebensgefahr', am selben Tag erklärt der behandelnde Arzt den Eltern dasselbe.
(Quelle: Heidelberger Rundschau 26.6.78 & Aktennotiz RA BAYER)

Von daher war es eine bemerkenswerte humanitäre Leistung des zuständigen LKS's, bereits am Morgen nach der Operation in Hermann eine voll vernehmungsfähige Person auszumachen. Dies mit Hilfe eines Arztes namens DRESSLER, der für die Dauer der Vernehmungen nicht einmal ein zeitliches Limit setzte, selber aber in der Regel nur um die fünf Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medizinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungsmaßnahmen selbsttätig zur Hand gingen.

Insgesamt war Hermann FEILING 4 1/2 Monate in dieser Lage der absoluten Hilflosigkeit, der Schmerzen, der eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, der säuglingshaften Abhängigkeit, ferngehalten von allen Freunden, ferngehalten von jedem Anwalt seiner Wahl. Während die 'Vernehmungen' munter liefen. Eingeleitet von einem Staatsanwalt, einem gewissen WECHSUNG, den FEILING für einen Rechtsanwalt hielt — und dies alles unter der rechtsstaatlich superben Bedingung, daß zu keiner Zeit ein Haftbefehl gegen ihn verkündet worden war.

ÜBER DIE PRODUKTION VON AUSSAGEN

"Ich fühle mich wie eine lächerliche Masse".

(F.: Tonbandcassette)

Hermann FEILING wird am Tag nach der Explosion und der Operation zum ersten Mal 'angehört'; ein Begriff, den es in der deutschen Strafprozeßordnung nicht gibt.

Die Ergebnisse dieser 'Anhörung' werden von den Ermittlungsorganen als 'Aussagen' bewertet.

Aufgrund schon der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet.

Im Falle Sylvia HERZINGER genügte es als Voraussetzung für Knast & Verfolgung, daß Hermann einmal von einer "Friederike" gesprochen habe, seiner "Kontaktperson", die in einem Anwaltsbüro gearbeitet hätte, deren Eltern nicht arm seien, die in Frankfurt einmal eine Hausdurchsuchung erlebt habe — was bekanntlich in Frankfurt für dutzende Linke zutrifft.

Schon unmittelbar nach dem Unglück Hermann FEILINGS übernahm das BKA offiziell die weitere Verfolgung des "Komplex RZ", die vorher in den Bereich der regionalen Landeskriminalämter fiel.

Schließlich sind durch FEILINGS "Aussagen" weitere Menschen belastet oder tendenziell belastbar, die zwar momentan nicht greifbar sind, deren mögliche Prozesse aber prozeßtechnisch sinnvoll antizipiert werden sollen.

Im Verlauf der "Vernehmungen" werden sämtliche Voraussetzungen für getürkte und erpresste "Aussagen" geschaffen, so daß dem brutalen input ein maximaler output (an Belastungsmaterial gegen möglichst viele Leute) entspricht.

Dem völlig hilflosen, schwer verletzten und blinden Feiling werden Beruhigungsmittel wie DIPIDOLOR und VALIUM verabreicht, die seine Wahrnehmungs- und Denkfähigkeit weiter herabsetzen.
Die 1300 Seiten "Protokoll" sind in sich völlig widersprüchliche Texte, die zum Teil Polizeidiktion verraten, zum Teil "sinngemäß zusammengefaßt" oder abgeschriebene Tonbandprotokolle sind. An bestimmten Stellen wird das Tonband einfach abgestellt oder ein Vernehmungsbeamter muß mal öfters raus oder der Delinquent spricht zu leise oder versteht die Frage überhaupt nicht. Doch die Polizeibeamten verstehen es, das Nichtgesagte, das Erpreßte und das Erwünschte so zu "transformieren", daß eine Anklage gezimmert werden kann. Nur darauf kommt es an. Ihr Zustandekommen und ihre sinnfällige Widersprüchlichkeit, die ja nur Ausdruck des gesamten Skandalon sind, interessieren nicht.

Die Barbarei und Perversion dieses Verfahrens, einen vernehmungsunfähigen Menschen zu 'Aussagen' zu pressen, wird auch aus den folgenden Angaben Hermanns auf besagten Cassetten deutlich:

"Was mich am meisten mitnimmt, im Moment, ist (...) daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte".

"Ich war also mehr so in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür habe ich dann — also wie gesagt — da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist — das kriegt man erstmal gar nicht so genau mit — eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!"

Abschrift (auszugsweise) von Tonbandcassetten, die Hermann Feiling während seines Aufenthalts in Kliniken und Polizeikasernen nach draußen schmuggeln konnte, mit denen er erstmals Kontakt zu seinen Freunden herstellte. (Sept. - Okt. 78):

. . . — ich brauchte wirklich unheimlich lange Zeit, um meine ganzen Gedanken zu ordnen und ich weiß auch immer noch nicht alles, was da so vorgegangen ist und so. Ich hab ne Erinnerung an die Explosion und war da auch kurze Zeit danach noch ganz ganz bei klarem Bewußtsein. . . . Aber danach war es doch dann eben weg. Und als ich wieder aufwachte und so, daß war eben nicht nur, daß da dann alles klar war. Also dann bin ich öfter dann noch mal wieder weggesunken und hab das alles nicht genau im Griff gehabt. Na ja, das habe ich schon gesagt. . . .

(abgetippt am 22.9.78):
. . .
. . . Ich habe eben den Eindruck, daß man aus mir jetzt versucht, etwas Bestimmtes zu machen auf Basis — also etwas zu machen, was ich absolut nicht will. Und zwar auf Basis einiger Dinge, die ich damals in der Zeit, wo es mir auch physisch noch nicht wieder so gut ging, scheinbar erzählt habe über Zusammenhänge usw. Das hat eben meiner Ansicht nach auch der Sybille zumindest teilweise die Situation jetzt eingebracht und ich weiß nicht wieviel von diesen Sachen, also was da im einzelnen abgelaufen ist. . . für mich wars auch so, daß ich also gar nicht — zunächst überhaupt nicht wußte, daß z.B. Polizei um mich rum ist, das war mir überhaupt kein Begriff. Ich habe teilweise überhaupt keine Erinnerung und gut, das war eben zusätzlich so, daß ich mich dadurch, daß ich mich in Dunkelheit befand und auch noch nicht ganz o.k. war, zunächst mal überhaupt nicht wußte, was eigentlich los war.

. . . (abgetippt 22.9.78):
Ich will das nochmal kurz skizzieren: Es kam mir so vor, als wär ich in einer Art Traumwelt, die ich in keiner Weise eingeschätzt habe. Eine Situationskontrolle war überhaupt nicht vorhanden. Wo also jeder, der sich mit einem beschäftigte, echt was ganz tolles war und man das unheimlich brauchte und dann man nach irgendwelchen Kriterien, wann

einer einem zuhört und so was er sich anhörte und was ihn interessierte und über was er sich mit mir unterhielt. Ich sah ja niemanden. Eine Zeitlang konnte ich nicht einmal überblicken, ob und was Leute sind. Also es sind Stimmen, die ich hörte und das war ne Erleichterung, Stimmen zu hören. . . .

Zum bevorstehenden Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub & Silvia Herzinger vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main.

„Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung."
(Karl Kraus)

Für das, was mit Hermann FEILING (und den anderen) geschah, hat der Staat heute einen „Strafanspruch". Den wird in Kürze das OLG Frankfurt beurteilen.

Das **Bundeskriminalamt**
- eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern -
sucht zum frühestmöglichen Zeitpunkt

Wissenschaftliche Mitarbeiter

für die Durchführung von rechnerorientierten Forschungsprojekten aus dem Bereich
- Bildverarbeitung
- Signalverarbeitung
- Prozeßdatenverarbeitung u.
- angewandte Mustererkennung

Es handelt sich um ausbaufähige Positionen mit Vier-Jahres-Verträgen.

Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium der Nachrichtentechnik, Informatik, Elektronik oder angewandte Mathematik. Promotion erwünscht.

Wir bieten: Vergütung nach dem Bundesangestelltentarifvertrag, Eingruppierung entsprechend Berufserfahrung und Qualifikation ab Vergütungsgruppe II a BAT. Zusätzlich wird eine steuerfreie Zulage von mtl. DM 150,–, 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld gezahlt.

Bitte fordern Sie unseren Personalbogen – unter Angabe der Kennziffer CP 15 – bis zum 13.4.1979 an.

BUNDESKRIMINALAMT
Referat ZV 11
Postfach 18 20, 6200 Wiesbaden

aus: „Wechsel=Wirkung" Nov. '80

Nach der vorliegenden Anklageschrift beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, ein gerichtliches Verfahren gegen Hermann, Sybille und Silvia durchzusetzen. Gegen alle 3 Leute existiert nicht der geringste Beweis, außer den angeblichen „Aussagen" Feilings, die

- nach §136 StPO unverwertbar sind, weil Hermann sich in lebensgefährlicher Situation befand, also „vernehmungsunfähig" war,
- die auch in sich – nimmt man sie einmal ernst – verworren, unklar und äußerst widersprüchlich sind,
- die von H.F. selbst – noch während seines polizeilichen „Spezialgewahrsams" – auf herausgeschmuggelten Tonbandcassetten nachdrücklich dementiert wurden,

Auszüge des Interviews der Zeitschrift „Transatlantic" mit Bundeskriminalamts--Chef Horst Herold.

H.: Ich würde keine Arbeitsstunde investieren für einen Computer als Repressionsinstrument. Natürlich: repressive Funktionen wird der Staat nicht ausschalten, denn Gefahrenabwehr ist notwendig. Aber meine Hoffnung gilt dem Computer als gesamtgesellschaftlichen Diagnoseinstrument. Das ist eine Prävention neuen Stils, die letztlich auch die Terrorursachen aufhebt, diesen Staat verrückt, ihn andersartig gestaltet, Gleichheit und Gleichrangigkeit im Prozeß und in der Ökonomie schafft. Mit Hilfe dieses Mittels kann ich sehen, wo es hakt: Klassen, soziale Unterschiede und Ungleichgewichtigkeiten, Ungerechtigkeit, Armut und Diskriminierung – das kann ich alles ablesen. Hier wird etwas nachgeholt, was für einen Staat dringend notwendig ist, und es wird nicht nachgeholt an Unterdrükkungspotential, wenn ich mal die gängige Redeweise verwende, sondern an Informationspotential und an technischem Potential. . . .Wir haben den Anspruch, die Kriminaltechnik zu einem Instrument der Verobjektivierung des Strafverfahrens zu entwickeln; d.h., es zu so hoher wissenschaftlicher Perfektion und Güte auszugestalten, daß wir den Zeugen überflüssig machen, weil der Zeuge ein absolut untaugliches Beweismittel ist.

Nur mit äußerstem Unbehagen kann man solche Urteile wie über Zlof im Falle Oetker beispielsweise lesen. Wahrscheinlich konnten die Richter gar nicht anders entscheiden. Ich hätte als Richter – ich war es auch einmal, 15 Jahre lang – nicht anders gehandelt. Aber dieses Fehlen jedweder Rationalität, dieser volle Einbruch des Emotionalen auf der Richterbank ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts unglaublich und sollte eigentlich jedem Polizisten wie ein Stein auf der Seele liegen. Ich meine, daß wir in dem Bereich der Kriminaltechnik eine partielle Verwirklichung eines kulturellen Anspruchs möglich machen können, daß wir hier den gesellschaftlichen Auftrag erfüllen, zur Verobjektivierung beizutragen. Denn je mehr Technik wir haben, um so transparenter kann man es doch machen. . .

. . . Ich erstrebe einen Strafprozeß, der – lassen Sie es mich mal ganz extrem formulieren – frei ist von Zeugen und Sachverständigen. Der sich ausschließlich gründet auf dem wissenschaftlich nachprüfbaren, meßbaren Sachbeweis. Nach meiner Theorie wäre, so schrecklich das klingt, auch der Richter entbehrlich. . .

. . . Je mehr doch der Prozeß der Wahrheitsfindung objektiviert und wissenschaftlich nachvollziehbar gestaltet wird, um so mehr drängt er Folter und Grausamkeit zurück, stellt er vor dem Hintergrund objektiver Verfahren die Unhaltbarkeit dieser Mittel bloß. . . .

– und bei denen eindrucksvoll belegt werden kann, wie sie unter Anwendung von „Methoden" wie der Verabreichung psychotroper Substanzen, der Androhung eines Haftbefehls (obwohl haftunfähig), unter Androhung der Verweigerung therapeutischer Maßnahmen, unter Verzicht auf notwendige rechtliche Belehrungen und im übrigen unter allem nur eben erdenklichen subtilen Druck und der Erpressung in hilfloser Lage zustandekamen.

Aufgrund dieser „Ergebnisse" kam Sybille in die Stammheimer Isolationshaft. Silvia nach Preungesheim. Sybille für neun Monate. Die Aufhebung der Isolation wurde ihr für den Fall „versprochen", daß sie selber ‚Aussagen' macht.

Der angesetzte Prozeß wird nicht allein dadurch zum Verbrechen, weil er (bis jetzt) gegen einen verhandlungsunfähigen Menschen stattfinden soll, der obendrein haftunfähig ist, sondern weil vor Gericht ERNEUT dessen Recht auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit angetastet werden sollen:

- psychisch dadurch, daß ihm zu seiner Pein unendlich lang etwas als sein Eigenes vorgetragen werden soll, worunter er zutiefst leidet, wovor er große Angst äußert, wogegen er sich wehrt.
- medizinisch dadurch, daß die wahrscheinliche Dauer eines aufwendigen Prozesses ihn an jeder Therapie und nicht zuletzt an einer ruhevollen psychosomatischen Rehabilitation hindert.
- dessen zunehmde „Epilepsieneigung" endlich durch den Streß des Prozesses wirkungsvoll gefördert wird.

Wenn wir dazu aufrufen, diesem Prozeß allen Widerstand & Protest entgegenzusetzen und in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungsunfähigkeit Hermann Feilings hinweisen, dann nicht nur in dem vordergründigen Sinne, daß ein Sprengsatz ihm Augenlicht und beide Beine geraubt hat (was für einen Richter nur heißt, daß er sich das selber zuzuschreiben hat), sondern wir wehren uns gegen die Zerstörung, die Folter und Unrechtmäßigkeit, die ihn während der Vernehmung zu erlogenen „Aussagen" gepreßt hat und die ihn während des bevorstehenden Verfahrens erneut zum gequälten Objekt einer getürkten Prozeßfarce werden lassen soll.

OLG Frankfurt, Gerichtsgebäude A, Saal 146, Zeil 42, jeweils 9.30 Uhr: Die Termine lauten wie folgt: Dienstag, 25.11.80, Donnerstag, 27.11.80, 2.12.80, 9.12.80, 16.12.80, 18.12.80, 23.12.80 (Zum „Fest"), 30.12.80, 6.1. , 8.1.

Kontakte: Initiative für Hermann, Sybille, Sylvia, 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel.: 06171/ 73 212 bzw. Rahmengasse 6, 69 Heidelberg.

HELM AB ZUM GEBET

"Das Pflaster dröhnt,
der Pöbel schreit,
die Bundeswehr ist
nicht mehr weit"
(Goethe, Die Neuen Leiden der jungen BW, Band II)

Landauf landab wird marschiert, strammgestanden, gefroren, geblasen, kommandiert und geehrt: Der Staat feiert seine Beschützer und damit sich selbst. Das wäre an sich noch nichts Ungewöhnliches.
Nach 25 Jahren Aufrüstung zur zweitstärksten Militärmacht der NATO ist Grund zur Dankbarkeit genügend vorhanden.
Warum aber unbedingt auf jedem zweiten Markt- oder Schloßplatz zwischen Schleswig und Passau, bei klirrender Kälte oder schlimmsten Pisswetter, unter polizeilichem Belagerungszustand und Anwesenheit der würdigsten Polit-Eunuchen aus Stadt, Land und Fluß das erbarmungswürdige Zeromoniell abgehalten werden muß, dessen Erfinder, was den großen Zapfenstreich betrifft, irgendein russischer Zar und Dunkelmann war, leuchtet immer mehr Menschen nicht ganz ein.
Wer so feiert, und dazu noch sich selbst, muß wohl etwas im Schilde führen. Die Zeit ist reif und günstig, meinen die Strategen, den Deutschen wieder mal verstärkt einzuhämmern, daß die Macht und die Herrlichkeit in Ewigkeit aus den Gewehrläufen kommt und sonst gar nichts.
Reif, weil die gesellschaftliche und die weltpolitische Lage wieder zunehmend "Lösungen" verlangen, die den schleichenden Tod der Zivilisation in einen abrupten — und sei's nur punktuell, regional — verwandeln können.
Das ist die Entschlossenheit zu handeln, abzuschrecken, einzugreifen.

FRIEDENSMARSCH IN WALLDÜRN

Der nicht ganz alltägliche Faschismus

Walldürn, 22. Oktober 1980, angesagt ist ein öffentliches Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten. Auf dem größten Platz im Städtchen. Die Bundeswehr lädt ein, der Bürgermeister lädt ein, alle sind eingeladen. Nach dem Fiasko in Bremen wagt man's in den Dörfern. Man glaubt nicht, daß sich was tut, daß sich Widerstand oder Protest organisiert. Endlich ist es wieder soweit, daß bei Fackelschein und Mårschmusik mit der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik Unfug getrieben wird. Endlich haben wir einen sozialdemokratischen Verteidigungsminister, der innerhalb der Bundeswehr Ehrenzeichen einführt. Die, die die Freiheit am besten verteidigen, kriegen so ein Abzeichen. Zurück zu Walldürn.

Tage vorher ein weißer Opel mit Karlsruher Kennzeichen — fünf Leute —, ein VW-Bus vom Wehrbereichskommando 5 vor dem Rathaus. Bestimmt Sicherheitsbesprechung. Später erfahren wir: Im Polizeiposten Walldürn ist ein Sammelpunkt für gegriffene Störer eingerichtet. Die Kripo ist mit Greiftrupps während des Gelöbnisses im Publikum. Kein Protest, keine Meinungsäußerung bei einer öffentlichen Veranstaltung der Bundeswehr. Trotzdem: der Arbeitskreis Frieden will sich's nicht gefallen lassen: wir überlegen. Wir werden die Erwartungen der Oberen nicht erfüllen. Kein Krawall. Was Friedliches also. Flugzettel. Flugzettel. Vor der Kaserne. Die Soldaten auffordern mit ihren Vorgesetzten zu reden über den Sinn solcher Tradition. Aufklären über das Recht, das Gelöbnis zu verweigern. Am 19. nachts werden die Dinger auch verteilt.
Am 20. Mitteilung an die Presse: Der Arbeitskreis Frieden veranstaltet aus Protest gegen das öffentliche Gelöbnis einen Trauermarsch. Abmarsch 18.00 vom Parkplatz vor der Turnhalle Keimstraße. Ein Kranz wird bestellt, eine Schleife machen lassen. Aufschrift: Nie wieder Krieg! Die Waffen nieder! Von der Turnhalle durch Walldürn marschieren, zum Friedhof.
Kranzniederlegung, Gunter aus Tauber von der DFG wird eine kurze Ansprache halten. Dienstag: wir melden die Demonstration an, bitten das Friedhofstor offen zu lassen. Die Demonstration wird genehmigt. Das Tor wird aufgemacht werden. Wir haben Handzettel abgezogen, darauf erklären wir, was wir mit dem Marsch wollen: erinnern an die ermordeten, vergasten, vertriebenen, verhungerten Entmenschten. An vergangene und gegenwär-

Günstig, weil der allgemeine gesellschaftliche Rechtstrend die Möglichkeit eröffnet, das zu tun, was man sich in den Jahren der "Reformen", der kulturellen "Hegemonie" der Linken nicht getraute: Flagge zeigen, altehrwürdige Traditionen und Werte wiedereinführen (Gehorsam, Disziplin, Vaterland, Treue).
Das ist das öffentliche Eintreten für diesen unseren Staat. Und zwar nicht nur verstandesgemäß, sondern auch sinnlich, emotional. Deswegen die Fanfaren.

Das eine geht nicht recht ohne das andere.
Weil viele beides nicht wollen, gehen sie auf die Straße, Bremen war dafür ein Signal. Die Wut und der Haß entzünden sich vielleicht zunächst an den dreisten äußeren Formen der "öffentlichen Rekrutengelöbnisse", die die materielle und geistige Aufrüstung, die reaktionäre gesellschaftliche Offensive und den Angriff auf soziale Emanzipationsbewegungen symbolisieren. Gleichzeitig entsteht aber auch ein Bewußtsein, daß militärisches und politisch-ökonomisches "Engagement" in der Dritten Welt (Türkei, Afrika, Lateinamerika usw.), "Sicherung" der Erdölversorgung, atomare Aufrüstung und weitere Zurückdrängung von politischem Widerstand in der Bundesrepublik ein Interessenpaket bilden, dessen "buntes" Packpapier die militärische Show sein soll.

Insofern ist die Vermutung führender Sozialdemokraten wie Apel richtig, daß der protestierende "Mob" (FAZ 14.11.80) nicht nur die Form meint, sondern auch den Inhalt, nicht nur die Feier, sondern die Bundeswehr, NATO, Aufrüstung, militärisches "Gleichgewicht des Schreckens" usw.
Gegen den alten neuen deutschen Geist zwischen Spießertum und Neoimperialismus ist dann besonders schwer anzugehen, wenn er sich auf ein solch gigantisches Vernichtungspotential stützen kann, wie es in den letzten Jahren aufgebaut wurde.
Dabei haben wir allzu lange die Rüstung den Rüstungsexperten, die Bundeswehr den Kriegsdienstverweigerern und die NATO den alternativen Strategen überlassen. Die Bedrohung war/ist zu überdimensional, um sie nicht zu verdrängen.

Die letzten Monate, vor allem die Proteste gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse, der "Nachrüstungsbeschluß" der NATO, die "Türkei-Hilfe" und nicht zuletzt die Zuspitzung der weltweiten Konflikte nach Afghanistan/Iran/Irak — erst recht nach Reagans Durchmarsch —, haben allerdings gezeigt, daß unsere "Betroffenheit" direkter und unsere Aktions- und Artikulationsmöglichkeiten konkreter geworden sind.
KDV-lern wird das Leben wieder schwerer gemacht, nicht wenige landen auf Zeit im Knast; gediente Wehrpflichtige (Reservisten) erhalten Einberufungsbescheide für den Dritten Weltkrieg unter Kennworten wie "Brauner Fuchs", "Gelber Hahn" oder für Wehrübungen/Manöver; Forderungen nach Aufstockung der Mannschaftsstärke werden erhoben, Reserveübungen nehmen drastisch zu; neue Waffensysteme verschlingen Milliarden.

Aus der Betroffenheit, die Bewußtsein über Zusammenhänge entwickelt, können Aktionen entstehen, die mehr treffen als nur die Form, die Feier.
So können Anti-Imperialismus und Ökologie, Anti-Militarismus und Widerstand gegen autoritäre und faschistische Tendenzen zu einander ergänzenden und bedingenden Inhalten unseres Kampfes werden.
Neben den Festtagen des Protestes gibt es den Alltag des Widerstandes, dessen vorrangiges Ziel es ist, die verhängnisvollen Traditionen und Werte anzugreifen, zu zersetzen, lächerlich zu machen.

Daß damit die Todesmaschine, die heute in El Savador und morgen woanders wütet, erstmal nicht zu stoppen ist, leuchtet ein, ist aber kein Grund, nicht Kopf und Körper anzustrengen, um denen da oben mehr als nur eine Feier zu versauen.

Im folgenden drucken wir einen Artikel aus TRAUM—A—LAND über eine Gelöbnisfeier in der Provinz, einen Bericht eines aufmüpfigen Bundeswehrrekruten, einen Kurzbericht eines Totalverweigerers und einen politisch-literarischen Leckerbissen aus der FAZ zum Gelöbnis in Bonn am 13.11.80.

Reinhard/ID

tige Kriege. An die tod-ernste Sache einer Ver-Gelobigung. Die ersten Reaktionen: Riesenkrach in der Frankenlandschule; B. ist 'erwischt' worden beim Zettel verteilen. Im Unterricht wurde sogar darüber diskutiert. B. kriegt einen aufs Haupt.
Zwar hängen pro-AKW-Plakate in der Schule, zwar konnte die JU (Junge Union) vor der Wahl unbehelligt Propaganda, zumindest auf dem Schulgelände, verteilen, aber unser parteipolitisch neutraler Aufruf, das ist jetzt Politik. Verboten. (Ruck-Zuck-Demokratie). In einem Leserbrief bescheinigte E. Scheuermann uns, das wir ein Häufchen Sektierer wären, die letztlich einen anderen Staat wollten. Das ist das Hallali. Die Hatz ist eröffnet. Der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft schreibt in einem Leserbrief, daß alle seine Kameraden den Dienst am Vaterland geleistet hätten. Er schreibt mir ein: "Und Sie?" dazu, zitiert aber vorher Jaspers — den Philosophen.

Walldürn ist eine katholische Gemeinde.

Letzthin haben sie 650 Jahre Wallfahrt gefeiert. Von 30 Stadträten sind fünf von der SPD. Die Walldürner sind fromm, sie passen gut auf, wer sonntags in die Kirche geht. Ein wesentlicher Bestandteil der Erziehung sind "die Leute", und "was sie sagen". Am Ortseingang steht ein großes Schild mit der Aufschrift: Wallfahrts- und Garnisonsstadt. (Gut, was?)

Mittwoch, 17.00 Uhr. Das feierliche Gelöbnis beginnt. Keine Störung, tausende sind auf den Beinen. Die Kripo geht leer aus. Die Hundertschaft Schutzpolizei kann gehen.

Turnhalle Keimstraße. 18.00 Uhr. Ungefähr 50 von uns sind da. Wir werden noch zehn Minuten warten. Es kommen noch zwei aus Altheim, vier aus Würzburg, Amorbacher, Bochener. 75 Mann.
Letzte Instruktionen: Das ist ein Trauermarsch. Keine Diskussionen, keine Provokationen. Auf der rechten Straßenseite gehen, in Zweierreihen (da wird der Zug länger). Ich gehe zum Polizisten, der der Verantwortliche für die Sicherheit ist. Es kann los gehen. Ein Polizeiauto voraus, eins hinterher. Inzwischen ist das Gelöbnis rum. Hunderte von Menschen haben sich versammelt, um uns zuzuschauen. Die ersten rufen: Anfangen! Geht heim, hat doch keinen Zweck! Geht doch rüber! Geht zum Friseur! Erst mal arbeiten!

Der Trauermarsch beginnt.

Die Herren von der Presse (Rhein-Neckar-Zeitung, Fränkische Nachrichten) fotografieren, oder lassen fotografieren. Immer Rufe: Genickschuß! Pfui! Rote Dreckvotze! In der Berichterstattung am nächsten Tag wird davon nichts zu lesen sein. Die Herren von der Presse können

mit ihren Ohren schon filtern. Das Gute vom Schlechten, das Angenehme vom Unangenehmen. Aber die Herren von dieser Presse haben noch andere Eigenschaften. (Davon später). In der Nähe des Ortsausganges kehrt langsam Beruhigung ein. Ich denke: Das haben wir geschafft. Wir haben es überstanden. Wir haben ganz anständig was auf die Beine gebracht. Wir haben mit offenen Karten gespielt, wir haben so viel Publikum gehabt wie sonst nur die Faschennachtsgesellschaft. Und wenn bei den paartausend Zuschauern nur zehn waren, die jetzt nachdenken, dann hat sich der Aufwand rentiert.

Die Jagd ist freigegeben.

Vorbereitet durch die allgemeinen Schmährufe, die wütende Stimmung der Leute, die allgemein zu greifende Ansicht, daß wir kommunistisch (oder schlimmeres seien), sind ein paar Dutzend Jugendliche ermuntert worden, diese stimmungsmäßige Vogelfrei-Erklärung ernst zu nehmen. Aber auch ältere "Bürger" sind dabei als wir einbiegen und zum Friedhofstor einmarschieren. Die freie, unabhängige, überparteiliche Presse ist auch da. Ein unglaubliches Gejohle hebt an.

Im Friedhof legen wir den Kranz am Mahnmal nieder. Matthias leuchtet mit der Stablampe, damit Gunter was sieht. Ein paar Blitze der Fotografen. Die aufgehetzte Masse gruppiert sich um uns und johlt. Günter mahnt, nicht auf den Gräbern rumzutrampeln. Gejohle. Wieder Wörter wie: Vergasen — Idioten — Schweine. Es ist unmöglich einen zusammenhängenden Satz zu hören. Eine ungemeine Spannung, die sich plötzlich in einer Schlägerei auflösen könnte.Der Friedhofswarter greift ein: Seht zu, daß ihr heimkommt. Ich schmeiß euch euren Kranz hinterher, ihr Drecksäue. Die Herrn von der Polizei sind bereits fast außer Sicht. Später wird sich herausstellen, daß sie in Uniform nicht auf den Friedhof wollten. Der Krach, das Geschrei und die persönlichen Drohungen veranlaßten uns abzubrechen. Später erfahren wir Folgendes:
Den Kranz hat hat man vom Mahnmal weggenommen. Vorm Friedhof in einen Papierkorb gesteckt. Abfall, Müll. Zwei Leute haben ihn wieder ans Denkmal gelegt. Am nächsten Morgen liegt er da, wo sich der Arbeitskreis Frieden immer trifft. Mitten in Walldürn, an der Stelle, an der am Tag vorher Rekruten gelobten der Bundesrepublik treu zu dienen.

Was die Leute von der Zeitung so alles mitkriegen, und was sie für eine berichtenswerte Nachricht halten.

Ich hoffe, die betroffenen Herren werden dies lesen, denn sie sind von Beruf auch neugierig. Und weil das schönste Gedruckte der eigene Name ist, hier auch die Namen. Pius Sanns, Lokal-Chef in Buchen bei den Fränkischen Nachrichten schreibt: (und jetzt reiß ich's aus dem Zusammenhang, damit man's ganz klar sieht)
"Dieser Marsch durch die Innenstadt und die Kundgebung auf dem Friedhof waren genehmigte Veranstaltungen, wie sie unser Staatswesen **nun einmal** zuläßt". (Unterstreichung von mir.)
Der Schlußsatz ist auch der letzte:
"Und dem Sprecher der Bewegung sei nur gesagt: vor einem Ehrenmal nimmt man die Mütze ab, — und das nicht nur bei uns". Hut ab, Pius Sanns, und: auf einen großen Stiefel folgt immer ein großer Absatz. Sogar bei ihnen.

Fritz Weidenfeld ist Redakteur bei der Rhein-Neckar-Zeitung. Er hat einen Artikel fabriziert, den ich schlichtweg für infam halte. Wer ihn gelesen hat, weiß nicht, wer geschrien hat, weiß nicht, wer den Kranz in den Abfalleimer geworfen hat. Fritz Weidenfeld ist ein großer Kolporteur. Seine Literatur, die er absondert, ist so wie der letzte Satz seines Artikels:
"Wie meinte doch ein älterer **Zuschauer:** "Viel Lärm um nichts"! (Unterschreichung von mir) und warum macht dann Fritz Weidenfeld so einen Lärm, den er mit der Überschrift: "Falsches Demokratieverständnis?" versieht!?

Stimmen aus der Provinzpresse:

MIT HOHN UND SPOTT nahmen weite Kreise der Bevölkerung am Mittwochabend Anteil am Marsch des Arbeitskreises Frieden zum Ehrenmal im Walldürner Friedhof. Der Marsch begann um 18 Uhr bei der Schule Keimstraße und wurde von der Polizei begleitet, die allerdings im Friedhof unsichtbar blieb. Vor dem Ehrenmal nahmen die etwa 75 am Friedensmarsch Beteiligten Aufstellung, umringt von Neugierigen, unter denen sich bald Unmut über die Veranstaltung im Friedhof bemerkbar machte. Zwischenrufe wurden laut, als der Sprecher der Friedensbewegung sich gegen die öffentlichen Gelöbnisse wandte, für Abrüstung plädierte und dazu aufforderte, sich der Friedensbewegung anzuschließen. Als die Zwischenrufe etwas drohender wurden, brachen die jungen Leute ihre Kundgebung ab. Dieser Marsch durch die Innenstadt und die Kundgebung auf dem Friedhof waren genehmigte Veranstaltungen, wie sie unser Staatswesen nun einmal zuläßt. Man hätte erwarten können, daß auf dem Gottesacker Ruhe geherrscht hätte, das gebietet die Achtung vor den Toten auch jenen, die zum Militär eine andere Einstellung haben, als die Friedensmarschierer. Und dem Sprecher der Bewegung sei nur gesagt: vor einem Ehrenmal nimmt man die Mütze ab — und das nicht nur bei uns.
aus: Fränkische Nachrichten

Falsches Demokratieverständnis?

Walldürn: Was eigentlich eine friedliche Demonstration bzw. Schweigemarsch zum Friedhof mit Kranzniederlegung am Mahnmal werden sollte, endete gestern abend mit krawallartigen Szenen. Was war vorgefallen? Der Arbeitskreis Frieden hatte zu einem öffentlichen Trauermarsch aufgerufen, um gegen das feierliche Gelöbnis von Rekruten auf dem Walldürner Schloßplatz zu protestieren. Gegen 18 Uhr versammelten sich ca. 70 junge Leute auf dem Parkplatz der Turnhalle Keimstr., um durch die Friedrich-Ebert-Straße und Hauptstraße in Richtung Friedhof zu marschieren.

Zahlreiche Walldürner säumten die Straßen, um dieses „Schauspiel" zu verfolgen. Nachdem die Demonstrantengruppe, von einem Einsatzwagen der Polizei wohlbehütet, den Friedhof erreichte, gesellten sich ca. 30 vorwiegend jugendliche Gegendemonstranten dazu. Die Rede von Gunter Schmitt (Tauberbischofsheim) von der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner wurde durch Zwischenrufe permanent unterbrochen. Schmitt bezeichnete das feierliche Gelöbnis als „Firlefanz" und wies auch auf die Bedrohung durch atomare Waffen hin.

Es war für den neutralen Beobachter unerträglich, was sich gestern abend auf dem Walldürner Friedhof abspielte. Die Szenen, die sich dort zutrugen, waren deplaziert, störten die Friedhofsruhe empfindlich. Hätten die Gefallenen gesehen und gehört, was für Wörter fielen, sie hätten sich mit Sicherheit im Grabe umgedreht.

Man kann über den Sinn eines öffentlichen Gelöbnisses geteilter Meinung sein und man darf sogar dagegen demonstrieren. Was aber ein angeblicher Trauermarsch mit einer politisch gefärbten Rede zu tun hat, ist jedoch schwerlich einzu-

sehen. Und noch etwas: Viele Jugendliche versammelten sich auf dem Friedhof, um mit Gelächter, Geschrei und Schimpfwörtern gegen die Aktion des Arbeitskreises Frieden zu protestieren. Ob ein Mahnmal dazu der geeignete Ort ist, ist mit Sicherheit zu verneinen. Und ob es einem gesunden Demokratieverständnis entspricht, daß man einen am Mahnmal niedergelegten Kranz in den Papierkorb wirft, bleibt dem Urteilsvermögen des Lesers überlassen.

Viele Walldürner fühlten sich jedenfalls provoziert und machten ihrem Unmut unmißverständlich Luft. Für die Verantwortlichen dürfte der Krawall auf dem Friedhof eine Lehre sein, für den Arbeitskreis Frieden wohl eine Bestätigung dafür, daß Aktionen dieser Art von der Bevölkerung nicht angenommen werden. Wie meinte doch ein älterer Zuschauer: „Viel Lärm um nichts!"

aus: Rhein-Neckar-Zeitung *Fritz Weidenfeld*

Den Herren Sanns und Weidenfeld ist weniger das vorzuwerfen, was sie geschrieben haben, sondern vielmehr das, was sie nicht geschrieben haben. Wer Unrecht sieht, und nicht darüber berichtet, macht sich mitschuldig. Es müßte den Herren doch klar sein, daß 28 Ahnungslos und 3 Faschisten 31 Faschisten ausmachen. Oder ist das Wort Faschismus auch eins das sie herausfiltern können?

Vorzuwerfen ist den Herren, daß sie Grips genug haben, Tendenzen zu erkennen, aber aus arschkriecherischen Gründen denselben nicht gebrauchen.
Vorzuwerfen ist den Herren, daß sie kuschen vor der Auflagenzahl und dem Anzeigenumsatz, vor dem "Chef", vor Militärs und Bürgermeistern, vor Pfarrern und Polizisten. Und vorzuwerfen ist den Herrn, daß sie über Informationen verfügen, deren Veröffentlichung sie verhindern, vorzuwerfen ist es den Herren Sanns und Weidenfeld, daß sie in diesem Falle ganz einfach ihre journalistische Sorgfaltspflicht vergessen haben.

Die "gemütliche" Seite vom täglichen Faschismus.

Mein Bruder, der mit meiner Person soviel zu tun hat, wie ein Bruder mit dem anderen zu tun hat, wurde im Geschäft angepöbelt: "Wenn da was passiert, kriegste die Fresse voll".
Mein Vater, der mit meiner Person soviel zu tun hat, wie ein Vater mit einem erwachsenen Sohn zu tun hat, erhielt einen Anruf: Es sei eine Schande, es sei eine Schande, es sei eine ...
Meine Mutter erhält keinen Anruf, wird dafür aber in diversen Geschäften "angesprochen".

Mit meiner Schwester, die ist 16, versucht ein (schätzungsweise) 45 Jahre alter Leutnant ein "Gespräch" anzufangen, das er mit mir zu führen, sich nicht traut.

Meine Frau, die in Walldürn eine Buchhandlung hat, wird angerufen von einer Offiziersfrau, und das geht ungefähr so: Ist das ihr Mann — ja — dann werden wir nichts mehr bei ihnen kaufen, und wir werden das den anderen Soldaten sagen. Die Frau eines Reservisten: Es ist schon "Befehl" gegeben worden, daß keine Bücher mehr bei ihnen gekauft werden düffen. Die bezahlt ja der Staat".

Eines haben die Boykotteure vergessen, wer liest, der denkt. Wer denkt, denkt sowas nicht. Wer sowas nicht denkt, kommt weiter. (Der Geist steht eben links) und auch als Kleinstunternehmer, bin ich nicht, meine Frau nicht, und die Freunde und Genossen vom Arbeitskreis Frieden nicht bereit, ihre Meinung an irgendeiner fremden oder eigenen Ladenkasse abzugeben.

Vorwärts und nicht vergessen ....

Am Montag danach. So viele waren schon lange nicht mehr da. Sogar wieder Neue. Lange Diskussion. Was machen wir? Eine Anzeige in die Zeitungen. So wie die Parteien nach der Wahl. "Vielen Dank für das rege Interesse". Wir einigen uns auf eine Podiumsdiskussion. Wird das klappen?

Sind wir noch "seriös" genug? Schließlich weiß man in Walldürn schon, daß wir ein Waffenlager haben. (ganz scharfe Schreibmaschinen, total spitze Kugelschreiber, keine rosa Brillen). Wir einigen uns. Wir werden wieder persönliche Einladungen rumschicken. (An Leute, von denen wir denken, daß sie richtig ticken) Wir bemühen uns um "respektierte" Teilnehmer. Leicht wird's nicht. Wir werden uns wieder mal an denselben Tisch mit JU, Reservisten, Bundeswehr setzen. Wir werden nicht in den "Untergrund" gehen. Wir werden die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland verteidigen.

Aus: Traumaland, Nr. 16, c/o Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 698 Wertheim

Rekrutenvereidigung

Während des öffentlichen Gelöbnisses am 6.11.80 in München, rief ich in Uniform meine Kameraden auf, das Gelöbnis zu verweigern

Mein Name ist Michael Rehorik, zur Zeit Soldat der Bundeswehr in Regensburg, ansonsten — wenn ich keinen Helm aufhab', Maschinenschlosser.

Meine "Vorstrafen" im Einsatz für Frieden und Demokratie:

- fristlose Kündigung wegen Tragens einer Stoppt-Strauß-Plakette als Jugendvertreter im Betrieb durch die Händler OHG Regensburg.
- 10 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung wegen Beteiligung in Uniform an der DGB-Kundgebung zum Antikriegs-Tag am 1. September 1980 in Aachen (damals leistete ich meine Grundausbildung in Stolberg in der Donnerbergkaserne ab).
- Absetzung als Vertrauensmann, weil ich das feierliche Gelöbnis verweigerte.
- Unerlaubte Abwesenheit von der Truppe am 6.11.80 — was noch folgen wird, weiß ich nicht.

Meine Handlungsweise:
Im Dienstanzug ging ich als "Zuschauer" durch Polizei, Bundesgrenzschutz, Feldjäger und sonstige Absperrungen und schritt, als die Truppenfahnen aufmarschiert waren und die Rekrutenabordnungen im Karree um die Fahnen standen, durch die Reihen der Rekruten. Unmittelbar vor der Gelöbnisabnahme, beim Kommando "Stillgestanden" und "Achtung —

Präsentiert" trat ich vor die Front der Rekruten und schrie: "Kameraden verweigert das Gelöbnis! Dieses Gelöbnis ist undemokratisch, weil es ein militaristisches Säbelrasseln ist". Angemessen und feierlichen Schrittes marschierte ich während der Gelöbnisabnahme weiter in Richtung Podium, um öffentlich kund zu tun und dem Kommandierenden zu melden, daß ich das Gelöbnis verweigerte. BEi der Fahnenabordnung wurde ich von den Feldjägern eingeholt und festgenommen. Bei der Abführung leistete ich keinen Widerstand. Ich wurde anschließend in meine Regensburger Kaserne gebracht.

Meine Gründe:
München war die bayerische Zentrale der öffentlichen Rekrutengelöbnisse. Öffentlich wollte ich meinen Protest ausdrücken und ein Zeichen setzen. Die Bundeswehr quillt aus den Kasernen in die Öffentlichkeit, warum fürchtet sie sich, wenn ein kleiner Schütze öffentlich gegen sie Stellung bezieht, Generale werden täglich in der Presse zitiert, für mich war dies die einzige Möglichkeit gehört zu werden. Das war mir auch wert, an diesem Tag unerlaubt der Truppe fern zu bleiben, ohne Rücksicht auf meine Person und mit Sicherheit zu erwartender Strafmaßnahmen.

Warum ich die Gelögnisse ablehne:

— ich kann nicht geloben "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen" — die Bürger der DDR würden sich bedanken.
— diese Bundeswehr wurde gegen den erbitterten Widerstand breitester Teile der Bevölkerung durchgesetzt. Bei dieser Durchsetzung mußte der Münchner Jungarbeiter Phillip Müller sein Leben lassen, viele demokratische Organisationen wurden wegen ihres Widerstandes verboten.
— sämtliche 135 Generale und Admirale, die als Befehlshaber der neugeschaffenen Bundeswehr fungierten, waren Offiziere der Hitlerwehrmacht und führend am Überfall auf unsere Nachbarvölker und vor allem am Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion beteiligt.
— Dieses Säbelrasseln zeigt den preußischen Ungeist dieser Armee. Die Gelöbnisabnehmer stellen sich in die Tradition der Bauernschlächter der Bauernkriege, der Demokratenverfolger von 1848, der Kriegstreiber von 1914, der Revanchisten von 1939 und der Remilitarisierer von 1956.

Als anitmiliaristischer Soldat stelle ich mich in die Tradition des Widerstandes gegen diesen menschenverachtenden Militarismus. Das waren für mich die Gründe, diesen Schritt zu tun, dem noch weitere Schritte folgen werden.

Kontakt: Michael Rehorik, Wassergasse 2, 8400 Regensburg
Kasernenanschrift:
Schütze Michael Rehorik, 2. Inst. Btl. 4 Leopoldkaserne, Landshuterstr.

Helm ab zum Gebet!

Berufungsprozeß gegen Totalverweigerer

Zu 13 Monaten Haft, der bisher höchsten Strafe gegen einen Totalverweigerer ist der Frankfurter Horst Balzer im Juni verurteilt worden. Horst wurde gleich im Gerichtssaal verhaftet und sitzt seidem "wegen Fluchtgefahr" in Kassel in U-Haft. Er wird eindeutig aus politischen Gründen inhaftiert. In der Begründung für die Ablehnung der Haftbeschwerde schreibt das Gericht: "Nach den Gründen des Urteils der I. Instanz besteht der dringende Verdacht, daß der Angeklagte den Staat und seine Institutionen sowie deren Entscheidungen nicht anerkennt. Die Erwartung, der Angeklagte werde sich der drohenden Strafvollstreckung nicht stellen, ist daher naheliegend".

Wieso eigentlich Verdacht? Horst hat in seinem I. Prozeß unmißverständlich deutlich gemacht, daß er den Staat und insbesondere die Bundeswehr ablehnt. Das Gericht weiß sehr wohl, daß Horst seine Totalverweigerung aktiv angegangen ist, sich über die Konsequenzen bewußt war. Weshalb hätte er zum Prozeß kommen sollen, wenn er vorhatte, unterzutauchen? Im Gegenteil: gerade der konsequente öffentliche Widerstand, verbunden mit der Bereitschaft, notfalls in den Knast zu gehen, statt sich dem Militärzwang zu unterwerfen oder zu fliehen, macht die Stärke des gewaltlosen Widerstands aus, da er den Staat offensichtlich ins Unrecht setzt.

Um darauf aufmerksam zu machen, daß auch in bundesdeutschen Knästen politische Gefangene einsitzen, und um Horst zu zeigen, daß er nicht allein dasteht, werden wir die ganze Woche vor dem Prozeß mit einer Mahnwache vor dem Knast präsent sein.

Die Berufungsverhandlung findet im Kasseler Landgericht, Frankfurter Str. 9, statt:
Montag, dem 1.12.
Freitag, den 5.12. jeweils 8.30 Uhr

Kontakt: Kollektiver Gewaltfreier Widerstand (KGW) c/o Klaus Dust, Hauptstr. 15, 8751 Mespelbrunn 2, Tel.: 06092-7958

In Bonn hat die Bundeswehr eine Schlacht verloren

Eine Feier wird zum Spießrutenlauf / Von Karl Feldmeyer

BONN, 13. November. An diesem 12. November, an dem die Bundeswehr ihren 25. Jahrestag feierte, war Bonn eine belagerte Stadt. Auf den Einfahrtstraßen standen Polizeikontrollen, die Innenstadt glich einem Heerlager.

Demonstrationen waren im gesamten Stadtzentrum verboten. Aber dennoch, gegen 19.15 Uhr schallten die Sprechchöre derer, die sich am Münsterplatz eingefunden hatte, schon so laut, daß man sie einige hundert Meter weiter am Alten Rathaus hörte, wohin Oberbürgermeister Daniels und Verteidigungsminister Apel zum Empfang geladen hatten. Der Blick, der sich von der Freitreppe aus bot: Absperrungen, Polizeiwagen, Patrouillen mit weißen Helmen und Schutzschilden, Schäferhunde mit Maulkörben. Die Kinos und Gaststätten um den Platz waren fast leer.

Zur gleichen Zeit, da der Oberbürgermeister vor den geladenen Gästen sein Bekenntnis zur Bundeswehr und zu ihrer 25-Jahr-Feier ausspricht, sind etwa 300 Meter weiter, auf dem Münsterplatz, die Dinge schon weit fortgeschritten. Das feierliche Gelöbnis wird an diesem Abend nur noch der Vorwand, nicht aber das Ereignis selbst sein. Obwohl bis zum Beginn noch eine Dreiviertelstunde zu warten ist, steht eine nach Tausenden zählende Menschenmenge dichtgedrängt vor den Absperrgittern.

Hinter den Gittern standen Feldjäger, die man entwaffnet hat. Schräg über ihnen, auf den Bäumen und Kandelabern des Platzes hängen Trauben von Jugendlichen, die eine neu aufziehende Feldjägerkette mit einem höhnischen „Humba-Humba-Täterä" empfangen.

Punkt neun erscheint der Bundespräsident, begleitet vom Verteidigungsminister. Hinter ihm folgt der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister, die Präsidenten des Bundesrates und des Bundestages, Zeyer und Stücklen, Wirtschaftsminister Lambsdorff, die Staatssekretäre Schüler und Bölling, der frühere Verteidigungsminister Georg Leber, der ehemalige Bundespräsident Scheel. Der Empfang ist überwältigend. „Große Scheiße", brüllt der Platz minutenlang. Da zieht, es ist neun Uhr fünf, das Musikkorps auf. Das Offenhalten der Schneisen zum An- und Abmarsch funktioniert — noch. Aus etwa fünfzehn Metern Entfernung sind nur Musikfetzen zu vernehmen, so daß die Melodie identifizierbar wird. „Denkste denn, denkste denn, du Berliner Pflanze..." blasen die Trompeten und hinter ihnen ziehen die 150 Rekruten auf, die ihr feierliches Versprechen, die Bundesrepublik tapfer gegen jeden Angriff verteidigen zu wollen, öffentlich ablegen sollen; drei Blöcke, erst die Luftwaffe, dann folgen Heer und Marine.

Aber da kommt kein Beifall auf. Was als festliche Zeremonie gedacht war, gerät zum Spießrutenlauf. Ohrenbetäubender Lärm, der skandierte Ruf „Auf-hö-ren" schlägt ihnen entgegen, und jene, die das schreien, sind nicht fünfzig oder hundert Meter entfernt, sondern nicht mehr als zwei. Man könnte einander ins Auge sehen. Das „Auf-hö-ren" wird den Rekruten ins Ohr gebrüllt.

Die Kapelle intoniert den Preußischen Präsentiermarsch, da schwillt das Gebrüll stärker an.

Inzwischen ist es neun Uhr zehn. Vor den drei Karrees von je fünfzig Rekruten wird die Dienstflagge der Bundeswehr — das schwarz-rot-goldene Fahnentuch mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte — entrollt. Auch die Demonstranten zeigen nun Flagge. Auf dem tiefen Rot, das die Linken so bevorzugen, steht in goldenen Buchstaben „Für einen demokratischen Friedensvertrag, für Abzug aller alliierten Truppen aus BRD, DDR und West-Berlin".

Andere Plakate lauten „Erst Gelöbnis, dann Begräbnis" oder „Politik und Militär ersticken die Demokratie". Nun tritt — es ist 21.12 Uhr — der Verteidigungsminister aus der Reihe der Ehrengäste, um seine Rede zu halten. Er dankt den Soldaten für ihre Bereitschaft, die Wehrpflicht zu erfüllen. Und er wiederholt den Satz, den Bundespräsident Carstens im Mai bei der ebenfalls zum Inferno geratenen Feier in Bremen gesagt hatte: „Sie schützen auch die Sicherheit derer, die gegen Sie, meine Soldaten, demonstrieren". Als Apel, dem vorbereiteten Text folgend, von einer „kleinen pfeifenden Minderheit" spricht, widerlegt ihn der tosende Platz. Es ist, als brüllten selbst die Pflastersteine: „Aufhören, aufhören." Der Platz kocht.

Was hat die Bundeswehr getan, daß ihr so viel Haß entgegenschlägt? „Ich erwarte von den Wehrpflichtigen keine Begeisterung... Aber ich erwarte von ihnen, daß sie ihren Wehrdienst mit Anstand und ernst verrichten", sagt Apel. Könnte hier ein Teil der Entfremdung, der Feindseligkeit ihren Grund haben? Die gewollte Reduzierung der Beziehung des Bürgers zum Staat auf das Verstandesmäßige, auf die reine Einsicht kann das Bedürfnis junger Menschen nach emotionalem Engagement nicht befriedigen, sondern nur zurückstoßen. Wenn dieser Staat das Beste vom Besten in der deutschen Geschichte ist, wie Apel sagt, warum sich dann nicht für ihn begeistern, warum dann kein vorbehaltloses Ja fordern?"

Es ist 9.26 Uhr geworden. Der Fliegersoldat Jan-Peter Rudolf, einer der Wehrpflichtigen, tritt aus dem Glied und hält seine Rede, tapfer, unbeirrt von dem nicht nachlassenden Lärm. In seiner Rede spiegelt sich ebenjenes „Ideal" des reflektierenden, aus höherer Einsicht in das Notwendige die Unannehmlichkeit ertragenden Soldaten, den sich diese Republik im Mißtrauen gegen sich selbst und die Angst vor Begeisterung so sehr wünscht und den sie immer seltener vorfindet. Als er nach zehn Minuten ins Glied zurückgetreten ist, intoniert die Militärkapelle erstmals das Thema „Ich bete an...". Man ahnt es mehr, als daß man es hört. Ein Luftwaffenmajor schreit, so laut er kann, die Gelöbnisformel vor, und, o Wunder, die Soldaten hören ihn und brüllen zurück: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland teu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen." — „Aufhören, aufhören", brüllt die Menge dagegen.

Es ist fünf vor zehn, als eine fackelntragende Kette von Matrosen aufmarschiert. Der Lärm ist so stark geworden, daß es selbst mit Hilfe der Lautsprecheranlage dem Kommandierenden Leutnant kaum noch möglich ist, seine Kommandos weiterzugeben. Die ersten Wurfgeschosse — sie sehen aus wie zusammengeknülltes Papier — fliegen über die Absperrkette. Apel steht, neben ihm der Flieger Jan-Peter Rudolf. Man wartet.

Zwei Meter hinter ihm sitzt, was in der Bundesrepublik Rang und Namen hat. Stücklen, der Bundeskanzler, Zeyer, Scheel, Leber und Lambsdorff. Etwas abseits stehen Schüler und Genscher, fröstelnd. Der offene Hohn schlägt ihnen ins Gesicht. Es ist, als befänden sie sich am Pranger oder auf der Anklagebank. Im Hintergrund quälen sich mit drehendem Blaulicht Sanitätsfahrzeuge langsam durch die Menge. Die Minuten verrinnen langsam. Nichts geschieht. Die Musikkapelle, die nach dem feierlichen Gelöbnis wieder abgezogen war und nun zum Großen Zapfenstreich zum zweitenmal auf den Platz marschieren soll, scheint ebenso wie das Wachbataillon aufgehalten zu werden. Auf dem Platz wechseln die Parolen. „Nieder mit der Bundeswehr", schreit der Mob, und stimmt alsbald wieder das „Humba-Humba-Täterä" an. Apel steht da, unfähig, etwas zu tun, und wartet. Sechs Minuten sind vergangen, als endlich das Musikkorps und hinter ihm das Wachbataillon anmarschieren.

Das Stakkato der Trommelwirbel vermischt sich mit dem der Trillerpfeifen. Die Befehle, die nun erschallen, werden zugedeckt vom Hohngesang „Wer kann das bezahlen, wer hat soviel Geld...", dazwischen hört man „Präsentiert das Gewehr". Die Stimme des Kommandierenden ist dünn geworden.

Die Serenade erklingt. Dann locken die Pfeifer zum Zapfenstreich, und die Menge brüllt „Schluß mit der Scheiße". Einem Demonstranten ist es gelungen, auf den Festplatz zu gelangen. Sechs Feldjäger stürzen sich auf ihn und tragen den sich Wehrenden an Händen und Beinen vom Platz. Und die Menge brüllt weiter: „Schluß mit der Scheiße, Schluß mit der Scheiße." 22.30 Uhr ist es inzwischen, das Kommando „Helm ab zum Gebet" ertönt, aber noch bevor die Melodie zum „Ich bete an die Macht der Liebe" erklingt, hebt ein neuer Orkan von Gejohle an. Es ist, als sei die Hölle los. Auch die Nationalhymne, die danach erklingt, wird ausgepfiffen und von dem Gejohle fast zugedeckt.

Die letzten Kommandos fallen, das Wachbataillion und das Musikkorps marschieren ab wie begossene Pudel. Sie verlassen keinen Festplatz, sondern eine Walstatt. Jeder, der dabei war, weiß, wer diese Schlacht verloren hat.

FAZ, 14.11.80

KOMM–ERK oder wie eine Kommando-Erklärung zustande kommt

Frankfurt/Duisburg/Wuppertal (Anderswo,) 14. November

Die vielen Kommando-Erklärungen (KOMM–ERK's), die wir in der Vergangenheit nach jeder Aktion bekamen, haben uns jedesmal die Sprache verschlagen. Sprachlosigkeit herrschte bei uns deshalb, weil nicht die Aktionen es waren – man/frau kann dazu stehen, wie sie es wollen oder dürfen – sondern die Sprache in diesen Meldungen, die, wie schon gesagt, uns jedesmal dieselbe verschlug. Da wir diese KOMM–ERK's jedesmal anonym zugeschickt bekamen, konnten wir niemals hinterfragen, was die Leute bewegt, diese oder jene Aktion zu machen.

So ziemlich in allen KOMM–ERK's wurden immer wieder die gleichen nichtssagenden Sprachhülsen verwendet, die den Lesern nichts vermitteln konnten. Sie waren (und sind) austauschbar, nur der Ort, die Zeit und der/die Name(n) waren (sind) andere. So war es uns möglich, die letzten 50 KOMM–ERK's zu einer Standard-Kommando-Erklärung zusammenzufügen, die wir somit der Öffentlichkeit (nicht zur Benutzung – das ist verboten!) vorlegen.

Don Camillo, Alois von Merkatz, Rudi Ratlos und Konsul h.c., von der ID-Redaktion

KOMM–ERK Nr. 1

Auf der Lauer vor Frau Lauer – ein Kalauer aus ernstem Anlaß. Samstagnacht besprühten wir das kleine weiße Häuschen der Landtagsabgeordneten Lauer (Duisburg) und demolierten ein wenig ihr Auto.

Warum suchten wir uns ausgerechnet diese engagierte Frau aus? Waltraud Lauer ist Mitglied der SPD und Abgeordnete im Landtag Nordrhein-Westfalens. Ihr parlamentarisches Engagement gilt den Sozial- und Ausbildungsproblemen. Sie ist langjähriges Mitglied des Justizausschußes und in dieser Eigenschaft mitverantwortlich für den "humanen Strafvollzug".

Neuestes Projekt ihrer und ihrer Kollegen Fürsorge ist der Bau eines Hochsicherheitstraktes für besonders schwer erziehbare Gefangene.

Unsere Aktion soll die unangemessene und herausfordernde und private Idylle der Knastpolitikerin Lauer stören. Deutlich sichtbar wollen wir in die weitverbreitete Friedhofsruhe und abgetötete Phantasie des Widerstands gegen Hochsicherheitstrakte und andere Formen der politischen Repression in diesem Land ein wenig Leben bringen.

In der Hoffnung auf breite Zustimmung und freudige Erregung

Sprühfix Köln-Ossendorf

Kein Hochsicherheitstrakt in Köln-Ossendorf und anderswo!

KOMM–ERK Nr. 2

Tausend Feuer müssen brennen
damit wir endlich leben können –
tausend Herzen müssen glühen
damit wir unsere Freiheit kriegen *

Wir haben heute, 2.11.80, im Amtsgericht Wuppertal geheizt – sprich Feuer gelegt.

Die Justiz als Herrschaftsinstrument hat nicht nur die Aufgabe, durch Prozeße einzuschüchtern (z.Bsp. hohe Geldstrafen für Schwarzfahren und Widerstand gegen Bullen), sondern ist auch dafür verantwortlich, daß Genoss(inn)en durch das Aufgreifen revolutionärer Politik jahrelang in Isolationstrakte wandern und gemordet werden.

Über die Gesetzgebung legitimiert der mörderische -Staat seine Todesschüsse, die nicht nur Guerillas treffen, sondern jeden treffen können, wie zuletzt in West-Berlin, als ein "tatverdächtiger" Dieb erschossen werden sollte, und ein Besucher getroffen wurde.

FREIHEIT FÜR DIE 13 AMERIKA–HAUS–BESETZER, FREIHEIT FÜR JÜRGEN! NEUN MONATE KNAST FÜR SPRÜHEN

SOFORTIGE ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER GUERILLA!

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK IN NORD–IRLAND! ZERSCHLAGT DIE TRAKTS! DEN MILITANTEN WIDERSTAND ORGANISIEREN! SOLIDARITÄT MIT DER GUERILLA! DRINNEN UND DRAUSSEN EIN KAMPF!

KOMM–ERK Nr. 3

Wir haben in der Nacht zum Dienstag, 11.11., einen Bundeswehr-LKW auf dem Gelände der MAN in Brand gesetzt, auf das sich viele Herzen daran erwärmen können ...

Ein brennender Bundeswehr-LKW auf auf dem MAN-Gelände sollen daran erinnern, daß wir sehr wohl die Zusammenhänge zwischen den öffentlichen Vereidigungen und der Bundeswehr sehen, und auch die Zusammenarbeit zwischen MAN und Bundeswehr (LKW-Produktion und Reparatur) und ihre Exporte von Militärgütern an Unterdrücker in der Dritten Welt (El Savador).

Wir verstehen unsere Aktion auch als inhaltlichen Beitrag zur Demo gegen die Vereidigung. Darum fordern wir die Aktionseinheit auf, diese Aktion im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu veröffentlichen, zum Beispiel durch eine Diskussionsveranstaltung über mögliche Formen des Widerstandes gegen Militarisierung. Nicht nur gegen öffentliche Vereidigungen, weil das unter anderem noch in die integrative Politik jener SPD-Reformer paßt, die statt Popanz lieber eine demokratische Bundeswehr wollen. Wir müssen vielmehr nach Verhaltensweisen suchen, die uns unsererem Wunsch nach Freiheit und Glück schon jetzt näherbringen und Herrschaftsstrukturen bekämpfen, auch wenn sie sich als demokratisch oder reformerisch tarnen.

ABRÜSTUNG IST NICHT SACHE DER POLITIKER, SONDERN ES LIEGT AN UNS!

Da wir uns ja bekannterweise im Computerzeitalter bewegen, schlagen wir deshalb im Fòlgenden einen EDV-angepaßten Fragebogen vor:

KOMMANDO–ERKLÄRUNG NR ....

was: *

wo: ☐ Stadt ☐ Ort ü. 100.000 Einw. ☐ Dorf ☐ Land

wann: (Zeiger der Uhr einsetzen!)

Mittel: ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ sonstiges

wie:

☐ flambiert
☐ abgefackelt
☐ geheizt
☐ verschönert
☐ renoviert
☐ getüncht
☐ besetzt

☐ Nägel gestreut
☐ Fischmehl ausgekippt
☐ Buttersäure verspritzt
☐ .... (sonstiges)

Farben: ☐ rot ☐ schwarz ☐ .... (sonstiges)

Zweck:

☐ den Staat zerschlagen
☐ Gefangene befreien
☐ die Revolution

☐ die Anarchie
☐ das Chaos
☐ den 3. Weltkrieg

feelings:

☐ was verboten ist, macht mich scharf
☐ es baut auf
☐ gibt ein Gefühl der Stärke
☐ den anderen zeigen, wo's langgeht

Forderung: Kein .... in .... und anderswo

Wir wollen in Dr. Herold's Computer

☐ nein
☐ ja (wenn ja, bitte nächsten Punkt ausfüllen)

Personen-Kennziffer ....

☐ weitergeben!
☐ weitersagen!

Gruppe/Zelle ☐ ☐ ☐

Raum für Fingerabdruck (linker Daumen)

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Fotos: Demo am 4.11.80 im Erdinger Moos

ERDINGER MOOS

Provokativer Baubeginn und Widerstand

Erding, 9. November 80

Man ist bestürzt und fühlt Wut in sich, wenn man den Beschluß des bayerischen Verwaltungsgerichts vernommen hat, mit dem Bau des Großflughafens darf begonnen werden. Um diesen Beschluß rechtfertigen zu können, wurden willkürlich 40 Kläger (0,7%) aus 5724 Klägern ausgewählt und einer staunenden Öffentlichkeit als Musterkläger präsentiert. Nach knapp 4 Monaten konnte dann diese Prozeßkomödie ihren ersten Höhepunkt erreichen, indem der sofortige Vollzug als rechtens erklärt wurde.

Ungeachtet aller Energiesparmaßnahmen und Energieverteuerung „Bayern braucht einen Großflughafen". (Für wen wohl?) Der bayerische Staatsminister Anton Jaumann ist erfüllt von tiefer Befriedigung (Originalzitat), daß das Gericht in seinem Sinne und im Sinne der Industrie entschieden hat. Für die Menschen im Erdinger Moos ist wieder ein Stück Glauben an den Rechtsstaat dahin, 40 qkm Moos werden zubetoniert und 60 000 Menschen werden mit Lärm und Schmutz belastet und das alles wird mit öffentlichem Interesse begründet. Aber wir werden uns zu wehren wissen. Unser Kampf gegen dieses gigantische Wahnsinnsprojekt geht weiter.

Um unseren ungebrochenen Widerstand trotz polizeilicher Überwachungs- und Einschüchterungsversuche zu dokumentieren, wurde am 4. November zur Demonstration aufgerufen. Dieser Demonstrationsaufruf wurde unterstützt von den Bürgerinitiativen, den Vertretern der Kirche, den politischen Mandatsträgern und der Schutzgemeinschaft gegen den Großflughafen.

Am Morgen des 4. November versammelten sich trotz schneidender Kälte ca. 2000 Menschen bei der Franzheimer Schule. Sie bezeugten, daß das skandalöse Urteil des Münchner Verwaltungsgerichtes den Widerstand neu belebt hat. Nach verschiedenen Rednern zog die Demonstration durch das Erdinger Moos zum 3 km entfernten Bauhof der Flughafen München GmbH. Dort sprachen unter anderem der Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern, Helmut Steininger, und der extra aus Bremen angereiste Rudolf Bahro. Aus allen Reden war eine tiefe Enttäuschung über das bundesdeutsche Gerichtsunwesen zu hören.

Im Anschluß an diese Demonstration, die wieder in Franzheim endete, wurde ein Autokorso durch die betroffenen Gemeinden zur Kreisstadt Erding durchgeführt. In Erding fand dann die Abschlußkundgebung der BI Erding statt.In den nächsten Tagen fanden in fast allen betroffenen Gemeinden lokale Protestaktionen wie Fackelzüge und Haberfeldtreiben derbayerische Tradition der Volksgerichtsbarkeit) statt.

Am Samstag, den 15 November , versammelten sich 5 000 Menschen in München, um ihren Protest gegen den „Großflughafenwahnsinn" auszudrücken.

Kontakt: Wilfried Becker, Franzensbaderstr. 16, 8058 Erding, Tel.: 08122/8724.

Von der BI Erdinger Moos wird per Unterschriftensammlung ein Vorstoß gegen die Steuerbefreiung beim Flugzeugbenzin gemacht. Nachfolgend die Begründung als Denkanstoß.

Benzin, Schnaps und Dieselkraftstoff werden teurer. Wir fordern:

KEIN STEUERERLASS FÜR FLUGBENZIN!

Die BRD ist jährlich mit 4 Mill. Militär- und Zivilflugzeugen das Land mit dem dichtesten Flugverkehr der Welt.

Die Grenzen der Belastbarkeit und der politisch vertretbaren Risiken des Luftverkehrs sind längst überschritten. Lärm ist in der hochindustrialisierten Gesellschaft inzwischen der größte Krankheitserreger.

Die Schadstoffbelastung der startenden Flugzeuge, der enorme Landeverbrauch, die Zerstörung und Zersiedlung ökologisch und sozial intakter Lebensräume durch riesige Flughafenanlagen hat eine unerträgliche Situation geschaffen.

Während lediglich eine Minderheit, im Jahr 1979 waren es 0,1% des Personenverkehrsaufkommens der BRD, den Luftverkehr in Anspruch nimmt, werden weite Teile der Bevölkerung fortdauernd und in zunehmendem Maße mit den Belastungen des Flugverkehrs strapaziert und bedroht. Kein verantwortliches Ministerium hat sich bis heute die Mühe gemacht, das tatsächliche Ausmaß der Belastungen des Flugverkehrs zu untersuchen. Es ist z.B. immer noch nicht bekannt, wieviele Tausend Bundesbürger mit rechtlich nicht mehr zulässigem Flugzeuglärm tagtäglich belastet werden.

Jeder Fortschritt in der Lärmbekämpfung mußte durch die Initiativkraft und den Widerstand der Betroffenen erkämpft werden. Die Klagen der Betroffenen, der Lärmgeplagten und Existenzgeschädigten fanden so gut wie nie die Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen. Im Gegenteil: Bundes- und Länderregierungen versuchen durch eine gezielte Forschungs- und Subventionspolitik den gigantischen Wachstumszielen der Luftfahrtunternehmen, der Flughafenbetreiber und der Luftfahrtindustrie mit Milliardenbeträgen entgegenzukommen.

DIE LUFTFAHRT ZAHLT KEINEN PFENNIG MINERALÖLSTEUER

Obwohl das Flugzeug das Verkehrsmittel mit dem höchsten Treibstoffbedarf ist (es benötigt bei gleicher Leistung etwa zehnmal soviel Energie wie der Schienenverkehr), ist die Luffahrt von der Mineralölsteuer, von der Umsatzsteuer und dem Einfuhrzoll für Flugtreibstoff befreit.

- Jedes Ticket im innerdeutschen Verkehr müßte nach Ansicht der Lufthansa um etwa 35% versteuert werden, wenn für die Luftfahrt das gleiche wie für alle anderen Verkehrszweige gelten würde.
- Das bedeutet umgekehrt: Jedes Ticket wird durch den Steuererlaß mit 35% bezuschußt.
- Etwa 5 Mrd. Liter Treibstoff wurden im letzten Jahr an die kommerzielle Luftfahrt vertankt. Legt man als Berechnungsgrundlage den Steuersatz für den PKW-Verkehr zugrunde, dann entspricht dieses Steuergeschenk einem Betrag von etwa 3 Mrd. Mark.
- Unabhängig davon wird die Luftfahrt regional subventioniert, werden über Steuerzuschüsse schlecht ausgelastete Linien aufrechterhalten, Flughäfen gebaut und unterhalten. Trotz dieser enormen Förderungsleistungen ist – nach Auskunft des Lufthansa-Chefs Culmann – immer noch jeder Flug unter 400 km nicht kostendeckend.

Die Aktualität der Enegieverknappung und Verteuerung macht jede mit Steuergeldern finanzierte Förderung des Luftverkehrs zu einer unverantwortlichen Kurzsichtigkeit. Wenn die Bundesregierung eine Subventionspolitik fortsetzt, die unsere Wirtschaft von einer immer größer werdenden Energieverschwendung abhängig macht, dann müssen spätestens morgen Maßnahmen getroffen werden, die uns einen reibungslosen Zugang zu den Energiemärkten sichern. Angesichts der aktuellen Spannung, der aktuellen Auseinandersetzungen im persischen Golf ist es höchste Zeit für eine vernünftige Verkehrs- und Energiepolitik!

Zur Zeit beabsichtigt die Bundesregierung, u.a. aus Gründen der Energieeinsparung die Steuern für Benzin und Dieseltreibstoff zu erhöhen. Um nicht nur den kleinen Mann durch erhöhte Mineralsteuern zu belasten, verlangen wir, endlich die Privilegien der Luftfahrt abzubauen.

WIR FORDERN, DIE LUFFAHRT EBENSO WIE DEN PKW-VERKEHR ZU BESTEUERN!

Kontakt: Wilfried Becker, Franzensbaderstr. 16, 8058 Erding.

„Ein Machtmittel hat der Bürger aber in der Hand: Wenn er als freier Bürger in einem freien Land zur Wahl geht, wird er an DIE Politiker denken, die ihn in seiner Not im Stich gelassen haben."

Käthe Winkelmann, Altbürgermeisterin Erding

Bundschuh

Land- und forstwirtschaftliche
Produktionsgenossenschaft
6973 Schwabhausen (Franken)

DER KAMPF DER BUNDSCHUH–BAUERN GEGEN DIE DAIMLER–BENZ–TESTSTRECKE GEHT WEITER

Seit über drei Jahren versucht die Daimler-Benz AG im Raum Boxberg (bei Bad Mergentheim) eine riesige Teststrecke zu - bauen. Die verplante Fläche von über 700 ha umfaßt fruchtbarste Äcker bester Bodenqualität und herrliche Waldbestände. Wenn die Daimler-Benz-Pläne verwirklicht würden, wäre wieder ein großes Stück Natur dem unersättlichen Moloch Auto zum Opfer gefallen. Nach den bisher vorliegenden Plänen soll beispielsweise innerhalb des durch Zäune und Sichtblenden hermetisch von der Außenwelt abgetrennten Testareals der gesamte Wildbestand abgeschossen werden.
Doch das Projekt hat auch einen militärischen Hintergrund. Ein NATO-Tanklager liegt in nächster Nachbarschaft unscheinbar in einem Waldgelände. Hier sollen demnächst große Treibstoffreserven eingelagert werden. Der eindeutigste Hinweis auf die militärische Nutzung des geplantes Projekts ergibt sich aus seinen Dimensionen. So sollen zwei völlig horizontal verlaufende Pisten entstehen, jede fast 100 m breit und über 4 km lang. Das Ganze ist offenbar als NATO-Großflughafen für den Krisenfall gedacht Genaueres weiß man nicht, aber die Vermutung liegt sehr nahe.
Auch in diesem Fall war klammheimlich mit den Vorbereitungen begonnen worden, nachdem ein zunächst ins Auge gefaßter Standort in der Rheinebene am Widerstand der dortigen Bevölkerung gescheitert war. Zum Standort Boxberg hatten Bauernverband und Gemeinderat ihre Zustimmung schon lange gegeben, ehe die ersten Betroffenen davon erfahren haben.
Doch neben dem unbeugsamen Widerstandswillen der Vollerwerbsbauern stellen sich den seelenlosen Technokraten gegenwärtig noch unüberwindlich erscheinende rechtliche Hürden in den Weg.

Das Recht ist auf unserer Seite
Bisher haben sich die Gerichte zu dem Treiben der Daimler/ CDU-Gang noch nicht äußern müssen, doch jetzt ist unser Widerstand in die Phase der juristischen Aueinandersetzung getreten. Hoffen wir, daß nicht wieder, wie leider nur zu oft, Recht zu Unrecht wird und sich die Justiz als Klassenjustiz erweist.
Nun also zum Stand der juristischen Auseinandersetzung Ende 1980: Daimler-Benz will Bauernland. Normalerweise kann ein Industrieunternehmen kein Bauernland kaufen, da es allein der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten ist. Damit Daimler-Benz Eigentümer der Äcker werden kann, mußte zuvor Bauernland in Industriegelände "umgewidmet" werden. Dies geschah durch den Bebauungsplan, der am 21.Mai 1980 unter großem Protest der Bevölkerung von dem Boxberger Stadtrat beschlossen wurde. Dieser Bebauungsplan weist das von Daimler benötigte Areal nun als Industriegelände aus.

Die BUNDSCHUH-Genossenschaft will erreichen, daß dieser Bebauungsplan zurückgenommen wird und somit das Teststrecken-Projekt scheitert. Deshalb reichten die BUNDSCHUH-Bauern und viele weitere von der BUNDSCHUH-Genossenschaft unterstützte Betroffene im November 80 eine Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim ein. Unsere (nachfolgend skizzierten) Argumente müssen einen **objektiven** Richter zur Aufhebung des Bebauungsplan-Beschlusses veranlassen.

Erste Rechtsverletzung (und somit juristischer "Knackpunkt")
Im Bundesbaugesetz heißt es in § 8 Abs.2: "Bebauungspläne sind aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln". Ein Bebauungsplan setzt also einen Flächennutzungsplan voraus, in dem "für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen (ist)".(§ 5 Bundesbaugesetz).
Da es für die beiden betroffenen Gemeinden Boxberg und Assamstadt solche Flächennutzungsplälne nicht gibt, versuchte man zunächst fieberhaft, diese noch zu erstellen und verzichtete schließlich – entgegen der gesetzlichen Bestimmung – aus Zeitgründen darauf, wohl wissend, daß diese Rechtsverletzung von der oberen Behörde gedeckt würde. Dies geschah denn auch offiziell am 14.August 1980. Der Stuttgarter Regierungspräsident genehmigte den Daimler-Benz-Bebauungsplan "Sondergebiet Prüfgelände" unter Verzicht auf den vorgeschriebenen Flächennutzungsplan. Er stützte sich dabei auf eine Vorschrift, die erst im letzten Jahr durch Novellierung in das Bundesbaugesetz aufgenommen wurde, wonach aus "dringenden Gründen" auf den Flächennutzungsplan verzichtet werden könne.
SO EINFACH MACHT ES SICH DER GESETZGEBER IMMER WIEDER: WENN EIN GESETZ SEINEN INTERESSEN NICHT MEHR ENTSPRICHT,WIRD ES EINFACH NOVELLIERT UND DURCH WEIT INTERPRETIERBARE AUSNAHMEVORSCHRIFTEN WIEDER PASSEND GEMACHT...
Wir können zwar das Gesetz nicht ändern, aber wir werden vor Gericht massiv infrage stellen, ob hier die angeblich "dringenden Gründe" vorliegen!
Zweite Rechtsverletzung
Der Beschluß des Bebauungsplans muß vom Gemeinderat in **"öffentlicher** Sitzung" erfolgen.
Um diese Beschlußfassung möglichst harmonisch und ohne lästige Zwischenbemerkungen und Fragen der Betroffenen über die Bühne zu bringen, erhielt Einlaß zur beschlußfassenden Sitzung am 21.Mai nur, wer bei der Gesichtskontrolle durch den Ortsvorsteher nicht als Teststreckengegner identifiziert wurde. Dieses Verfahren gewährleistete ein Polizeiaufgebot von etwa 800 Mann, das zudem durch schikanöse Straßenkontrollen die BUNDSCHUH-Bauern am rechtzeitigen Eintreffen hinderte: Somit war die Öffentlichkeit nicht hinreichend hergestellt,der Beschluß kam also nicht rechtmäßig zustande und war von Anfang an rechtsunwirksam.

Auch die von der Daimler-Benz AG bereits vorgenommene Eigentumsübertragung der über die Landsiedlung gekauften Grundstücke im Grundbuch ist damit rechtsunwirksam und muß rückgängig gemacht werden.

Dritte Rechtsverletzung

Die Eigentrumsübertragung von Bauernland an den Industriekonzern Daimler-Benz ist aus zwei weiteren Gründen nichtig:

1) Die baden-württembergische Landsiedlung, deren eigentliche Aufgabe die Förderung der Landwirtschaft ist, schloß als Strohmann für die Daimler-Benz AG – die ja nicht selbst Bauernland kaufen darf – seit 1978 Vorverträge mit verkaufswilligen Grundstückseigentümern ab. In diesen Vorverträgen wurde der Verkauf an die Bedingung geknüpft, "daß das Vorhaben der Käuferin (Anlegung und Inbetriebnahme dieser Meßstrecke im Bereich Boxberg nach Rechtskraft des entsprechenden Bebauungsplans und nach Vorliegen sämtlicher behördlicher Genehmigungen) verwirklicht werden kann." Zwar ist der Bebauungsplan durchgepeitscht worden, doch fehlen der Daimler-Benz AG noch zahlreiche behördliche Genehmigungen, so etwa die Baugenehmigung. Da also die Bedingungen nicht erfüllt sind, hätte der Verkauf nicht stattfinden dürfen.

2) Nach dem Grundstücksverkehrsgesetz bedarf der Kauf landwirtschaftlicher Nutzfläche der Genehmigung des Landwirtschaftsamtes. Kein Bauer kann einen Acker ohne diese Genehmigung kaufen. Anders der Automobilkonzern Daimler-Benz. Der darf – nach der irrigen Meinung des Leiters des Landwirtschaftsamts Bad Mergentheim – sich einige hundert Hektar Bauernland genehmigungsfrei unter den Nagel reißen. – Auch in diesem Fall haben die Gerichte das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Aus all diesen Gründen hat der BUNDSCHUH allen Verkäufern geraten , das von Daimler-Benz im November 80 ausgezahlte Geld gut anzulegen, damit sie es bei Scheitern des Projekts zurückzahlen können.

BUNDSCHUH ERHÄLT FRIEDENSPREIS!

Letzten Sonntag wurde dem BUNDSCHUH der Schalom-Preis verliehen. Dieser Preis wird gestiftet von der Berghof-Stiftung der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi und der evangelischen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und wird jährlich verliehen an Gruppen, die in besonderer Weise zur Konfliktlösung und Friedensförderung beitragen. Neben der BUNDSCHUH-Genossenschaft wurden noch die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland für ihre Aktion zum Boykott Afrikanischer Früchte ausgezeichnet sowie der Verband Deutscher Sinti.

Sofort nachdem bekannt wurde, daß der BUNDSCHUH einer der Preisträger sein wird, standen die Telefone bei den Preisverleihern nicht mehr still. Die Daimler-Benz AG versuchte all ihren Einfluß geltend zu machen, um diese Würdigung der Arbeit der BUNDSCHUH-Genossenschaft zu würdigen.

Doch die christlichen Preisverleiher ließen sich nicht einschüchtern; die Preisverleihung fand statt.

Der Seehof. Nach der Vorstellungen der Bundschuh-Genossenschaft soll dieser Hof zum Modell-Betrieb für biologischen Landbau werden.

Vierter juristischer Knackpunkt: das Flurbereinigungsverfahren

Im Gegensatz etwa zum Erdinger Moos, wo es dem Freistaat Bayern gelang, 99% der für den Flughafen München II benötigten Fläche den Bauern "freiwillig" abzuluchsen, widerstanden die BUNDSCHUH-Bauern solidarisch allen Versprechungen und Bestechungen der Daimler-Agenten, sodaß heute noch etwa ein Drittel des für die Teststrecke benötigten Geländes fest in BUNDSCHUH - Hand ist. Daimler - Benz kann das Eigentum hier also nicht auf vertraglichem, legalem Wege erlangen und geht deshalb nach dem Motto vor: Bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt.

Weil sich die Gewalt in unserem Rechtsstaat aber nur ausnahmsweise als solche entblößt, erscheint sie auch hier als strukturelle, verschleiert in Form der Flurbereinigung. Wieder versucht man, den Schein der gesetzlichen Legalität zu wahren, aber auch zu dieser weiteren Rechtsbeugung müssen erst noch die Gerichte Stellung beziehen. Mit Hilfe eines riesigen Flurbereinigungsverfahrens das 25 qkm Fläche umfassen soll, will man die nicht verkaufsbereiten Bauern aus dem von Daimler - Benz beanspruchten Areal hinauszwingen, indem man sie kurzerhand enteignet.

Als „Ersatz" für das ihnen zugunsten von Daimler weggenommene Land sollen sie mit schlechten Böden und Geld abgefunden werden. Da sie zudem für das bewirtschaftete Pachtland, das meist mehr als das eigene Land ausmacht, keinen Ersatz erhalten werden, würden die Ersatzflächen weit unter die existenznotwendige Größe schrumpfen. Die betroffenen Vollerwerbsbauern und ihre Familien würden zur Aufgabe ihrer bäuerlichen Existenz gezwungen, alle Bauern müßten unter sehr viel schlechteren Bedingungen versuchen, weiterzuarbeiten. Damit wird der eigentliche Sinn des Flurbereinigungsverfahrens pervertiert, der nach dem Gesetz darin besteht, durch die Zusammenlegung kleiner zerstückelter Äcker die Arbeitsbedingungen und Rentabilität der bäuerlichen Betriebe zu verbessern. Eine solche Flurbereinigung fand zudem bereits Ende der sechziger Jahre in den Boxberger Gemeinden statt und ist deshalb überflüssig.

Das jetzt angestrebte Verfahren stützt sich auf die „Sondervorschrift bei Enteignungen" § 87 f. Flurbereinigungsgesetz und § 144 f. Bundesbaugesetz, wonach der Verlust an land- und forstwirtschaftlichen Flächen für „städtebauliche Maßnahmen" durch eine Enteignungs - Flurbereinigung unter sehr Vielen verteilt werden kann. damit das „Opfer" für das „Gemeinwohl" nicht nur wenige trifft.

Diese haarsträubende Rechtsbeugung werden wir gerichtlich überprüfen lassen. Auch hier sind wir zuversichtlich, daß wir Recht erhalten und dieses Flurbereinigungsverfahren als rechtswidrig erklärt wird. Denn wie wollen Daimler-Benz und Flurbereinigungsbehörde das eine Enteignung allein rechtfertigende „Gemeinwohl" des umweltzerstörenden Betonmonsters nachweisen und dem Gericht einreden, es handele sich hierbei um eine „ städtebauliche Maßnahme" im Interesse der Region ?

Der BUNDSCHUH unterstützt und vertritt juristisch alle Betroffenen, die Widerspruch gegen dieses Flurbereinigungsverfahren einlegen. Anfang November waren beim BUNDSCHUH bereits 130 Widersprüche eingegangen, also noch, bevor die offizielle 14 - Tage - Widerspruchsfrist zu laufen begann. Da mit der Zurückweisung dieser Widersprüche zu rechnen ist, wird der BUNDSCHUH im nächsten Schritt die Klage für die Betroffenen gegen das Flurbereinigungsverfahren durchfechten.

Daß die betroffenen Bauern überhaupt in der Lage sind, ihr Recht auch mit juristischen Mitteln zu erkämpfen, verdanken sie der solidarischen Unterstützung vieler BUNDSCHUH-Genossen (inzw. über 1 300) in Stadt und Land, aus nah und fern. Dabei haben sich die Städter und anderen „Auswärtigen" darauf beschränkt, die Aktionen der Betroffenen zu unterstützen und durch Öffentlichkeitsarbeit weitere Genossen zu gewinnen. Das Verhältnis zwischen Städtern, die Schwabhausen oft besuchen, sich dort aber nicht niedergelassen haben, und den Bauern ist deshalb sehr gut und es kam bisher nicht zu Strategieauseinandersetzungen, die in anderen Konflikten oft sehr hinderlich für den Kampf um die gemeinsame Sache sind.

Der Widerstand, vor allem auch die juristische Auseinandersetzung, erfordern einen großen finaziellen Rückhalt, den die Bauern niemals alleine aufbringen könnten. Dennoch werden die vorhandenen Finanzmittel sicher nicht ausreichen, um die vermutlich langwierigen juristischen Verfahren und vor allem auch die geplanten alternativen Projekte der BUNDSCHUH - Bauern finanzieren zu können. Deshalb hier unser Apell an alle politisch bewußt und solidarisch denkenden Städter: Unterstützt den Widerstand der Bauern ! Werdet Mitglied im BUNDSCHUH und/oder spendet für den BUNDSCHUH - Rechtshilfefonds !!

Liebe Freunde, Ihr seid sicher mit uns einig, daß wir in unserem Kampf für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, für besseres und gesünderes Leben und gegen den Wachstumsfetischismus mit seinen negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur nur dann gewinnen können, wenn wir - zumindest teilweise - die Herrschenden mit ihren eigenen Waffen, also auch mit juristischen, zurückschlagen . Wir haben jedoch noch viele andere Waffen, mit denen wir viel verändern und auf lange Sicht - hoffentlich überall, nicht nur in diesem Fall gegen Daimler - Benz - siegen werden; und das sind unser Mut zum Begehen neuer Wege, unsere Phantasie, unsere Solidarität, unsere Hartnäckigkeit und unser Glaube an den Menschen und seine Entwicklungsfähigkeit.

Helft mit, daß dieses alternative Netz immer engmaschiger wird und eines Tages das Ungezeifer darin ersticken muß !!

Mitglied in der BUNDSCHUH - Genossenschaft kann werden, wer mindestens einen Geschäftsanteil von 100,- DM einzahlt auf unser Konto Nr. 114 bei der Volksbank Boxberg (Zweigstelle Schwabhausen), BLZ 673 622 10. Beitrittserklärungen erhaltet ihr von der:

BUNDSCHUH
Land- und forstwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft / 69 73 Schwabhausen / Franken

Wendet Euch auch an die örtlichen Kontaktadressen (siehe nachfolgende Liste).

Noch ein Wort zu uns, wir haben uns vor etwa einem Jahr zum BUNDSCHUH - Freundeskreis Frankfurt zusammengeschlossen und wollen durch unsere Aktivität zur Verbreiterung der Widerstandsbasis beitragen. Wir sind eine kleine Gruppe von Lehrern, Technikern, einer Hausfrau und einem Mitglied eines alternativen Betriebskollektives und würden uns freuen, wenn noch mehr interessierte Leute bei uns mitmachen wollen.

Zur Konkretisierung von Projekten, die die BUNDSCHUH-Bauern zum Aufbau einer genossenschaftlich organisierten alternativen Produktion in Schwabhausen planen, veranstaltet die BUNDSCHUH-Genossenschaft einen

ÖKO – KONGRESS.

Er findet vom 28. -30. November im Gemeindehaus in Schwabhausen statt.

Zum einen soll hierbei die Arbeit einer Gruppe, die sich auf dem Essener Alternativen Produktionskongress der GRÜNEN im September zum Thema Ökoregion/Ökodorf/-stadt gebildet hatte am konkreten Beispiel eines real existierenden Dorfes fortgesetzt werden. Andererseits wollen wir auch neue Interessenten mit Erfahrungen und Kenntnissen auf diesem Gebiet einladen, ihre Ideen dazu einzubringen.

Es soll insbesondere um die Entwicklung folgender Projekte gehen:

1. Aufbau eines Lagerhauses zur Lagerung und Aufbereitung biologisch-dynamischer BUND–SCHUH-Erzeugnisse.
2. Übernahme einer Bäckerei in Schwabhausen zur Herstelllung biologischer Backwaren.
3. Erstellung einer Biogas-Anlage zur Versorgung der beiden Aussiedlerhöfe Hahn und Hofmann mit Wärme, Strom und Treibstoff.
4. Entwicklung eines alternativen Konzepts zur kürzlich vom Gemeinderat beschlossenen Sanierung des Dorfkerns von Schwabhausen.
5. Planung einer alternativen Grundschule in Schwabhausen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb müssen verbindliche Anmeldungen bis spätestens 25. November in Schwabhausen eingegangen sein. Bitte schickt gleich Euren Kostenbeitrag in Höhe von DM 30,- (Verrechnungsscheck) für Vollverpflegung mit. Die Übernachtung im Gemeindehaus ist kostenlos; bitte Schlafsäcke und Luftmatratzen mitbringen.
Anreise am Freitag bis 18.30 Uhr, Abendessen, Kongreßbeginn 20 Uhr.

Die Bundschuh-Freundeskreise

Ort	Name / Adresse
1000 Berlin 41	Ferdinand Dupuis, Stefanstr. 34 (030/7964119)
2000 Hamburg 20	Heidi Burmeister, Geschw.-Scholl-Str. 11 (040/4807702)
2071 Tremsbüttel	Carl Backhaus, Im Winkel 5 (04531/81348)
2850 Bremerhaven	Helke u. Reinhard Kohle, Bürgermeister-Smith-Str. 176 (0471/412510)
2970 Emden	Johanna Blesch, Strohstr. 5 (04921/25455)
3500 Kassel	Irene Cuntz, Landgraf-Karl-Str. 8 (0561/36292)
3510 Hann.-Münden 2	Christoph Bethge, Am Gansacker 88 (05545/1281)
4600 Dortmund 1	Heide Blume, Chemnitzer Str. 79 (0231/124287)
4670 Lünen-Brambauer	Wolfram-Alexander Adam, Diebecker Weg 45 (0231/870701)
4800 Bielefeld 1	Wolfgang Emer, Lemgoer Str. 9 (0521/67420)
5600 Wuppertal 2	Helmuth Peters (Tag 0202/643033), Germanenstr. 12 (Abend 0202/550415)
6000 Frankfurt 1	Ursula Hergt, Rotlintstr. 53 (0611/494801)
6120 Michelstadt	Peter-Jochen Bosse, Neuthorstr. 15 (06061/4079)
6200 Wiesbaden	Gerhard Dobra (priv. 06121/303328), Adelheidstr. 64 (dstl. 06121/31-3488)
6251 Oberneisen	Dr. Walter Wirth, Bahnhofstr. 7 a (06430/857)
6434 Niederaula	Karl-Werner Brauer, Kirchweg 4 (06625/322)
6900 Heidelberg	Ulrich Cuntz, Werderplatz 5 (06221/40952)
6905 Schriesheim	Dolly u. Reimund Schambeck, Panoramastr. 17 (06203/65780)
6925 Eschelbronn	Margit u. Matthias Langer, Lerchenweg 5 (06226/4381)
6969 Hardheim	Margot Steinmetz, Erfelder Str. 5 (09340/532)
6972 Tauberbischofsheim	Barbara u. Martin Weichert, Wellenbergstr. 6 (09341/2671)
6973 Schwabhausen	Sieglinde u. Walter Rukaber, Junkerholzweg 25 (07930/6701)
6987 Külsheim	Horst u. Ingrid Oellers, Schloßblick 23 (09345/349)
6991 Bad Mergentheim	Dr. Erhard Jöst, Stresemannweg 9 (07931/41118)
7000 Stuttgart 1	Ulf Michael Baumgärtner u. a., Staffelstr. 1 (0711/437700)
7022 Leinfelden-Echterdingen 2	Winfried Kretschmann (MdL), Hirschstr. 44 (0711/794502)
7065 Winterbach	Hans-Joachim Aderhold, Steinbronner Feld 8 (07181/73583)
7100 Heilbronn	Dietmar Brettschneider, Mozartstr. 2 (07131/68529)
7101 Hardthausen	Walter Kress, Haaghof (07139/434)
7118 Künzelsau	Dr. Christian von Wistinghausen, Brunnenhaus Mäusdorf (07940/2230)
7140 Ludwigsburg 10	Peter Gäng, Tammer Str. 25 (07141/36623)
7171 Winterrain	Frieder Otterbach, (07949/361)
7173 Mainhardt	Reinhart Luipold, Rottalstr. 76 (07903/524)
7185 Heroldhausen	Clemens Kuby, (07954/718)
7400 Tübingen	Alexander Goeft (c/o Keramikladen), Schwärzlocher Str. 83 (07071/5253)
7406 Mössingen	Ulla Wolff, Pappelstr. 4 (07473/3596)
7500 Karlsruhe 1	Hans Haller u. a., Lenzstr. 9 (0721/816860)
7530 Pforzheim	Gunde Metzger–Pegau, Nuitsstr. 33 (07231/21633)
7800 Freiburg	Siegfried de Witt, Kaiser-Josef-Str. 247 (0761/24344)
7804 Glottertal	Konstantin Meßmer, Landstr. 20 a (07684/1253)
7910 Neu–Ulm	Dr. Ing. Peter Szameitat, Augsburger Str. 45 (0731/78232)
7941 Dürnau	Rolf Mahr, Kanzacher Str. 98 (07582/8196)
8000 München 5	Heidewig Fankhänel–Moller, Am Einlaß 4 (089/266958)
8500 Nürnberg	Wolfgang Mederer, Gartenstr. 2 (0911/262535)
8520 Erlangen	Peter Pluschke, Schlehenstr. 16 (09131/41466)
8700 Würzburg	Ursula Koch u. Wolfgang Kolenda, Textorstr. 12 (0931/59348)
8762 Amorbach	Albrecht Fiebig u. Helga Obermayer, Marktplatz 5 (09373/8956)
8766 Großheubach	Wolfram Lambrecht, Kanalstr. 8
8803 Rothenburg o.T.	Hans-Jörg Meyer, Roßmühlgasse 5 (09861/3466)
8991 Achberg	Wilfried Heidt, Humboldt-Haus (08380/335)

BLACK HILLS

WENN DER MOND DIE MUTTER ERDE KÜSST...

Der Kampf zur Verteidigung der Black Hills zeigt zur Zeit wohl am charakteristischsten die Auseinandersetzung, die die nordamerikanischen Indianer um ihr Überleben führen müssen. Der ID berichtete darüber bereits in der Nr.346.
Wegen der zentralen Bedeutung dieses Konflikts bringen wir trotz einiger Überschneidungen noch einmal einen Bericht über das Sommertreffen in den Black Hills, den uns die deutsche Unterstützungsgruppe des AIM (American Indian Movement) zusandte.

Hamburger in den Black Hills

Das größte internationale Umwelt-Treffen dieses Jahres fand auf indianischem Boden statt. Die Black Hills, seit über 100 Jahren umstrittenes und umkämpftes Heiligtum der Lakota (Sioux), haben in diesem Sommer bereits Schlagzeilen gemacht, als die USA ihre 100 Millionen Dollar-Entschädigung durch die Weltpresse posaunten.
Wenn man allerdings die Hintergründe dieser scheinbaren 'Wiedergutmachung' kennt, wird auch verständlich, warum dies der Ort für das 'Black Hills Survival Gathering' war.(Survival = Überleben).

Für europäische Teilnehmer bot ein belgisches Reisebüro verbilligte Gruppenflüge an.
Als wir in Rapid City, Süd-Dakota, landeten, begrüßten uns allerdings nicht die überragenden Präsidentenköpfe des Mount Rushmore.Anstatt der schwarzbewaldeten Hügel dehnte sich eine endlose Steppe vor uns. In glühender Mittagshitze stöhnten wir drei Hamburger nicht weniger als die Italiener, Franzosen, Schweizer, Holländer, Schweden und Schotten, die der Einladung der Black Hills Alliance gefolgt waren. In der BHA fanden sich Anfang 1979 traditionelle Indianer, weiße Viehzüchter und Farmer und Atomkraft-Gegner zusammen, um den Plänen der US-Regierung und den Multis Widerstand zu leisten.
Das US-Energieministerium hat die Black Hills zum "nationalen Opfergebiet" erklärt, um mit dem Uran-Reichtum der Scharzen Berge den Energie-Bedarf der verschwenderischsten Nation der Welt zu decken. Dazu sollte man vielleicht noch wissen, daß 90% der amerikanischen Uran-Reserven auf indianischem Gebiet liegen – 50% davon werden bereits abgebaut.
Zu den Füßen der Black Hills hatte die BHA ein Camp für ca. 5 000 Teilnehmer organisiert. um mit Informations- und Aktionsständen, Seminaren und Workshops Modelle für das Überleben in den 80er Jahren zu demonstrieren und zu entwickeln. Während der 10 Tage dieses Meetings von Experten, Betroffenen,Interessierten und Engagierten gab es von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends ein umfangreiches Programmangebot zum Lernen und Selbermachen in alternativer Technologie, Selbstversorgung, organischem Anbau , natürlichen Heilverfahren. ...Schwerpunkte waren Selbstversorgung und Energie...
Mein größtes Interesse galt den Bereichen "Uranabbau und seine Folgen" und "Lebenssituation der ursprünglichen Bevölkerung Amerikas". Beides ist heute nicht mehr getrennt zu betrachten, weil sich 90 % des begehrten Uran auf Reservatsland befindet.
Was das für indianische Nationen bedeutet, wurde vor allem durch die Erfahrung und die Berichte der Lakota von Pine Ridge (Süd Dakota) und der Navajo(Arizona) dargestellt. Während die Navajo bereits seit 30 Jahren mit den Folgen des Uranabbaus, auf ihrem Land leben müssen, steht den Lakota eine Invasion von 27 Multis bevor, die ab 1982 mit einem massiven Uranabbau beginnen wollen.

Am 1.Juli 1980 hatte der Oberste Gerichtshof der USA diese Entschädigung von 100 Millionen inflationären US-Dollars festgelegt – das sind 0,6 Pfg. pro qm Land – unter diesem Land liegt Uran für Milliarden. Im Lichte des Vertrages von Laramie (1868), der den Lakota die Black Hills zusprach "solange die Flüsse fliessen" ist diese Abfindung legalisierter Landraub. ..Der Verkauf des eigenen Landes ist der bestgehaßte Gedanke für jeden Indianer – nicht nur angesichts der Lachhaftigkeit der Papier-Dollars, der Verkauf ihrer heiligen Berge ist auch aus religiösen Gründen unmöglich.

"Die Black Hills sind unsere Kirche der Ort, an dem wir beten.
Sie sind unsere Begräbnisstätte – die Gebeine unserer Vorväter liegen in diesen Hügeln begraben.
Wie könnt ihr von uns erwarten, daß wir unsere Kirche und unseren Friedhof für ein paar Papierdollar der Weißen verkaufen?"

Fank Fools Crow, Lakota-Häuptling

John Lanah, Hopi-Ältester (Foto Claus Biegert)

Nicht nur aus religiösen Gründen ist der Verkauf der Black Hills unmöglich — angesichts des Uranabbaus und seiner Folgen ist er totbringend. Das sagte John Trudell, Vorsitzender des Lakota Treaty Concil(eines indianischen Vertragsrates). Trudells Rede war hart, unnachgiebig und provozierend — sie wirkte abschreckend auf mich, bis ich erfuhr, daß seine Familie 1979 vom FBI ermordet worden ist. Als Führer des American Indian Movement ist auch sein Leben ständig bedroht. AIM wird in den USA vielfach als 'militant' diskriminiert und seine Führer werden verfolgt, mit Prozessen schiakaniert und in Gefängnissen mundtot gemacht...
Diese Politik der US-Regierung, die indianische Bewegung mit Behörden-Schikanen und FBI-Terror zu schwächen, hat jedoch das Gegenteil bewirkt. Der Widerstand ist gewachsen und das Bemühen um die Unabhängigkeit der Indianer ebenfalls. Da 45% von ihnen durch alle denkbaren Formen der Diskriminierung zu arbeitslosen Wohlfahrtsempfängern verurteilt sind, befinden viele von ihnen sich in einem Teufelskreis von Resignation, Alkoholismus und Gefängnis ...

Die sich aus der Bewgung immer wieder neu bildenden Organisationen suchen nach neuen Wegen, indianisches Überleben zu verteidigen. Der Zusammenschluß mit weißen Umwelt- und Anti-Atom-Gruppen ist ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung.Denn beim Uran, seinem Abbau und der Lagerung beginnt eine lebensbedrohende Kette, deren Betroffenen nicht nur Indianer sein werden.

Was wir von Indianern über natürliche Lebensweise , Umweltbeziehung, Verantwortung gegenüber dem Leben (allem Lebendigem) und Achtung untereinander lernen können, erlebte ich durch die Vertreter der "Heart of the Earth Survival School". Diese Schule, eines von bisher erst wenigen Modellen, die sich die Indianer ebenfalls hart erkämpfen mußten (die wenigsten erhalten staatliche finanzielle Unterstützung) will das 'Überleben der Indianer' unterstützen. Hier dürfen indianische Kinder ihre eigene Sprache sprechen, hier lernen sie ihre eigene Kultur und Geschichte kennen. Gleichzeitig sind es jedoch vielbeachtete Modelle alternativer Erziehung. Clyde Bellecourt, Direktor der Schule und Mitbegründer der AIM, stand ganz im Gegensatz zu den polemisch redenden Indianerführern wie Russel Means und John Trudell. Ruhig, aber mit warmen Engagement erzählte er von den ganz anderen Wegen, Unterricht auf indianische Art zu gestalten: über' 'Natur'(Botanik, Biologie) wird in Form von Camps, die im Freien stattfinden, unterrichtet, 'soziales Verhalten' wird anhand von Projektarbeit z.B. in Gefängnissen gelehrt und das Zusammenleben in der Gemeinschaft zwischen Lehrern und Schülern wird ohne hierarchische Schranken praktiziert.(Wie die das machen? -d.Setzer).'Natürlich' im indianischen Sinn heißt vor allem, Respekt auf Gegenseitigkeit — nicht 'von oben nach unten'.

Am stärksten beeindruckte mich die menschliche Ausstrahlung der Navajo, die mit einigen ihrer 'Ältesten' die beschwerliche Reise von Arizona nach Süd-Dakota zurückgelegt hatten.
Annie Homes, eine traditionelle Navajo, die ich schon durch eine Veranstaltung in Hamburg kannte, war mit ihrem Clan, einschließlich ihrer Mutter, Kindern, Neffen und alten Frauen gekommen. Ob bei der Rede eines einzelnen Mitglieds oder einem Workshop, den sie gemeinsam bestritten — sie traten stehts als Clan auf und machten so für alle deutlich, was Gemeinschaft im indianischen Leben beinhaltet. Auch wenn nur einer von ihnen Sprecher war — bei den Navajo typischerweise überwiegend Frauen — war die ganze Gruppe präsent und in den anschließenden Gesprächen konnte man sich gleichermaßen an jeden wenden — das jeweilige Problem oder Thema wurde von der ganzen Gruppe getragen.

Was die Black Hills für die Lakota, ist der Mount Taylor für die Navajo — ein heiliger Berg, der dem Energiehunger der westlichen Industrienationen geopfert wird.
Das Land der Navajo — das größte Reservat in den USA, dessen berühmtes Monument Valles manchem Hollywood Western als Kulisse für die Kämpfe der tapferen Pioniere gegen die blutrünstigen "Wilden" gedient hat, ist heute von 36 Uranminen und -mühlen verwüstet und riesige Tailings (abgetrange Berge, aus denen das Uran bereits herausgebrochen wurde) haben das Land verseucht. Da auch der Mount Taylor reich an Kohle und Uran ist, hat die US–Regierung durch ein Zwangsumsiedlungs-Programm 6 000 traditionelle Navajo-Familien dazu verurteilt, den Multis das Feld zu räumen. Gipfel des Zynismus: wenn das Land nach dem Abbau hoffnungslos verseucht ist und ohne Wasser und bar jeden Lebens ist, dürfen sie zurückkehren. Der Clan von Annie Homes gehört zu den Betroffenen.

Weitere Informationen:
Informationszentrale für nordamerikanische Indianer, Richard S. Kelly, Martin Buber Str.1, 1 000 Berlin 37

red wind, sommer 1980

We walk, we talk.
We talk of the people
who are strong,
who are brave.
We are the caretakers
of the land.
We are the makers
of the new ones.
We, who teach them
the old ways of life,
make them strong in their thoughts.
They are brave
to struggle to keep
the old ways.

They, too, will be
the caretakers of the land.
This is why we are
united in our minds...
to become one mind.

Lala

Nachmittags um halb vier kochen wir drei Kilo Spaghetti put- schwer zu kapieren. Die Frauen, mit denen wir zusammen sind, sind keineswegs liebe, sanfte, ausgebeutete Wesen, die nicht für ihre Rechte kämpfen können. Es sind Frauen wie Lala, zweiundzwanzig, alleinstehend, Mutter von drei Kindern, die sagen:
"Das Leben hier ist ein in sich geschlossener Kreislauf. Die Frauen kochen für die Männer , und die Männer essen, damit sie kräftig werden, um Holz zu hacken, mit dem die Frauen kochen und bei kaltem Wetter das Haus heizen können. Jeder hat seine Verantwortung, und wir alle hängen voneinander ab, um zu überleben."

Für uns war es schon eine neue Erfahrung, zu sehen, mit welchem Respekt die Frauen von den Männern behandelt wurden, OBWOHL sie nichts anderes taten als unsere Mütter auch. In Red Wind sind die Frauen die wichtigere Hälfte des Lebens, weil ihre Weiblichkeit sich dem Zyklus der Natur stärker verbunden weiß. Ihre Gebärfähigkeit sichert das Überleben. Wenn eine Frau in Red Wind ihre Periode hat, sagt sie: "I am on my moon." Sie darf keine Lebensmittel anfassen. Sie ist von allen Gemeinschaftsarbeiten freigestellt. Sie darf nicht an den rituellen Zeremonien teilnehmen. In dieser Zeit, so sagen die Indianerinnen, hat eine Frau die Fähigkeit, alle Kräfte auf sich zu versammeln, die sie damit allem anderen entzieht.

Die Idee von Red Wind lautet: durch das Zurückkehren zu den alten traditionellen Lebensformen der Indianer das Überleben in einer todgeweihten kapitalistischen Industriegesellschaft auszuprobieren, oder besser: neben ihr. In Red Wind haben sich verschiedene Stämme zusammengefunden, was umso bemerkenswerter ist, da sich selbst bis in die Reservate hinein alte Stammesfehden aus längst verlorener Zeit durchsetzen konnten. Die Spiritualität eint als energiespendendes Moment die zusammengekommene Gemeinschaft. Zur Zeit leben neun Frauen, acht Männer und vierzehn Kinder hier. Es sind Chumash, Azteken, Navajos, Sioux und Pima. Ausserdem wohnen einige Weiße im Dorf, vier junge Frauen, die indianische Männer geheiratet haben, und Toby Buffalo, ein amerikanischer Jude, früher einmal Manager, heute Lehrer in der Red Wind Indian School und verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit.
Red Wind wurde von Semu Huaute gegründet. Er ist mittlerweile siebzig und war einmal so schön, daß er sich in Hollywoods Westernproduktionen von tapferen weißen Cowboys abknallen lassen durfte. Diese Erfahrung, so wird uns erzählt, hat ihn gründlich geprägt. Daß die Weißen noch irgendetwas mit Versöhnung, Wiedergutmachung und Verständnis im Sinne haben könnten, ist für ihn pure Illusion.
Semu Huaute, ausgebildet in einer franziskanischen Missionsschule , ist heute Medizinmann. Mit einige Freunden gründete er 1972 die Red Wind Foundation und kaufte 1973 ein Stück Land, ehemals altes Siedlungsgebiet der Chumash-Indianer (ein Indianer, der Land kauft — was für ein Gedanke! - der Setzer). Geld für den Erwerb konnte durch Spenden aufgebracht werden. Red Wind war als kulturelles Zentrum gedacht und sollte alle, die auf seiner Erde leben, ernähren.

"Self-Sufficiency meint: eine Gruppe von Leuten lebt auf sich selbst gestellt und auf sich selbst vertrauend. Sie lebt nach natürlichen Leitlinien, die das Überleben garantieren. Um dies zu erreichen, müssen wir in Harmonie zusammen-

und fühlte sich offensichtlich wohl. Das Deld für die Überlebensmittel stammt nicht vom Erlös eigener handwerklicher Produktionen, sondern von der Sozialhilfe.

★

tanesca, putzen Salat und spülen Teller. Das Wasser ist knapp, das Spülmittel schädlich für die Mutter Erde; deswegen schwimmt kaum Schaum auf der lauwarmen Spülbrühe. Draussen in der flirrenden Sonne haschen ein paar Kinder , und Tobet, der kleine Krieger, spielt mit einem Plastikauto. In ferner Zukunft, so ein alter Chumash Glaube, soll er uns eigentlich alle einmal erlösen. An seinen Namen knüpft sich eine Heilsvorstellung. Doch Tobets people haben sich entschlossen, nicht zu warten, und haben sich ihr Zukunftsreich schon jetzt errichtet.
Es heißt Red Wind und liegt bei Santa Margarita in San Luis Obispo County.

Vor zwei Tagen sind wir nach einer nächtlichen Irrfahrt hier angelangt. Wir kamen uns damals vor wie im besten Hollywood-Western: heulende Coyoten, Staubpisten, ausgetrocknete Flußbetten, keinerlei Wegweiser. Dann trafen wir auf Matt Anderson, Farmer, den Red Winds solidarisch verbunden. Er wies uns den Weg.
Der Eingang zu Red Wind besteht aus einem Gatter. Das Licht unserer Scheinwerfer erfaßt ein Symbol: das Zeichen mit der Aufschrift 'No drugs, no guns, no alcohol'. Links vor uns hält ein Geländewagen. Drei Indianer mustern uns. Wir erklären unsere Absicht , sie lassen uns ein.
Weil wir Frauen sind, stehen wir in der Küche, wie alle Red Wind Frauen. Am zweiten Tag beginnen wir zu zweifeln. Die jahrelange Selbstbehauptung regt sich: schließlich sind wir nicht zum Kochen hergekommen, sondern weil wir was von Red Wind miterleben wollen.
Kochen, bedienen, den Dreck wegmachen, das haben uns unsere Mütter vorgelebt. Und uns auf diese Weise mitgeteilt, daß diese Liebesarbeiten weder belohnt noch gedankt werden. Daß Kochen, Bedienen, den Dreck Wegmachen nun plötzlich eine ehrenvolle Aufgabe sein soll, ist für uns nur

Die Frauen — und zwar alle — verkörpern die höchste Autorität im Dorf. Sie bilden den "Womens' Council", der dem "Common council" übergeordnet ist. Doch auch die respektvollste Behandlung schützt vorm Verlassenwerden nicht. Susan und Sumasil, die eine amerikanische Lehrerin, die andere französische Journalistin, sind von ihren indianischen Männern verlassen worden.
Die Männer befinden sich auf Wanderschaft. Sie halten sich in befreundeten Dörfern auf und werden wohl nicht zurückkehren. Susan und Sumasil können nicht auf Wanderschaft gehen. Susan hat zwei kleine Jungen und ein Haus. Wenn ein Mann eine Frau verläßt (oder umgekehrt), ist es immer der Mann, der das Haus verlassen muß. Lala sagte einmal, daß sie gerne mehr von anderen Städten sehen würde, wenn die Kinder nicht wären. Die Lebensgemeinschaft im Dorf garantiert den verlassenen Frauen Achtung, Solidarität und Kontinuität in ihren Beziehungen.
Red Wind: keine Idylle mit fellverhangenen Zelten und netten Holzhütten, sondern eine Ansammlung von Wellblech und Pappen, Kistenholz, an denen noch Adressat und Absender auszumachen ist. Innen sind die Häuser ausgeschmückt mit bunten Decken und Perlenarbeiten. Aus rohem Abfallholz wurden Kücheneinbauschränke und Tische gezimmert.
Fast vor jeder Behausung befindet sich ein Straßenkreuzer, heruntergekommen zwar, aber ein Zeuge der bürgernahen Vergangenheit der meisten Indianer hier. Ein paar Häuser sind richtig mit dicken Steinen gemauert, es handelt sich dann meistens um Gebäude mit ritueller Bedeutung wie das roundhouse, in dem Versammlungen stattfinden, oder das Medizinhaus, das mit bunten Wandmalereien ausgeschmückt ist. Wenn es abends dunkel wird, gehen in den Häusern die Kerosinlampen an, Elektrizität gibt es in Red Wind nicht. Solarenergie wärmt die Duschen, Kühlschränke und Herde werden mit Propangas betrieben.

Um dies zu erreichen, müssen wir in Harmonie zusammenleben und auf die Gebote der Mutter Erde hören. Wir leben in einer Zeit, in der die Self-Sufficiency der gesamten Welt ihren Bezug zur Natur weitgehend verloren hat, weil sie von den herrschenden Kulturen kontrolliert wird. Viele sind nicht mit den technologischen Vorgängen vertraut und können auch nicht ihre Lebensweise mit der Natur in Einklang bringen. Die Geschenke der Natur sind für die herrschenden Kulturen nur dann wichtig, wenn sie als Bodenschätze ausbeutbar sind. Viele Indianer erkennen, daß wir nicht die natürliche Balance der Erde mißachten und gleichzeitig überleben können.''

Das Ideal der self-sufficiency läßt sich auf dem kargen Boden kaum verwirklichen. Ein regenloser Winter vernichtete den mühsam angelegten Obstgarten. Ein Jahr später ernährten sich die Red Wind People fast ausschließlich von Kürbis,weil er als einziges wuchs und gedieh. Toby sagt dazu: „Die Erde gab uns Kürbis, also aßen wir Kürbis."

Die Red Wind People bauten einen Brunnen. Das Wasser wird mit einem Dieselgenerator in einen Speicher hochgepumpt. Von dem, was die Indianer der Erde abgerungen haben, können sie nicht leben. Auch nicht von den paar Kücken, den Schafen und Ziegen und den Enten am extra angelegten „pool". Der Gang zum Supermarkt bleibt ihnen nicht erspart. Zweimal wöchentlich müssen sie die 40 Meilen nach Santa Margarita fahren und sich dort mit Viehfutter und allen Grundnahrungsmitteln eindecken. Der Einkauf ist nicht nur strenge Pflichtübung. Eddie zum Beispiel fuhr ganz gerne mit, um uns den Weg zu zeigen. Zwischendurch mußten wir anhalten, damit er am Medizinbaum (Fotografieren verboten!) zu den Winden und den Vögeln sprechen konnte. Später im Supermarkt mußten wir auf seine Hilfe verzichten. Während wir uns durch die endlos aufgestapelten Versuchungen quälten, stolzierte Eddie mit seinem roten Stirnband zwischen Cornflakes und rice cripsies, zwischen Schuhcrmene und Heftplastern

„So kann ein Indianer wählen, seine Identität zu verlieren, indem er im Strom der herrschenden Kultur verschluckt wird und den Status einer ethnischen Minderheit zugeschrieben bekommt, oder er kann helfen, eine selbstverwaltete Gemeinschaft wie Red Wind zu entwickeln und zu leben."

Zum Beispiel Tom. Er ist zur Zeit auf Frauensuche, um sich in Red Wind endgültig niederzulassen. Er lebt seit kurzem in Red Wind und arbeitet als Automechaniker bei einer Tankstelle in Santa Margarita, die ihn gelegentlich mit Arbeit versorgt. Sein größter Traum: in einem selbstgebauten Boot die Erde zu umsegeln. Ein paar Mosaiksteine aus seinem Leben: Er lebte als GI in Frankfurt, kam später irgendwie nach Spanien und war dort in Rauschgiftgeschäfte verwickelt. Seine kriminelle Karriere zerstörte die Beziehung zu seiner Frau; seinen Sohn hat er schon einige Jahre nicht mehr gesehen. Andere haben uns erzählt, daß Tom auch in den Vereinigten Staaten im Knast saß. Red Wind ist sein neuer Lebensversuch.

Oder Bertha. Sie zog ein, als wir Red Wind verließen. Sie ist ungefähr fünfzig und lebt im Moment in Scheidung. Ihr Mann ist Weißer und hat nie so richtig kapiert, warum sie sich den Indianern in Red Wind so verbunden fühlte. Sie sagt: „Er hat nie den indianischen Teil in mir verstanden." Mit ihr werden ein Pferd und ein schicker Mittelklassekreuzer in Red Wind einziehen.Sie will sich hauptsächlich um die Organisation der Red Wind Schule kümmern.

Und Lala. Tochter von Crow Bear und Schwester von Eddie. Ihr indianischer Mann hat sich von ihr getrennt und lebt nun in einem anderen Dorf, das sich nach den gleichen Maßstäben wie Red Wind organisiert. Sie war von Anfang an dabei und hat Red Wind nur für eine Ausbildung an einem College in Los Angeles verlassen. Ihre Energie reicht fürs nächtelange Perlenflechten, fürs Salbeibinden, für ihre Gebete und Gedichte, für ihre Kinder und ihr ausgelassenes Tanzen. Sie

Red Win: Kfz-Werkstatt

ist eine der heftigsten Verfechterinnen der Red Wind Idee. Uns hat das ein wenig gewundert. Die ganz jungen Leute in Red Wind fühlen sich nämlich nicht immer so pudelwohl. Ohne die Segnungen des „american way of living".

★

Die Kinder sind in Red Wind immer dabei und immer unter sich. Lala nimmt ihr Kleinstes (höchstens vier Monate) mit aufs Fest und legt es neben die Trommler. Dort pennt es dann selig ein. Bei der Sonnenuntergangs-Zeremonie führen die Kinder den abschließenden Tanz an. Ein weiteres Merkmal: die Kinder sind immer außer Haus und meistens zusammen. Das macht sie vermutlich, obwohl die Eltern nicht unbedingt sanft mit ihnen umgehen, so unglaublich gelassen und ausgeglichen.

Wie in der Red Wind Schule gearbeitet wird, haben wir nicht miterlebt. Sie versteht sich so: *„Eine Grundvoraussetzung des Programms ist, daß jeder Bewohner von Red Wind Lehrer werden kann und wertvolle Fähigkeiten und Wissen den Schülern weitergeben kann. Ein anderer grundlegender Gedanke ist der der Nicht-Konkurrenz. Schüler konkurrieren nur gegen sich selbst, niemals gegen den anderen. –*

Das Lehren der überlieferten Indianer-Traditionen ist Hauptanliegen der Erziehung. Im Lehrplan sind auch Sozialwissenschafte, Mathematik, Sport, Kunst und Naturwissenschaften enthalten."

★

Abends, kurz bevor die Sonne untergeht, treffen sich die Red Wind People auf ihrem Versammlungsplatz. Von links wird barfuß ein Rund betreten, in der Mitte leuchtet ein Holzfeuer, glühende Salbeibündel werden verteilt. Wir räuchern uns folgendermaßen ein: erst Füße und Beine umkreisen, dann Bauch und Brust, schließlich die Arme, zum Abschluß halten wir uns die duftenden Büschel unter die Nase, nach rechts weitergeben. Danach bekommen die Frauen ein wenig gemahlenen Mais, die Männer eine Prise Tabak. Diese Gaben werden über dem Feuer geopfert, eine nach der anderen.

Wer ein Gebet sprechen will, kann es der untergehenden Sonne widmen. Trommeln werden unter den Männern verteilt, wir tanzen nach einem bestimmten, äußerst komplizierten Rhythmus in einer äußerst komplizierten Schrittfolge, deren Nichtgelingen uns schier zur Verzweiflung treibt, schließlich hat sich Ana-I einen Abend mit unseren ungelenken Gliedern abgeplagt. In dem Augenblick, in dem die Sonne hinter den Bergen verschwindet, drehen wir uns alle zu ihr hin, sehen ihr nach und singen sie an, danken für die Energie und den Tag, den sie uns gegeben hat. Wie fühlen wir uns in diesem Moment, zwei Stadtfrauen, deren Verhältnis zur Natur sich hauptsächlich über die Anzahl der sommerlichen Grüneburgpark-Besuche (Stadtpark in Frankfurt, d. Red.) bestimmt? Klar war, daß wir beide heulend dastanden und der Sonne ebenfalls dankten.

★

Im Moment sieht es um den Fortbestand Red Winds nicht gut aus. Die Lomax-Company hat bei unerlaubten Probebohrungen auf dem Chamash-Gelände festgestellt, daß dort eventuell Uranium zu holen wäre. Nun gibt es ein vollkommen antikes Gesetz auf dem Jahre 1872, welches besagt, daß jedes Fitzelchen Land, welches Bodenschätze in sich bergen könnte, dem Staatenbund zur Verfügung gestellt werden muß. Die Indianer werden für den Verlust abgefunden, selbstverständlich.

Die Red Winds kommen sich jetzt vor wie im letzten Jahrhundert. Die Praxis ist schließlich nicht neu. Früher wurden Verträge gebrochen, wenn sie überhaupt je erfüllt wurden, heute haben sich Toby und Bertha damit abzuplagen, daß die wichtigsten termingebundenen Unterlagen mit hundertprozentiger Garantie ein paar Tage zu spät eintrudeln. Die Red Wind Leute haben im Kampf um ihr Land, der übrigens öffentlich geführt wird, sämtliche Nachbarfarmer hinter sich, die ebenfalls um ihre Existenz fürchten. Sie ziehen herum und sprechen auf Informationsveranstaltungen, schreiben Briefe und bombardieren die Presse. Ein Prozeß ist unausweichlich.

Red Win: beim Gerben von Schafsfell

Der Prozeß und die Informationsreisen werden eine Menge Geld verschlingen. Wer die Red Wind Leute unterstützen will, kann auf das ID-Postscheckkonto 525228-602, Postscheckamt Frankfurt, Stichwort „Red Wind", eine Spende überweisen.

Susanne Asal
Gabi Ostermaier

INDIANISCHER HUMOR

Cheyenne auf dem Mars:

Während der Vorbereitungen für einen der Weltraumflüge zum Mars hatten Geologen der NASA auf der Cheyenne-Reservation in Montana verschiedene Tests durchzuführen. Ein älterer Cheyenne fragte, ob es denn Cheyennen auf dem Mars gäbe. Die Frage wurde lächelnd verneint, doch betont, daß man nach Lebewesen auf diesem Planeten suche. Der Cheyenne fragte, ob er eine Nachricht an diese Lebewesen auf das Tonband des einen Wissenschaftlers sprechen dürfe. Der NASA-Mann stimmte zu, und der Indianer sprach mehrere Minuten in das Mikrophon des Aufnahmegeräts.

Zurück in Houston, Texas, machte die Geschichte schnell die Runde. Zufällig befand sich ein nördlicher Cheyenne unter den Ingenieuren. Er bat, das Band abhören zu dürfen, was ihm auch erlaubt wurde. Als der Indianer einen Moment zugehört hatte, fing er furchtbar an zu lachen. „Was ist los? Warum lachen Sie so?" wollten die anderen Wissenschaftler wissen. Antwort des Cheyenne: „Der erste Satz auf dem Band lautet. 'Nehmt euch vor diesen Männern in acht! Sie werden Euch zu überreden suchen, einen Vertrag mit ihnen zu schließen!'"

ORGANISATION: Foundation Workgroup Indian Project, Bloengracht 90, 1015 TM Amsterdam/The Netherlands, Te. 020-235984 or 020-766242, Rotterdam Office: 010-111055.

VIERTES RUSSELL-TRIBUNAL (ROTTERDAM, 24. 30. NOVEMBER 80) „DIE RECHTE DER INDIANER AMERIKAS"

Unter den 17 Mitgliedern der Jury befinden sich z.B. der Schriftsteller Eduardo Galeano (Uruguay), Robert Jungk (Österreich) und Lucio Lombardo Radice (Italien), der brasilianische Indianerführer Mario Juruna wird beim 4.Russell--Tribunal nicht erscheinen können, da die staatliche indianische „Vertretung" (FUNAI) ihm die Ausreise nicht gestattet; außerdem wohnen den Sitzungen 17 internationale und 10 niederländische Berater (Advisors) bei.

Insgesamt werden 12 ausgesuchte Fälle behandelt.

Montag, 24.11.80:
von 9 - 12 Uhr 30: Fall Cauca (Kolumbien)
vertreten durch: CRIC (El Consejo Regional Indegena del Causa)
14 - 17 Uhr 30: Fall Kommune San Juan de Indores (Peru)
vertreten durch: National Committee for Human Rights
20 - 23 Uhr: Fall Campa (Peru)
vertreten durch: Centro de Investigacion y Promocion Amazonica
Dienstag, 25.11.:
9 - 12 Uhr 30: Fall Rio Negro Prelacy (Brasilien)
vertreten durch: Macio Souza
14 - 17 Uhr 30: Fall Nambiquara (Brasilien)
vertreten durch: Comissao de Defensa ao Povo Nambiquara
20 - 23 Uhr: Fall um die Rechte der autochthonen Bevölkerung Brasiliens: Maori etc.
Mittwoch, 26.11.:
19 - 12 Uhr 30: Fall der Spanischen Botschaft in Guatemala
vertreten durch: Frente Democretice contra la Repression
20 - 23 Uhr: Deklaration über die Situation der Indianer in Bolivien
Donnerstag, 27.11.:
19 - 12 Uhr 30: Fall Hotevilla Hopi (Arizona, USA)
vertreten durch: Independent Hopi Villa of Hotevilla
14 - 17 Uhr 30: Fall „Big Mountain Dine", Navajo (Arizona, USA)
vertreten durch: Herbert Blatchford
20 - 23 Uhr: Fall Lakota (South Dakota, USA)
vertreten durch: Lakota Treaty Council
Freitag, 28.11.:
9 - 12 Uhr 30: Fall Haudenosaunee (New York State, USA)
14 - 17 Uhr 30: Fall Conseil Attikamete Montagnais (Kanada)
vertreten durch: Bruce Allicion
20 - 23 Uhr: Völkermord gegen andere autochthone Völker, z.B. Papua, Kurden
Samstag, 29.11.:
9 - 12 Uhr 30: Fall Grand Council Treaty No 9 (Ontario, Kanada)
vertreten durch: Grand Council No 9, Grand Council of the Iroquies Confederacy
20 Uhr: geschlossene Sitzung von Jury und Advidory Council
Sonntag, 30.11.:
14 - 15 Uhr 30: Schlußsitzung
16 Uhr: Pressekonferenz

Inhaltlich werden behandelt: Vertragsbrüche,Reservationsprobleme, Völker- und Stammesmord, Landraub, Annextionen, Jagd- und Fischereirechte, Repression und Gewalt gegen Indianer etc.

Die Veranstaltungshalle hat ein Fassungsvermögen von 400 Plätzen, es ist allerdings beabsichtigt, in einer Nebenhalle parallel zur Veranstaltung Monitore aufzustellen. Schlafplätze sind nur in Hotels zu bekommen, es wäre also gut, sich bei Freunden vorher um eine Unterkunft zu kümmern!

Das Tribunal wird voraussichtlich in englischer Sprache stattfinden.

REAGAN for SHAH

DER HORRORAUSGANG DER WAHL BRACHTE DIE LEUTE ZUM REDEN: REAGAN,PROTESTE,FREIE RADIOS

Ein Brief aus Berkeley / Kalifornien

, Reagan und Bush - '84 haben wir Krieg!'

6.November
"Ja, jetzt muß ich euch doch schnell das Wichtigste mitteilen. Der Ausgang der Wahlen war wirklich der totale Schock und Berkeley wohl der einzige Ort in den Vereinigten Staaten, wo es noch in der Nacht nach den Wahlen zu einer spontanen Demonstration kam. Gegen 10 Uhr nachts waren plötzlich die Leute auf der Straße, die Zahl schwoll schnell auf an die 2 000 Menschen an, die von der Innenstadt bzw. Hauptgeschäftsstraße über den Campus zum Peoples Park (1969 wurde er zum ersten Mal besetzt, dagegen setzte der damalige Gouverneur Reagan die Nationalgarde ein: es gab einen Toten und einen Schwerverletzten. Auch jetzt wieder hatte er symbolischen Wert) mit Fakkeln u.a. zogen und die Leute aus den Häusern holten, dort wurde ein Reagan-Papierpuppe symbolisch verbrannt. Schon den ganzen Abend über liefen deprimierte und aufgebrachte, verwirrte Studenten und Berkeleyaner in die Cafes, der Horrorausgang dieser Wahl brachte auf einmal die Leute zum Reden, und die letzten Tage ging das überall so weiter, bestürzte Kommunikation.
Gestern Vormittag gab es auf dem Campus eine große Demonstration, mit über 1 000 Studenten, von denen dann so um die 200 die California Hall besetzten, um mit dem University Chancellor, der sich natürlich nicht blicken ließ, zu sprechen.
Die Demonstration und die Besetzung liefen vor allem aus Protest gegen Reagan, es wurden aber auch verschiedene Forderungen an die Universitätsverwaltung gestellt: Entwaffnung der Universitätsbullen, Schließung des Versuchskernkraftwerks auf dem Campus, sowie Verbannung des Livermorelabors (das Atom-kriegs-forschung betreibt) von der Universität, die Werber für die U.S.Marine sollen vom Campus ausgeschlossen werden)die haben immer noch ein eigenes Office hier, obwohl sie schon einmal in den frühen 70er Jahren verschwinden mußten, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für ethnische "Minderheiten", Frauen, Behinderte, vor allem Unterstützung für die Chicanos in ihrem Streit mit der Berkeley-Universität um faire Aufnahmebedingungen und mehr Kindergartenplätze. Alles alte Forderungen, die die letzten Jahre immer wieder von Studentengruppen und verschiedenen lokalen politischen Gruppen an die Universität gestellt worden sind. Die Studenten hatten das Gebäude bis gegen Abend besetzt, 50 Leute wurden festgenommen, heute morgen war deswegen eine Protestdemonstration und morgen ist nochmals eine, weil die Universität nicht auf Verfahren gegen die Festgenommenen verzichten will, denen droht u.a. Ausschluß von der Universität, wie hier üblich. Obwohl es bei der Besetzung ziemlich viel spontane Unterstützung gab, weiß ich nicht, wie das weitergehen wird, es sieht eher aus, als würde sich die Angelegenheit etwas verlaufen.

Der Wahlerfolg Reagans ist tatsächlich beängstigend, und die Auswirkungen sind nicht abzusehen. Ökonomisch sind die Staaten derart heruntergekommen, es ist an allen Ecken und Enden spürbar, wenn du hier lebst. Die Rechte, vor allem "neugeborene Christen" und andere obskure "Moralisten" sind unheimlich organisiert, und sie verfügen vor allem über sehr viel Geld. Von den 6 mageren liberalen Senatoren ist nur einer nach dieser Wahl (in Colorado, Gary Hart) für den Senat übrig geblieben, aus der San Francisco Bay Area sind immerhin noch zwei Linke im Parlament (Repräsentantenhaus), nämlich Tom Bates und Ron Dellums, ein alter Bürgerrechtler, dringeblieben.
Daß Reagan in den nächsten Jahren vier Bundesrichterposten neu besetzen kann, wird verheerende Folgen haben, vor allem was die Entscheidungen über Gleichberechtigung der Frauen (Equal Rights Amendment, Affirmative Action), Abtreibung, Atomkraft anbelangt.
Daß Reagan mit einer solchen Mehrheit gewählt werden konnte, ist nur ein Barometer für eine recht erschütternde Tendenz: die amerikanische, weiße Mittelklasse ist vor allem seit den Ereignissen im Iran noch empfindlicher in ihrem vorher naiv selbstverständlichen "Nationalstolz" getroffen, dazu haben vor allem die unteren Schichten der Mittelklasse ihren Lebensstandard herabschrauben müssen und fühlen sich in ihrer ökonomischen Existenz bedroht. Die ersten Repressionen sind schon sichtbar, z.B. haben Vertreter der NCPC (New conservative political caucus) in Washington den Mund aufgerissen und verlangt, daß keine Regierungsgelder mehr an unabhängige, non profit Medien bezahlt werden, sie haben in diesem Zusammenhang KPFA genannt, eine lokale linke Radiostation in Berkeley, die seit 33 Jahren existiert und über die Bay Area hinaus ausstrahlt. Falls es zu solchen Maßnahmen kommt, wird es hier bestimmt zu großen Protesten kommen. KPFA ist hier eine wichtige und geliebte Institution, und wenn auch die Studenten in Berkeley größtenteils unpolitisch sind, so haben wir immer noch eine linke Stadtregierung und eine recht bewußte Bevölkerung, die sich gegen solche Maßnahmen wehren wird.

Ich bin wie die meisten meiner Freunde trotz leichtem Auftrieb wegen der Demonstrationen fürchterlich über diese Situation deprimiert und hoffe nur, daß zumindest die Kommunikation, die die letzten Tage überall eingesetzt hat, anhält und daß wir in Zukunft auch sofort genügend Leute auf die Beine bringen können. Wir haben momentan alle Angst vor Krieg, was euch vielleicht hysterisch erscheinen mag, aber es ist wirklich nicht abzuschätzen, was Reagans Hintermänner so vorhaben, unter anderem sieht es so aus, als stünde auch einem Come Back Richard Nixons nichts im Wege, wetten er wird Botschafter der USA für China?"

Kontakt: Sigrid Brauner, 1315 Henryst., Berkelev. Ca. 94709, USA

Lochgitterkästen wurden vor den Zellenfenstern des Knastes in Frankfurt-Preungesheim angebracht. Die Gefangenen der Justizvollzugsanstalt I beschwerten sich Mitte September über den unerträglichen Lärm, der zur Anbringung der Kästen siebeneinhalb Stunden täglich vor ihren Zellenfenstern veranstaltet wurde. Die Lochgitterkästen kommen zu den Betonsichtblenden hinzu, die bereits dafür sorgen, daß die Kontaktaufnahme mit der Außenwelt oder den Zellennachbarn durchs Fenster verhindert wird. Die Gefangenen sprechen von „psychischer Folter" und fordern den Minister auf, anstatt für diese „Käfige" lieber Geld für hygienische Einrichtungen bereitzustellen, denn weil diese angeblich fehlen, wurde bereits das Duschen von zweimal auf einmal in der Woche reduziert. „Herr Minister, kommen Sie uns jetzt nur nicht damit, daß die Käfige zur Sicherung der Anstalt angebracht werden müßten. Dieser Spruch ist uns zu fad, nämlich genauso fad, wie der wöchentliche fleischlose Eintopf hier. Vor was will sich die Anstalt denn überhaupt sichern? Langen die Gitter nicht, hat sie etwa Angst, wir könnten durch die jetzigen Gitter durchfallen, wenn wir aus den circa 70 x 50 cm ‚großen' Fenstern sehen? Sind etwas deshalb die Käfige zur Sicherung der Anstalt wichtig? Sollte dem so sein, so ist es allerdings lobenswert, Herr Minister, wie Sie und die Anstalt sich um unsere Sicherheit sorgen. Nun aber Spaß beiseite, Herr Minister, denn dazu ist die Sache zu ernst." Der mit 36 Gefangenen-Unterschriften an Justizminister Günther geschickte und von diesem am 15. Oktober als unbegründet abgelehnte Protest wurde uns übrigens von einem Frankfurter Finanzamt übermittelt, das mit dem ID die Straßenadresse „Hamburger Allee" teilt und dort ordnungsgemäß als „Irrläufer" eingestuft . . . Im Licht der Preungesheimer Beschwerde erscheint ein Protest der Knast-Anwohner, überwiegend Schließer im sozialen Wohnungsbau, besonders witzig. Sie beklagten sich bitter über den von den Zellen (!!) ausgehenden Lärm, der ihren Wohnungsfrieden beeinträchtige! —

Kontakt zu den Gefangenen: über Eckbert Lüder, Obere Kreuzäckerstr. 6-8, 6000 Frankfurt 50 und über Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 49 03 92.

KURZ

Ein eigenes Fernsehgerät forderten am 20. September zweihundert Gefangene im Knast Rheinbach (Nordrhein-Westfalen) in einer Petition an den Landtag. Laut Petition haben sie nur alle acht bis zehn Tage für etwa drei Stunden die Möglichkeit, am Fernsehen teilzunehmen, und dabei werden auf Wunsch der Mehrheit fast nur Western-Filme und Krimis gezeigt. In Hamburg-Fuhlsbüttel, dem Knast von „Santa Fu", hätten dagegen etwa fünfhundert Gefangene einen eigenen Fernseher. Der Vorstoß hatte bisher keinen Erfolg.

Kontaktadresse: Fred Wunderlich, JVA, Aachener Str. 47, 5308 Rheinbach.

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
6 000 Frankfurt 90
Tel.: 0611 / 70 43 52
ID - Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr

Verantwortlicher Redakteur: *Richard Herding*

Ich will unbedingt Euer Blatt haben. Das Geld habe ich eingezahlt auf Euer Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28 - 602

Name .... ☐ Probeexemplar

Straße .... ☐ Patenabo für Gefangene

Wohnort .... ☐ Neuabo

frankfurter informationsdienst postfach 900 343, 6000 frankfurt 90, hamburger allee 45 tel. 0611/70 43 52, postscheckkonto frankfurt 52 52 28-602

12 Hefte für DM 30,-
24 Hefte für DM 60,-
48 Hefte für DM 120,-

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte):	30,-DM
Halbjahr (24 Hefte):	60,-DM
Jahresabo (48 Hefte):	120,-DM

Als Bestellung gilt die *Überweisung* auf das *Postscheckkonto 52 52 28 - 602, Postscheckamt Frankfurt / Main (Frankfurter Informationsdienst e. V.)*

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende *Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem leserlich die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.*

Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und das schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO - KEIN ID IM KASTEN !!!!

MILITÄR GEGEN SAMEN

Der Bau des Alta-Staudamms soll gegen Ende 1980 begonnen werden. Trotz des Widerstandes hält die norwegische Regierung an ihren Plänen fest und setzt jetzt vorbeugend Militär ein. Es gibt Vermutungen, daß die Energie eines künftigen Staudammes am Alta-Fluß gar nicht norwegischen Bedürfnissen dienen soll, sondern dem Ausbau einer Nato-Militärregion in Nord-Norwegen. Angeblich wollen die USA Stützpunkte, die sie in Nord-Persien verloren haben, jetzt im Norden Norwegens errichten.

Sanft ist der erste Schnee in Oslo gefallen. Doch die politische Temparatur ist steigend. Drei Volksbewegungen kämpfen inzwischen gegen die wahnwitzigen Aufrüstungspläne und nun läßt der norwegische Justizminister eine Kolonne von 35 Fahrzeugen der Zivilverteidigung – über Schleichwege durch Schweden und Finnland, mit aufgeklebten Polizeiwappen – in die Nähe des geplanten Alta/Kautonkeino-Dammes fahren, dessen Ausbau nun schon drei Male vom Parlament, trotz enormen Widerstandes, beschlossen wurde. Das Amtsgericht Alta hatte vor kurzem noch 3 herausgegriffene Samen ausdrücklich wegen ihres Rechts auf Widerstand in Notwehr freigesprochen – und das Gutachtergericht in Alta, das entscheiden soll, ob der Staat überhaupt den Bau in Gang setzen darf, läßt sich wegen der großen Stoffmengen mit dem Urteil noch Zeit.
Nun hat ein noch üblerer einen schon reaktionären Justizminister abgelöst und dieser setzt also Militär ein und hat nichts gegen den Vorschlag eines rechten Politikers, der einen „Eisenring" um Alta und Visumzwang einführen will. Innerhalb dieses Ringes ist eben ein Feldlazaret des Militärs eingerichtet worden.

Aber gegen diese massiven Bedrohungen regt sich der Widerstand. Die Volksaktion gegen den Ausbau hat über 20.000 Mitglieder im ganzen Land, und im Falle des Baustarts sind zunächst die regionalen Aktivisten dran, die sich einer militarisierten Polizei widersetzen werden, während, wenn nötig, überall im Land Charterflüge, die Küstenboote oder Züge Hilfe heranbringen und durch Demonstrationen Polizeikräfte gebunden werden. Appelle ans Ausland werden noch zurückgehalten.
Stein Ornhoi, Abgeordneter der Sozialistischen Volkspartei im Parlament, fragte, ob es wirklich wahr ist, „daß die Regierung, entsprungen einer Arbeiterbewegung, mit bewaffneter Polizei, Tränengas, Hunden und militärischen Mitteln einen der tiefstliegenden Wertekonflikte, denen Norwegen seit dem Krieg erlebt hat, lösen will?" Der Leiter der ABC-Abteilung der Zivilabteilung in Alta und andere überall im Land, sind inzwischen aus der Zivilverteidigung im Protest ausgetreten und dann schickten die 3 in aller Welt bekanntesten norwegischen Forscher, der Philosoph Arne Näss, der Kriminologe Nils Christie und der Soziologe Johan Galtung einen offenen Brief an Ministerpräsident O. Nordli, in dem es u.a. heißt:

„Den Versuch zu unterlassen, den Alta/Kautokeino-Bau zu verhindern, würde uns mitschuldig machen. Wir wären mitschuldig daran, was wir als den ernstesten Übergriff an der Urbevölkerung in Norwegen in neuester Zeit erleben. Unsere Nachkommen und wir selbst würden uns hart verurteilen, wenn wir – die Großgesellschaft – die materiellen und psychologischen Voraussetzungen für eine samische Identität niederwalzen lassen. Daran wollen und können wir nicht mitschuldig werden und daher sind wir, zusammen mit anderen, einig, das äußerste zu tun, um diesen Ausbau zu verhindern. Das wollen wir besonnen und gewaltlos.
Den tiefen Riß, der zu entstehen droht, den kann jetzt nur die Regierung verhindern..."

Der Nachrichtensprecher des Radios fragte nach der Veröffentlichung Nils Christie, ob diese Formulierungen bedeuten, daß die drei, wenn nötig, nach Alta fahren und sich anketten lassen? – Selbstverständlich, war die Antwort.

Jürgen Wierzoch, Oslo

(lieber jürgen, wenn du uns wieder einen artikel schickst, sei doch bitte so nett und halte einen größeren zeilenabstand ein. es ist so mühsam, deine artikel zu setzen. schönen gruß - die setzerin)

PUTSCHPLÄNE IN GUATEMALA – DER AUFSTAND SOLL UNTER ALLEN UMSTÄNDEN VERHINDERT WERDEN

Der folgende Artikel stammt aus der mexikanische Tageszeitung „uno mas uno" vom 13. Oktober 1980. Wir erinnern an die Guatemala-Berichte im ID 353 (Indianer - Schwerpunktnummer) von Anfang Oktober.

Mangelndes Prestige und allgemeine Schwäche der Christdemokraten machen in Guatemala eine Koalition „a la El Salvador" mit dem Militärregime unmöglich. Der offene Krieg gegen das Volk ist daher der einzige Ausweg, der dem Regime des Generals Lucas Romero Garcia bleibt.

Zur gleichen Zeit versuchen die Vereinigten Staaten eine politische Alternative um den Ex-Vizepräsidenten Francisco Vilagran Kramer aufzubauen, an der Christdemokraten, der rechte Flügel der Vereigten Revolutionsfront (FUR) und auch Offiziere des guatemaltekischen Heeres beteiligt werden sollen.

Laut Juan Sandoval von der nationalen Führung der „ Bewaffneten Rebellischen Kräfte Guatemalas (FAR) wird diese rechte Allianz versuchen, mit Wahlen im Jahre 1982 oder schon durch einen vorherigen Putsch versuchen einen Regierungswechsel herbeizuführen. Seiner Meinung nach befinden sich die USA mit ihrem Versuch der politischen Alternative in einer Sackgasse. „Die Militärdiktatur hat selbst alle politischen Wege versperrt. Sie hat weite Bereiche der demokratischen Opposition unterdrückt, und die Überlebenden arbeiten heute mit der revolutionären Volksbewegung zusammen."

Guatemala befindet sich heute in einer „Vorrevolutionären Situation", die einerseits durch hoffnungslos, verzweifelte Wirtschaftsmaßnahmen der sich seit 1954 ablösenden Militärdiktaturen einerseits und durch Wahlbetrug andererseits (30% Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen 1978), durch Repression und Terror verursacht worden ist. (Mehr als 20 000 Menschen wurden in den letzten 20 Jahren ermordet, seit die liberale Regierung Jacobo Arbenz' durch militärische Intervention der USA 1954 gewaltsam gestürzt wurde.)

Unter der Herrschafft der Militärs entstand im Lauf der Jahre eine minimale Leichtindustrie in Guatemala, die nur für den Auslandsmarkt arbeitete. Sie ließen Wasserkraftwerke bauen, förderten die Infrastruktur der sogenannten ‚Nord - Transversale' (eine Straße durch das Urwaldgebiet Nord - Guatemalas), um die Investitionen internationaler Konzerne anzulocken und versuchen heute, das Angebot der Landwirtschaftsproduktion im Hinblick auf den Export zu erweitern. (Dies z.B. den Anbau von Kardamon, einer Distelpflanze, die in der Parfümindustrie verwendet wird).

Das Grundproblem der Landverteilung jedoch - 10 000 Familien besitzen 80 % der Anbauflächen des Landes - wurde nie angerührt und wird auch nie angerührt werden: Lucas Garcia und zwei Ex-Präsidenten besitzen je 7 Landgüter in der Grenzregion Alta Verapaz un El Peten (wo auch die Nord-Transversale gebaut werden soll).

Das politische Ziel der Volksbewegungen und der demokratischen Opposition ist die Entwicklung eines starken und aktiven politischen Bewußtseins und die Einbindung breitester Bevölkerungsteile in den revolutionären Kampf. Die Folge dieser Bemühungen ist ein Anwachsen der Massenorganisationen in den letzten Jahren, die Eingliederung einer starken Bewegung guatemaltekischer Christen in die Reihen der Opposition und die „unabhängige politische Beteiligung" der Industriearbeiter. Es ist daher das erklärte Ziel der Militärregierung, diese wachsende Fusion zwischen Volksbewegung und politisch - militärischen Organisation zu zerstören.

Juan Sandoval, Führer der ältesten Guerillaorganisation Guatemalas, die als gemeinsame Front verschiedener Gruppierungen 1963 gegründet wurde, ist jedoch optimistisch: „Wir stehen an der Schwelle einer revolutionären Situation, die in spätestens zwei Jahren ausgereift sein wird. 1981 wird daher ein entscheidendes Jahr werden."

Die Aufgabe der nächsten Monate wird die Zusammenführung der Bewaffneten Rebellischen Kräfte (FAR), des Guerillaheeres der Armen (EGP), der Organisation des Volkes unter Waffen (Orpa) und der guatemaltekischen Front der Arbeit (PGT) sein. Orpa, EGP, FAR und PGT arbeiten schon auf einer Linie in der miltärischen und politschen Koordianation der Massenbewegungen zusammen und sind sich im Großen und Ganzen auch in den taktischen Erfordernissen zum Sturz der Diktatur einig. Wichtiger aber noch, und durch die sich täglich zuspitzenden Verhältnisses des Landes dringend erforderlich, ist die Schaffung einer gemeinsamen Aktionsfront und einer einheitlichen Führung.

Auch in der guatemaltekischen Bourgeoisie zeichnet sich ein Einigungsprozeß ab. Auf der militärischen Ebene hat sie ein ZIVILHEER, das sich aus somozistischen Ex-Nationalgardisten (ehemalige Soldaten von Somoza) und den Söhnen von Großgrundbesitzern zusammensetzt, aufgestellt. Die Bourgeoisie weiß sehr genau, daß die offizielle Armee leicht auseinanderbrechen kann, da sie auch die Klassenunterschiede des ganzen Landes widerspiegelt. Aber auch politisch - ökonomisch sind die Fraktionen der Bougeoisie näher zusammengerückt. Nach der Kapitalflucht von 100 Mio. Dollar in den ersten drei Monaten dieses Jahres, war die Wechselkursbindung eine Maßnahme, die die Agrarexportbourgeoisie am stärksten traf, die sie aber akzeptierte, um den Terror gegen das Volk zu verstärken. Geschlossen hat sie sich in die Arme der Repression geflüchtet, um durch sie die Widersprüche zu unterdrükken, dei durch das Anwachsen der Massenbewegung und der revolutionären Organisationen immer deutlicher artikuliert werden.

Den USA bietet die Situation in Guatemala mittelfristig zwei Möglichkeiten: militärisch zu intervenieren und damit einen Krieg in der ganzen Region heraufzubeschwören oder mit demokratischen Teilen der Regierung zu verhandeln. Diese zweite Option wird jedoch, laut Juan Sandoval, mittelfristig nicht mehr zu realisieren sein: „Unsere politisch - militärische Entwicklung wird bis dahin einen revolutionären Wechsel unumgänglich machen."

ID. Nr. 359
Wiederverkäufer/Buchläden: Schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen den 59.996.990 Noch-Nicht ID-Leser!!

POSTVERTRIEBSSTÜCK GEBÜHR BEZAHLT D 1870 C

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 359 NR. d. Abos bez. bis ID Nr. Expl.

AN AMERICAN LEGEND

INHALTSVERZEICHNIS

Informations-Dienst ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN

ID

erscheint wöchentlich Nr. 359 21.November 80 2,50 DM incl. 6,5 % D 1870 C

PAN AMERICAN

WENN DIESER ID VERSPÄTET KOMMT, DENKT DARAN:
DER POSTSTREIK MUSS SEIN, DIE NACHTSCHICHT NICHT!
EURE NACHTSCHICHTLER VOM ID–LAY OUT

NEUES VON DEN NEUEN NOMADEN

Die Gruppe „No Haft für Sess Maden" - einTreck von ca. 30 Leuten, die seit einem Jahr mit Wohnwagen, Treckern, Tipis, Planwagen etc. herumziehen (siehe auch ID 337 + 345) hat Schwierigkeiten mit den Behörden. Seit drei Monaten ungefähr befindet sich der Treck auf einem Platz bei Eiterbach im Odenwald, von den Behörden geduldet, von den Nachbarn akzeptiert (einer hat ihnen auch eine Stromleitung gelegt). Dieser Platz sollte als Winterquartier dienen, umfangreiche Vorbereitungen dazu laufen schon seit einigen Wochen. Jetzt aber rückte der Landrat mit einigen Bullen an, und kündigte mehr oder weniger unverblümt eine Räumung des Platzes an. Wenn es jetzt demnächst schneien würde, bräuchten sie sich nicht wegscheuchen zu lassen (altes Landfahrerrecht), aber so, wie die Dinge (im Föhn) stehen, sieht es jetzt sehr schlecht aus.
Leute mit Ideen, Widerstandsphantasien etc. sollen wenn möglich bald bei ihnen aufkreuzen.
Adresse: 69 01 Eiterbach (über Heiligkreuzsteinach) An der Quelle

seite 1 | KURZE | seite 1

PROZESS GEGEN ERLANGER STADTZEITUNG „WAS LEFFT"

Der Erlanger Stadtzeitung „Was Lefft" (WL) flatterte vor einiger Zeit eine Anzeige gegen den presserechtlich Verantwortlichen der WL Nr. 37 ins Haus. Außerdem wurde die Ausgabe Nr. 41 beschlagnahmt.

Die „Was Lefft"-Leute schreiben dazu:

Bei der Anzeige handelt es sich um „einen erfolglosen Aufruf zu einer strafbaren Handlung", gemeint ist die Wehrpaßverbrennung im Mai 1980, die nicht stattgefunden hatte. D.h., es wurden keine Wehrpässe verbrannt, auch war niemand da, der die Absicht dazu hatte, dafür schwirrten jede Menge Spitzel und Grünberockte rum.

Die Beschlagnahmung der Oktober-Was Lefft erging wegen „verleumderischer Beleidigung". Inkriminiert wurde der Veranstaltungshinweise auf die Anti-Strauß-Demo, und dabei besonders das Eingehen auf den mysteriösen Tod des Olaf Ritzmann. Die Beschlagnahmung galt als erfolgt, wenn die entsprechenden Stellen unkenntlich gemacht wären. So ging ein Großteil der letzten Ausgabe eingeschwärzt in den Handel. Ihren Zweck hatte dieser Veranstaltungshinweis jedoch bereits erfüllt, die Demo fand am 30.9. statt, während der Gerichtsbeschluß erst am 1.10. ergangen ist.

Bereits diese Demo lieferte einen Hinweis auf das Vorgehen der hiesigen Polizei im „Fall Ritzmann", der Zug wurde dauernd gestoppt, um Transparente zu beschlagnahmen, die sich mit dem „Mord befaßten. Auf einem dieser Transparente stand: „Wir trauern um Olaf — von der Polizei in den Tod gejagt". Die Nürnberger Initiative „Rock gegen Rechts", die auch diese Demo mitorganisiert hatte, bekam inzwischen auch eine Anzeige wegen Beleidigung, bezogen auf das Flugblatt mit dem sie zur Demo aufgerufen hatte.

Spenden sind zahlreich und gehäuft auf die Konten: Spendenkonto Sparkasse Erlangen Nr. 27 66 69, B. Pfauth (Was Lefft), Stichwort Olaf bzw. Wehrpaß

und

Spendenkonton Postscheckamt Nünrberg Nr. 176716-859, D. Weberpals, Kenntwort Olaf (Rock gegen Rechts) erbeten.

Im Zuge der gewaltigen Prozeßkostenlawine wird die Was Lefft am 19.12. ein Weihnachtssolidaritätsfest veranstalten. Näheres hierüber in Bälde. Um Unterstützung jeglicher Art wird jetzt schon nachgesucht.

Kontakt: Was Lefft, Hindenburgstr. 17, 852 Erlangen, Tel.: 09131/29220 oder 27789.

Die ID-Schwerpunktnummer über die südamerikanischen Indianer, Zwillings-Bruder-Schwester zu diesem Heft, ist wegen der großen Nachfrage neu aufgelegt worden und kann bei uns bestellt werden. Preis: zwei Mark fünfzig; Postscheckkonto Frankfurt 525228-602; und vermerkt bitte deutlichst: "Nr. 353".

Bundeskonferenz der Anti-Atomkraft-Bewegung (s.ID 357)

Am 8. November fand in Göttingen das Vorbereitungstreffen zur Buko statt.

Wir bringen Auszüge aus dem Protokoll des Vorbereitungstreffens.

Am Anfang des Treffens entwickelte sich eine kontroverse Diskussion darüber, was sich die einzelnen Gruppen von der Bundeskonferenz versprechen, welche Schwerpunkte die inhaltliche Diskussion haben sollte. Viele Gruppen sahen in der bisherigen Tagesordnung die Gefahr, daß sich die Bundeskonferenz zu stark mit „Sachfragen" beschäfigt und die Probleme des weiteren Widerstands außen vor bleiben könnten. Die Diskussion konzentrierte sich dann auf die Frage, welchen Raum die Diskussion in Arbeitsgruppen und welchen die im Plenum einnehmen soll. Nach langer Diskussion einigten sich das Vorbereitungstreffen (ohne Gegenstimme) auf folgenden Vorschlag zur Tagesordnung und zum Zeitablauf: **Samstag, 11 Uhr: Beginn der Bundeskonferenz; 12 Uhr: Eröffnungsplenum; 13 Uhr: Arbeitsgruppen; 20 Uhr: Ende der Arbeitsgruppen: 21 Uhr: Buko-Fete; 21 Uhr: Besprechung der AG-Vertreter etc..**

Sonntag, 9 Uhr: Beginn des Bundeskonferenz-Plenums; „Wie arbeiten wir weiter? Welche Schwerpunkte für unseren Widerstand und unsere inhaltliche Arbeit setzen wir uns für die nächste Zeit?"; 12.30 Uhr: Mittagspause; 15.30 Uhr: Zusammenfassung der Ergebnisse der Bundeskonferenz; 16 Uhr: Ende des Plenums und der Bundeskonferenz.

Materialmappe: Eine 160 Seiten umfassende Materialmappe mit Beiträgen zu den einzelnen Arbeitsgruppen und zu allgemeinen Fragen der Bewegung kann bestellt werden bei: BBA Ostertorsteinweg 43, 28 Bremen, Tel.: 0421/7327530. Die Materialmappe kostet 6,- DM plus 2,- DM Porto.

Materialmappenanhang: Bis zum 24. November können noch Beiträge für die Bundeskonferenz an die BBA geschickt werden. Diese Beiträge werden als Anhang zur Materialmappe auf der Bundeskonferenz vorliegen.

Nachbereitung der Bundeskonferenz: Die Protokolle der Arbeitsgruppen und die Ergebnisse der Plenumsdiskussion sollen zu einer Ergebnismappe zusammengestellt werden. Dazu wird am Wochenende des 13./14. Dezember in Darmstadt eine BUKO-Nachbereitungstreffen stattfinden, auf dem auch die erste Auswertung der Bundeskonferenz und die Verbesserung der Kommunikationsstrukturen der Anti-AKW-Bewegung diskutiert werden soll. Alle interessierten Gruppen sind dazu eingeladen, insbesondere die Protokollanten der Arbeitsgruppen.

Also, auf geht's zur **Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung am 29./30. November in Bremen.**

Und nicht vergessen: Anmelden!!! Sonst gibt's keinen Schlafplatz.

Und: Teller, Tasse und Löffel mitbringen (Plastikgeschirr wird nicht zur Verfügung gestellt)

Kontakt: Göttinger Arbeitskreis, Postfach 45, 34 Göttingen, Tel.: 0551/77 00 158, Mo., Di., Do.+ Fr. 19 - 21 Uhr.

Infos gesucht

Gabi aus Saarbrücken schreibt uns, daß sie Informationen über Australien und Neuseeland sucht. Welche Leute wollen dorthin oder waren da und können ihr Tips geben? „Lasst mich nicht allzulange warten.", schreibt sie noch dazu. Also, auf geht's, wer Infos hat:
Gabi Becker, Mainzerstr. 131, 6600 Saarbrükken, Tel.: 0681 / 6 28 61

Zu neuen Ufern – zu offensiver Taktik
Wie kommt die Antiatom-Bewegung aus ihrer jetzigen Dauerkrise?

Zur inhaltlichen Vorbereitung der Bundeskonferenz der Atomgegner am 29./30.November in Bremen (Themenschwerpunkte siehe ID Nr. 357) ist dieser Tage eine 159 Seiten dicke Materialsammlung an teilnehmende und interessierte Gruppen verschickt worden.
Erste Reaktion drauf: Wer kann denn das alles vor der Konferenz durchlesen? Zweite Reaktion: Warum ist so viel Wichtiges weggelassen worden? Planungs- und technisch/wissenschaftliche Fakten stehen neben unterschiedlichen Einschätzungen, Erfahrungen, diversen Polizeiprotokollen vom Dorf 1 004, Wissen wo's lang gehen muß, internationale Absprachen Unterschriftensammlungen gegen das Atommüllager in Gorleben undsoweiter... Alles in allem, die Vorhut hat kräftig das Wort. Das Themenkaleidoskop ist spannend. Jede/r will mehr erreichen. Zu wünschen ist allen ein produktiver Gärungsprozeß." Tagungsort ist die Universität Bremen, GW II steht dran am Gebäude. Samstag gehts um 11 Uhr los bis Sonntag 16 Uhr. Weg vom Bahnhof: Gustav-Deetjen Tunnel, Hermann-Böse-Str. bis Stern (7 Min. zu Fuß) von dort trampen bis Uni (geht wunderbar, ist eingebürgerte Tramperhaltestelle).
Materialsammlung 8.- DM, Konferenz-Unkostenbeitrag 5.-, so sehen die jetzigen Kalkulationen aus.
Kontakt: wendet Euch an Eure örtlichen BI's.

Und an die örtliche Dauerkrise...

KURZE seite 2

Kritische Naturwissenschaftler gegen die hessische WAA

Physiker, Chemiker, Techniker, Biologen, Mediziner etc. pp. werden aufgerufen, sich bei der Vermittlung der Gefahren einer Wiederaufbereitungsanlage in allgemeinverständlicher Form zu beteiligen.
Helmut Burdorf, Mozartweg 12, 3553 Cölbe, Tel. 06421/82827

Mitarbeiter-innen einer Beratungsstelle für Verhütungsmittel in Spanien vorübergehend festgenommen

Am Dienstag, den 21. Oktober wurden alle Personen, die sich im Planungszentrum "Los Naranjos" und in einem Privathaus in Sevilla befanden, von der Polizei festgenommen und nach drei Tagen gegen Kaution entlassen. Die angegebene Begründung für die großangelegte Aktion war der Vorwurf, die Mitarbeitenden des Plaungszentrums würden Abtreibungen vornehmen.
Das Planungszentrum "Los Naranjos" war eine von einem Kollektiv betriebene Beratungsstelle für Verhütungsmethoden ungewollter Schwangerschaften.

In Spanien sind Abtreibungen ohne Ausnahme illegal. Wer sie vornimmt, an sich vornehmen läßt oder irgendwie hilft, Geld oder ein Auto zur Verfügung stellt, den Betroffenen einen Kaffee zubereitet, ..., hat mit mehreren Jahren Gefängnis zu rechnen. Diese Illegalität verhindert aber keineswegs, daß Frauen abtreiben; allenfalls unter schlimmeren Bedingungen treiben jährlich 300.000 Frauen in Spanien ab, wobei 3.000 sterben. In Andalusien zum Beispiel ist es weitverbreitet, daß die betroffenen Frauen von Hausdächern springen, um eine Fehlgeburt herbeizuführen. Im Baskenland wurde vor kurzem eine Frau festgenommen, die mit Nadel und Seifenlauge arbeitete.

In dieser Lage haben sich in einigen Städten Spaniens Gruppen gebildet, die nicht nur für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen und die Verpflichtung der Krankenkassen, alle Kosten für Versicherte und Nicht-Versicherte zu übernehmen, eintreten, sondern diese Forderung auch praktisch geltend machen. Sie vollziehen es einfach, aber zu wesentlich niedrigeren Preisen als allgemein üblich (8.000 pst statt 40 oder 50 Tausend Peseten; 200 Mark statt 800 oder 1.000), mit der schonenden Absaugmethode und Plastikmaterial, die das Risiko eines Zwischenfalls wesentlich harabsetzen.

Die Polizei wirft den Festgenommenen vor, eine dieser Gruppen zu sein. Deshalb ist in Kürze auch ein Prozeß zu erwarten. Frauen, die im Baskenland im Oktober vergangenen Jahres wegen Abtreibung vor Gericht standen, sind bisher aufgrund der breiten Solidarität nicht verurteilt worden. Es geht aber nicht nur darum, eine Verurteilung der jetzt Festgenommenen zu verhindern, sondern auch durch Solidarität im Ausland dazu beizutragen, die Legalisierung der Abtreibung in Spanien durchzusetzen.

Kontakt: Beate Zimmermann, Breslauerstr. 37, 43 Essen

NACHTRAG ZUR ALTERNATIVZEITUNGS-LISTE

Wir haben Lib- Lit vergessen !!!! Hier ist sie:
Libertäre Literatur - Zeitschrift, Postfach 71 83 69, 5000 Köln 71. Erscheint halbjährlich seit 10 / '78, Auflagenhöhe 2000 Exempl.

Lieder gegen Stadtzerstörung

Bei der letzten Hausbesetzung in Siegen wurde ein Liederbuch gemacht (50 Seiten, gegen DM 3,50 + DM 0,80 Porto). Zu beziehen bei der 'Initiative für eine lebenswerte Stadt', 59 Siegen, Hagener Str. 84 gegen Vorauskasse auf Postscheckkonto Claudia Saalbach, Herford, 157296-403 Essen.

KURZE

Ziviler Ersatzdienst verweigert – Prozeßtermin

Am Donnerstag, den 27. November, 11 Uhr, Amtsgericht Hannover, Zimmer 305 findet der Prozeß gegen Götz (?) statt, der sich weigert, den zivilen Ersatzdienst anzutreten.

Am 1. und 2. Dezember hat der Kriegsdienstverweigerer Horst Balzer seinen Berufungsprozeß vor dem Landgericht Kassel. Horst sitzt seit seinem ersten Prozeß in Untersuchungshaft, das damalige Urteil lautete 13 (!) Monate wegen "Fahnenflucht"! (Näheres erfahrt ihr von Tom und Volker unter (0511) 47 21 58).

Schließlich findet am Abend des 27. NOVEMBER im Rahmen der Friedenswoche im Raschplatz-Pavillon ab 19.30 Uhr eine Podiumsdiskussion unter dem Motto "Arbeit für den Frieden" statt. Unter anderem wird auch ein Vertreter der Totalverweigerung im Podium sitzen!

Kontaktadresse wie vorher: DFG/VK c/o Klaus Falk, Ferdinand-Wallbrecht Str. 9, 3 Hannover 1, (0511) 628922

Zur Türkei und zu den Grauen Wölfen

Eine Informationsbroschüre über die Türkei und den Grauen Wölfen, sowie über die Kurdenfrage ist erschienen. Aus dem Inhalt: Türkische Faschisten in der Türkei und Westeuropa, die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft, Aktivitäten türkischer Faschisten in der BRD u.v.a.m. Die Doku kanngegen Einsendung vom 3,50 DM bezogen werden bei:
Initiative Ausländer und Deutsche, Kulturladen Nord, Wurzelbauerstr. 35, 8500 Nürnberg

KURZE

Schwarzer Faden ist wieder da

Der SCHWARZE FADEN wird mit veränderter Konzeption weitererscheinen. Als wir Anfang dieses Jahres die Vierteljahresschrift konzipierten, war nicht abzusehen, daß sich in kurzer Zeit recht viele anarchistische Zeitungen gründen würden. Weil es uns darauf ankommt, daß keine unnötige Konkurrenz entsteht und alle Zeitungen nebeneinander existieren können, wollen wir unser Vorhaben (Theorie, Diskussionsforum, Analysen, Kultur, Hintergrundberichte etc.) dahingehend verändern, daß wir der aktuellen Diskussion und gesellschaftlichen Analyse den grössten Raum geben, während theoretische Beiträge, die mehr oder weniger „Zeitloses" zu entwickeln versuchen, eingeschränkt werden und in anderen Publikationen, die mit diesem Schwerpunkt arbeiten wollen, erscheinen könnten. Wir denken, daß wir damit auch denjenigen entgegenkommen, die uns bisher „zu akademisch" oder „zu abgehoben" empfunden haben.

Die neue Nummer ist erschienen und enthält Beiträge über: Zürich, Zapfenstreich, Knastarchiteltur (zweiter Teil), Magna Charta, Kritiken am geplanten FAU (Freie Arbeiter-Union) —Kongreß, eine Vorstellung der libertären Partei der USA, ein Beitrag zur Gewaltfreiheit und Selbstverwaltung etc.

3,– DM & 50 Pfg. Porto

Kontakt: Redaktion 'Schwarzer Faden' c/o Wolfgang Haug / Obere Weibermarktstr. 3 / 7410 Reutlingen / Tel.: 07121 / 37 04 94

Radio Pflasterstein auf 102

Göttingen, im November 80

Radio Pflasterstein ist endlich auf Sendung. Jeden Samstag um 19.30 Uhr können uns hoffentlich viele Leute auf 102 MHz hören.

Da Ernst Strahlemann Albrecht ja unbedingt in Niedersachsehn den Privatfunk einführen will, tun wir ihm doch den Gefallen. Schluß endlich mit dem Gewäsch der bürgerlichen Medien, bauen wir uns unsere eigenen!

Auf daß wir all die Schweinereien, die sich die da oben auf unsre Kosten leisten, aufdecken.

Am Mittwoch, 12.11., gab es die Nullsendung mit Beiträgen zur Demo in Hannover gegen die Militarismus-Show vom Vortag und zu einer Demo, die in Göttingen einen Tag später gegen den Besuch von Charly Carstens, Aufrüstung und Wohnungnot lief.

Am folgenden Samstag dann die erste reguläre Sendung: Mit Musik von den Bots, Swinging Mescalero und Walter Mossmann wurde über einen aktuellen Berufsverbotsfall und die Perspektiven im Göttinger Häuserkampf berichtet.

Also noch einmal: Wenn in Göttingen Samstags um halb acht die Bots mit ‚Sieben Tage lang' im Äther erklingen, dann sind's die Revolutionären Wellen auf 102 MHz.

Kontakt: Buchladen, Rote Straße 10, 34 Göttingen.

Stop den Autobahnbau! Vorrang für Fußgänger und Radfahrer!

Eine Schallplatte der Bürgerinitiative Westtangente. Zehn Lieder für DM 15 (+ 2,50 DM Porto). BIW Cheruskerstr. 10, 1 Berlin 62

"Ein 'Harrisburg' des Datenschutzes wird es nicht geben – der GAU passiert täglich im normalen Funktionieren der Informationssysteme". Zu dieser deprimierenden These kommt die "Wechselwirkung", Zeitschrift für Technik – Naturwissenschaft – Gesellschaft, in ihrem Novemberheft 1980. Schwerpunkt des Hefts ist: Datenverarbeitung – Ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle. Die Artikel zum Schwerpunkt: Sesam öffne dich! – Datenschutz und Lohnarbeit – Von der sozialen Sicherheit zur sozialen Kontrolle – "Der Vandalismus nimmt allgemein zu" – Der neue Personalausweis – Durchsetzung eines Personalinformationssystems – Technische Entwicklung auf dem Gebiet der Elektronischen Datenverarbeitung.

Weitere Themen sind: Zum Verhältnis von Spieltheorie und Wirklichkeit (der Erfinder der Spieltheorie in der Volkswirtschaftslehre, erfährst du da, hat selbst am Bau der Atombombe in Los Alamos, USA, teilgenommen), Braunkohlentagebau, Big Brother (das ist wohl die größte Abhöranlage der Welt), Chemie-Wissenschaftsläden in den Niederlanden, Werbewochen der Chemie, Evolution und Energiekrise.

Das Programm der "Wechselwirkung": die Zeitschrift berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaftsarbeit und soziale Konflikte. Sie analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf. Sie bietet Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern ein Diskussionsforum.

Die "Wechselwirkung" erscheint vierteljährlich; jedes Heft kostet fünf Mark. Bestellungen an "Wechselwirkung", Gneisenaustr. 2, Mehringhof, 1000 Berlin 61, Tel. 030/691-2032. Übrigens: als Schwerpunkt für Heft 8 ist geplant "Frauen in Naturwissenschaft und Technik".

5,- DM, November 80 A21163F Nr. 7
WECHSEL WIRKUNG
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT
SCHWERPUNKT: Datenverarbeitung — Ein Mittel gesellschaftlicher Kontrolle

Kölner Stadt-Anzeiger
Herald Tribune
General-Anzeiger für Bonn und Umgegend
KURZE
Le Monde
THE TIMES
Frankfurter Allgemeine
DIE WELT
Handelsblatt
Industriekurier
Frankfurter Rundschau

Neues Politikon Heft erschienen

Nach langer Zeit ist wieder ein neues Heft (Politikon Nr. 65) erschienen. Inhalt: Krankheitsbilder und Alpträume, Provokatorische Ohnmacht: Sartre's Flaubert-Studie, Selbsthilfe-ein Mythos ?, Essen und Gefressenwerden, Zur Soziogenese von Oralität (könnt ihr eigentlich auch deutsch????d.setz.), Zum Tagebuch von Peter Glotz.

Gegen Einsendung von 3,-- DM in Briefmarken kann es bezogen werden bei:

Redaktion Politikon, Postfach 640, 3400 Göttingen

Film über den Times - Konflikt

Über die Solidaritätsaktionen der Frankfurter Kolleg/inn/en im Rahmen des Konfliktes bei der ‚Times' hat die Arbeit und Film e.V. einen Film hergestellt. Dieser kann beim **Landesbezirk Hessen der IG Druck und Papier, Wilhelm-Leuschnerstr. 69 - 77, Tel.: 0611 / 25 20 95** oder bei **Arbeit und Film e.V.Wielandstr. 57, Tel. 0611 / 59 51 52 (beide Ffm)** ausgeliehen werden.

PROZESS GEGEN HERMANN FEILING, SYBILLE STRAUB UND SYLVIA HERZINGER

1. Mai Paris: Fußballboykott

Frankfurt, 18.11.80

Am 23.6.1978 explodiert in einer Heidelberger Wohnung ein selbstgebastelter Sprengsatz, der den damals 27-jährigen Hermann Feiling so schwer verletzt, daß ihm beide Beine amputiert und beide Augen entfernt werden müssen. Die nun zur Verhandlung anstehende Anklage wirft Hermann Feiling vor, mit dem vorzeitig explodierten Sprengkörper einen Anschlag auf das Argentinische Generalkonsulat in München geplant zu haben.
Den beiden Mitangeklagten Sybille Straub und Sylvia Herzinger wird wie Hermann Feiling vorgeworfen, Mitglieder der "Revolutionären Zellen" (RZ) gewesen zu sein (§ 129). Die Anklage stützt sich einzig und allein auf die unter illegalen und terroristischen Umständen entstandenen "Aussageprotokolle" des monatelangen Verhörs von Hermann Feiling (s.u.)

Ziel dieser wahrhaft "argentinischen" Verhörmethoden war vor allem, für die Anschläge, die den RZ "zugerechnet" werden, Täter zu finden.

Im Juni 1978 fand in Argentinien die Fußballweltmeisterschaft statt. Dazu schreibt Hermann Feiling in einer Erklärung zum Prozeß:

"20 000 Tote forderte der Militärputsch in kurzer Zeit in Argentinien. Heute sind argentinische Gruppen und Berater in Bolivien dem putschenden Militär behilflich ... Die blutige Verfolgung des Widerstandes in Ländern Lateinamerikas ist Bedingung einer Wirtschaftspolitik, die für die Masse der Bevölkerung ökonomischer Völkermord heißt und den Konzernen die Türen öffnet"

Im folgenden eine kurzgefaßte Chronologie der Ereignisse, die teils argentinisch, teil deutsch anmuten, jedenfalls aber nur der Anfang von dem sein sollen, was Dr. Herold die "Verobjektivierung des Strafverfahrens" nennt.

Reinhard/ID

Auszüge aus der 'Doku' der "Initiative" f. Hermann, Sybille und Sylvia":

Noch drei Tage nach der vorzeitigen Explosion und Operation erklärt das Landeskriminalamt (LKA) Stuttgart, FEILING befinde sich in 'Lebensgefahr', am selben Tag erklärt der behandelnde Arzt den Eltern dasselbe.
(Quelle: Heidelberger Rundschau 26.6.78 & Aktennotiz RA BAYER)

Von daher war es eine bemerkenswerte humanitäre Leistung des zuständigen LKS's, bereits am Morgen nach der Operation in Hermann eine voll vernehmungsfähige Person auszumachen. Dies mit Hilfe eines Arztes namens DRESSLER, der für die Dauer der Vernehmungen nicht einmal ein zeitliches Limit setzte, selber aber in der Regel nur um die fünf Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medizinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungsmaßnahmen selbsttätig zur Hand gingen.

Insgesamt war Hermann FEILING 4 1/2 Monate in dieser Lage der absoluten Hilflosigkeit, der Schmerzen, der eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, der säuglingshaften Abhängigkeit, ferngehalten von allen Freunden, ferngehalten von jedem Anwalt seiner Wahl. Während die 'Vernehmungen' munter liefen. Eingeleitet von einem Staatsanwalt, einem gewissen WECHSUNG, den FEILING für einen Rechtsanwalt hielt — und dies alles unter der rechtsstaatlich superben Bedingung, daß zu keiner Zeit ein Haftbefehl gegen ihn verkündet worden war.

ÜBER DIE PRODUKTION VON AUSSAGEN

"Ich fühle mich wie eine lächerliche Masse".

(F.: Tonbandcassette)

Hermann FEILING wird am Tag nach der Explosion und der Operation zum ersten Mal 'angehört'; ein Begriff, den es in der deutschen Strafprozeßordnung nicht gibt.

Die Ergebnisse dieser 'Anhörung' werden von den Ermittlungsorganen als 'Aussagen' bewertet.

Aufgrund schon der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet.

Im Falle Sylvia HERZINGER genügte es als Voraussetzung für Knast & Verfolgung, daß Hermann einmal von einer "Friederike" gesprochen habe, seiner "Kontaktperson", die in einem Anwaltsbüro gearbeitet hätte, deren Eltern nicht arm seien, die in Frankfurt einmal eine Hausdurchsuchung erlebt habe — was bekanntlich in Frankfurt für dutzende Linke zutrifft.

Schon unmittelbar nach dem Unglück Hermann FEILINGS übernahm das BKA offiziell die weitere Verfolgung des "Komplex RZ", die vorher in den Bereich der regionalen Landeskriminalämter fiel.

Schließlich sind durch FEILINGS "Aussagen" weitere Menschen belastet oder tendenziell belastbar, die zwar momentan nicht greifbar sind, deren mögliche Prozesse aber prozeßtechnisch sinnvoll antizipiert werden sollen.

Im Verlauf der "Vernehmungen" werden sämtliche Voraussetzungen für getürkte und erpresste "Aussagen" geschaffen, so daß dem brutalen input ein maximaler output (an Belastungsmaterial gegen möglichst viele Leute) entspricht.

Dem völlig hilflosen, schwer verletzten und blinden Feiling werden Beruhigungsmittel wie DIPIDOLOR und VALIUM verabreicht, die seine Wahrnehmungs- und Denkfähigkeit weiter herabsetzen.
Die 1300 Seiten "Protokoll" sind in sich völlig widersprüchliche Texte, die zum Teil Polizeidiktion verraten, zum Teil "sinngemäß zusammengefaßt" oder abgeschriebene Tonbandprotokolle sind. An bestimmten Stellen wird das Tonband einfach abgestellt oder ein Vernehmungsbeamter muß mal öfters raus oder der Delinquent spricht zu leise oder versteht die Frage überhaupt nicht. Doch die Polizeibeamten verstehen es, das Nichtgesagte, das Erpreßte und das Erwünschte so zu "transformieren", daß eine Anklage gezimmert werden kann. Nur darauf kommt es an. Ihr Zustandekommen und ihre sinnfällige Widersprüchlichkeit, die ja nur Ausdruck des gesamten Skandalon sind, interessieren nicht.

Die Barbarei und Perversion dieses Verfahrens, einen vernehmungsunfähigen Menschen zu 'Aussagen' zu pressen, wird auch aus den folgenden Angaben Hermanns auf besagten Cassetten deutlich:

"Was mich am meisten mitnimmt, im Moment, ist (...) daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte".

"Ich war also mehr so in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür habe ich dann — also wie gesagt — da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist — das kriegt man erstmal gar nicht so genau mit — eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!"

Abschrift (auszugsweise) von Tonbandcassetten, die Hermann Feiling während seines Aufenthalts in Kliniken und Polizeikasernen nach draußen schmuggeln konnte, mit denen er erstmals Kontakt zu seinen Freunden herstellte. (Sept. - Okt. 78):

. . . — ich brauchte wirklich unheimlich lange Zeit, um meine ganzen Gedanken zu ordnen und ich weiß auch immer noch nicht alles, was da so vorgegangen ist und so. Ich hab ne Erinnerung an die Explosion und war da auch kurze Zeit danach noch ganz ganz bei klarem Bewußtsein. . . . Aber danach war es doch dann eben weg. Und als ich wieder aufwachte und so, daß war eben nicht nur, daß da dann alles klar war. Also dann bin ich öfter dann noch mal wieder weggesunken und hab das alles nicht genau im Griff gehabt. Na ja, das habe ich schon gesagt. . . .

(abgetippt am 22.9.78):
. . .
. . . Ich habe eben den Eindruck, daß man aus mir jetzt versucht, etwas Bestimmtes zu machen auf Basis — also etwas zu machen, was ich absolut nicht will. Und zwar auf Basis einiger Dinge, die ich damals in der Zeit, wo es mir auch physisch noch nicht wieder so gut ging, scheinbar erzählt habe über Zusammenhänge usw. Das hat eben meiner Ansicht nach auch der Sybille zumindest teilweise die Situation jetzt eingebracht und ich weiß nicht wieviel von diesen Sachen, also was da im einzelnen abgelaufen ist. . . für mich wars auch so, daß ich also gar nicht — zunächst überhaupt nicht wußte, daß z.B. Polizei um mich rum ist, das war mir überhaupt kein Begriff. Ich habe teilweise überhaupt keine Erinnerung und gut, das war eben zusätzlich so, daß ich mich dadurch, daß ich mich in Dunkelheit befand und auch noch nicht ganz o.k. war, zunächst mal überhaupt nicht wußte, was eigentlich los war.

. . . (abgetippt 22.9.78):
Ich will das nochmal kurz skizzieren: Es kam mir so vor, als wär ich in einer Art Traumwelt, die ich in keiner Weise eingeschätzt habe. Eine Situationskontrolle war überhaupt nicht vorhanden. Wo also jeder, der sich mit einem beschäftigte, echt was ganz tolles war und man das unheimlich brauchte und dann man nach irgendwelchen Kriterien, wann

einer einem zuhört und so was er sich anhörte und was ihn interessierte und über was er sich mit mir unterhielt. Ich sah ja niemanden. Eine Zeitlang konnte ich nicht einmal überblicken, ob und was Leute sind. Also es sind Stimmen, die ich hörte und das war ne Erleichterung, Stimmen zu hören. . . .

Zum bevorstehenden Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub & Silvia Herzinger vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main.

„Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung."
(Karl Kraus)

Für das, was mit Hermann FEILING (und den anderen) geschah, hat der Staat heute einen „Strafanspruch". Den wird in Kürze das OLG Frankfurt beurteilen.

Das **Bundeskriminalamt**
- eine Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern -
sucht zum frühestmöglichen Zeitpunkt

Wissenschaftliche Mitarbeiter

für die Durchführung von rechnerorientierten Forschungsprojekten aus dem Bereich
- Bildverarbeitung
- Signalverarbeitung
- Prozeßdatenverarbeitung u.
- angewandte Mustererkennung

Es handelt sich um ausbaufähige Positionen mit Vier-Jahres-Verträgen.

Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium der Nachrichtentechnik, Informatik, Elektronik oder angewandte Mathematik. Promotion erwünscht.

Wir bieten: Vergütung nach dem Bundesangestelltentarifvertrag, Eingruppierung entsprechend Berufserfahrung und Qualifikation ab Vergütungsgruppe II a BAT. Zusätzlich wird eine steuerfreie Zulage von mtl. DM 150,–, 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld gezahlt.

Bitte fordern Sie unseren Personalbogen — unter Angabe der Kennziffer CP 15 – bis zum 13. 4. 1979 an.

BUNDESKRIMINALAMT
Referat ZV 11
Postfach 18 20, 6200 Wiesbaden

aus: „Wechsel=Wirkung" Nov. '80

Nach der vorliegenden Anklageschrift beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, ein gerichtliches Verfahren gegen Hermann, Sybille und Silvia durchzusetzen. Gegen alle 3 Leute existiert nicht der geringste Beweis, außer den angeblichen „Aussagen" Feilings, die
- nach §136 StPO unverwertbar sind, weil Hermann sich in lebensgefährlicher Situation befand, also „vernehmungsunfähig" war,
- die auch in sich — nimmt man sie einmal ernst — verworren, unklar und äußerst widersprüchlich sind,
- die von H.F. selbst — noch während seines polizeilichen „Spezialgewahrsams" — auf herausgeschmuggelten Tonbandcassetten nachdrücklich dementiert wurden,

Auszüge des Interviews der Zeitschrift „Transatlantic" mit Bundeskriminalamts-Chef Horst Herold.

H.: Ich würde keine Arbeitsstunde investieren für einen Computer als Repressionsinstrument. Natürlich: repressive Funktionen wird der Staat nicht ausschalten, denn Gefahrenabwehr ist notwendig. Aber meine Hoffnung gilt dem Computer als gesamtgesellschaftlichen Diagnoseinstrument. Das ist eine Prävention neuen Stils, die letztlich auch die Terrorursachen aufhebt, diesen Staat verrückt, ihn andersartig gestaltet, Gleichheit und Gleichrangigkeit im Prozeß und in der Ökonomie schafft. Mit Hilfe dieses Mittels kann ich sehen, wo es hakt: Klassen, soziale Unterschiede und Ungleichgewichtigkeiten, Ungerechtigkeit, Armut und Diskriminierung — das kann ich alles ablesen. Hier wird etwas nachgeholt, was für einen Staat dringend notwendig ist, und es wird nicht nachgeholt an Unterdrükkungspotential, wenn ich mal die gängige Redeweise verwende, sondern an Informationspotential und an technischem Potential. . . .Wir haben den Anspruch, die Kriminaltechnik zu einem Instrument der Verobjektivierung des Strafverfahrens zu entwickeln; d.h., es zu so hoher wissenschaftlicher Perfektion und Güte auszugestalten, daß wir den Zeugen überflüssig machen, weil der Zeuge ein absolut untaugliches Beweismittel ist.

Nur mit äußerstem Unbehagen kann man solche Urteile wie über Zlof im Falle Oetker beispielsweise lesen. Wahrscheinlich konnten die Richter gar nicht anders entscheiden. Ich hätte als Richter — ich war es auch einmal, 15 Jahre lang — nicht anders gehandelt. Aber dieses Fehlen jedweder Rationalität, dieser volle Einbruch des Emotionalen auf der Richterbank ist gegen Ende des 20. Jahrhunderts unglaublich und sollte eigentlich jedem Polizisten wie ein Stein auf der Seele liegen. Ich meine, daß wir in dem Bereich der Kriminaltechnik eine partielle Verwirklichung eines kulturellen Anspruchs möglich machen können, daß wir hier den gesellschaftlichen Auftrag erfüllen, zur Verobjektivierung beizutragen. Denn je mehr Technik wir haben, um so transparenter kann man es doch machen. . .

. . . Ich erstrebe einen Strafprozeß, der — lassen Sie es mich mal ganz extrem formulieren — frei ist von Zeugen und Sachverständigen. Der sich ausschließlich gründet auf dem wissenschaftlich nachprüfbaren, meßbaren Sachbeweis. Nach meiner Theorie wäre, so schrecklich das klingt, auch der Richter entbehrlich. . .

. . . Je mehr doch der Prozeß der Wahrheitsfindung objektiviert und wissenschaftlich nachvollziehbar gestaltet wird, um so mehr drängt er Folter und Grausamkeit zurück, stellt er vor dem Hintergrund objektiver Verfahren die Unhaltbarkeit dieser Mittel bloß. . . .

- und bei denen eindrucksvoll belegt werden kann, wie sie unter Anwendung von „Methoden" wie der Verabreichung psychotroper Substanzen, der Androhung eines Haftbefehls (obwohl haftunfähig), unter Androhung der Verweigerung therapeutischer Maßnahmen, unter Verzicht auf notwendige rechtliche Belehrungen und im übrigen unter allem nur eben erdenklichen subtilen Druck und der Erpressung in hilfloser Lage zustandekamen.

Aufgrund dieser „Ergebnisse" kam Sybille in die Stammheimer Isolationshaft. Silvia nach Preungesheim. Sybille für neun Monate. Die Aufhebung der Isolation wurde ihr für den Fall „versprochen", daß sie selber ‚Aussagen' macht.

Der angesetzte Prozeß wird nicht allein dadurch zum Verbrechen, weil er (bis jetzt) gegen einen verhandlungsunfähigen Menschen stattfinden soll, der obendrein haftunfähig ist, sondern weil vor Gericht ERNEUT dessen Recht auf Menschenwürde und körperliche Unversehrtheit angetastet werden sollen:

- psychisch dadurch, daß ihm zu seiner Pein unendlich lang etwas als sein Eigenes vorgetragen werden soll, worunter er zutiefst leidet, wovor er große Angst äußert, wogegen er sich wehrt.
- medizinisch dadurch, daß die wahrscheinliche Dauer eines aufwendigen Prozesses ihn an jeder Therapie und nicht zuletzt an einer ruhevollen psychosomatischen Rehabilitation hindert.
- dessen zunehmde „Epilepsieneigung" endlich durch den Streß des Prozesses wirkungsvoll gefördert wird.

Wenn wir dazu aufrufen, diesem Prozeß allen Widerstand & Protest entgegenzusetzen und in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungsunfähigkeit Hermann Feilings hinweisen, dann nicht nur in dem vordergründigen Sinne, daß ein Sprengsatz ihm Augenlicht und beide Beine geraubt hat (was für einen Richter nur heißt, daß er sich das selber zuzuschreiben hat), sondern wir wehren uns gegen die Zerstörung, die Folter und Unrechtmäßigkeit, die ihn während der Vernehmung zu erlogenen „Aussagen" gepreßt hat und die ihn während des bevorstehenden Verfahrens erneut zum gequälten Objekt einer getürkten Prozeßfarce werden lassen soll.

OLG Frankfurt, Gerichtsgebäude A, Saal 146, Zeil 42, jeweils 9.30 Uhr: Die Termine lauten wie folgt: Dienstag, 25.11.80, Donnerstag, 27.11.80, 2.12.80, 9.12.80, 16.12.80, 18.12.80, 23.12.80 (Zum „Fest"), 30.12.80, 6.1. , 8.1.

Kontakte: Initiative für Hermann, Sybille, Sylvia, 637 Oberursel 5, Postfach 35, Tel.: 06171/ 73 212 bzw. Rahmengasse 6, 69 Heidelberg.

HELM AB ZUM GEBET

**"Das Pflaster dröhnt,
der Pöbel schreit,
die Bundeswehr ist
nicht mehr weit"
(Goethe, Die Neuen Leiden der jungen BW, Band II)**

Landauf landab wird marschiert, strammgestanden, gefroren, geblasen, kommandiert und geehrt: Der Staat feiert seine Beschützer und damit sich selbst. Das wäre an sich noch nichts Ungewöhnliches.
Nach 25 Jahren Aufrüstung zur zweitstärksten Militärmacht der NATO ist Grund zur Dankbarkeit genügend vorhanden.
Warum aber unbedingt auf jedem zweiten Markt- oder Schloßplatz zwischen Schleswig und Passau, bei klirrender Kälte oder schlimmsten Pisswetter, unter polizeilichem Belagerungszustand und Anwesenheit der würdigsten Polit-Eunuchen aus Stadt, Land und Fluß das erbarmungswürdige Zeromoniell abgehalten werden muß, dessen Erfinder, was den großen Zapfenstreich betrifft, irgendein russischer Zar und Dunkelmann war, leuchtet immer mehr Menschen nicht ganz ein.
Wer so feiert, und dazu noch sich selbst, muß wohl etwas im Schilde führen. Die Zeit ist reif und günstig, meinen die Strategen, den Deutschen wieder mal verstärkt einzuhämmern, daß die Macht und die Herrlichkeit in Ewigkeit aus den Gewehrläufen kommt und sonst gar nichts.
Reif, weil die gesellschaftliche und die weltpolitische Lage wieder zunehmend "Lösungen" verlangen, die den schleichenden Tod der Zivilisation in einen abrupten — und sei's nur punktuell, regional — verwandeln können.
Das ist die Entschlossenheit zu handeln, abzuschrecken, einzugreifen.

FRIEDENSMARSCH IN WALLDÜRN

Der nicht ganz alltägliche Faschismus

Walldürn, 22. Oktober 1980, angesagt ist ein öffentliches Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten. Auf dem größten Platz im Städtchen. Die Bundeswehr lädt ein, der Bürgermeister lädt ein, alle sind eingeladen. Nach dem Fiasko in Bremen wagt man's in den Dörfern. Man glaubt nicht, daß sich was tut, daß sich Widerstand oder Protest organisiert. Endlich ist es wieder soweit, daß bei Fackelschein und Marschmusik mit der schwarz-rot-goldenen Fahne der Republik Unfug getrieben wird. Endlich haben wir einen sozialdemokratischen Verteidigungsminister, der innerhalb der Bundeswehr Ehrenzeichen einführt. Die, die die Freiheit am besten verteidigen, kriegen so ein Abzeichen. Zurück zu Walldürn.

Tage vorher ein weißer Opel mit Karlsruher Kennzeichen – fünf Leute –, ein VW-Bus vom Wehrbereichskommando 5 vor dem Rathaus. Bestimmt Sicherheitsbesprechung. Später erfahren wir: Im Polizeiposten Walldürn ist ein Sammelpunkt für gegriffene Störer eingerichtet. Die Kripo ist mit Greiftrupps während des Gelöbnisses im Publikum. Kein Protest, keine Meinungsäußerung bei einer öffentlichen Veranstaltung der Bundeswehr. Trotzdem: der Arbeitskreis Frieden will sich's nicht gefallen lassen: wir überlegen. Wir werden die Erwartungen der Oberen nicht erfüllen. Kein Krawall. Was Friedliches also. Flugzettel. Flugzettel. Vor der Kaserne. Die Soldaten auffordern mit ihren Vorgesetzten zu reden über den Sinn solcher Tradition. Aufklären über das Recht, das Gelöbnis zu verweigern. Am 19. nachts werden die Dinger auch verteilt.
Am 20. Mitteilung an die Presse: Der Arbeitskreis Frieden veranstaltet aus Protest gegen das öffentliche Gelöbnis einen Trauermarsch. Abmarsch 18.00 vom Parkplatz vor der Turnhalle Keimstraße. Ein Kranz wird bestellt, eine Schleife machen lassen. Aufschrift: Nie wieder Krieg! Die Waffen nieder! Von der Turnhalle durch Walldürn marschieren, zum Friedhof.
Kranzniederlegung, Gunter aus Tauber von der DFG wird eine kurze Ansprache halten. Dienstag: wir melden die Demonstration an, bitten das Friedhofstor offen zu lassen. Die Demonstration wird genehmigt. Das Tor wird aufgemacht werden. Wir haben Handzettel abgezogen, darauf erklären wir, was wir mit dem Marsch wollen: erinnern an die ermordeten, vergasten, vertriebenen, verhungerten Entmenschten. An vergangene und gegenwär-

Günstig, weil der allgemeine gesellschaftliche Rechtstrend die Möglichkeit eröffnet, das zu tun, was man sich in den Jahren der "Reformen", der kulturellen "Hegemonie" der Linken nicht getraute: Flagge zeigen, altehrwürdige Traditionen und Werte wiedereinführen (Gehorsam, Disziplin, Vaterland, Treue).
Das ist das öffentliche Eintreten für diesen unseren Staat. Und zwar nicht nur verstandesgemäß, sondern auch sinnlich, emotional. Deswegen die Fanfaren.

Das eine geht nicht recht ohne das andere.
Weil viele beides nicht wollen, gehen sie auf die Straße, Bremen war dafür ein Signal. Die Wut und der Haß entzünden sich vielleicht zunächst an den dreisten äußeren Formen der "öffentlichen Rekrutengelöbnisse", die die materielle und geistige Aufrüstung, die reaktionäre gesellschaftliche Offensive und den Angriff auf soziale Emanzipationsbewegungen symbolisieren. Gleichzeitig entsteht aber auch ein Bewußtsein, daß militärisches und politisch-ökonomisches "Engagement" in der Dritten Welt (Türkei, Afrika, Lateinamerika usw.), "Sicherung" der Erdölversorgung, atomare Aufrüstung und weitere Zurückdrängung von politischem Widerstand in der Bundesrepublik ein Interessenpaket bilden, dessen "buntes" Packpapier die militärische Show sein soll.

Insofern ist die Vermutung führender Sozialdemokraten wie Apel richtig, daß der protestierende "Mob" (FAZ 14.11.80) nicht nur die Form meint, sondern auch den Inhalt, nicht nur die Feier, sondern die Bundeswehr, NATO, Aufrüstung, militärisches "Gleichgewicht des Schreckens" usw.
Gegen den alten neuen deutschen Geist zwischen Spießertum und Neoimperialismus ist dann besonders schwer anzugehen, wenn er sich auf ein solch gigantisches Vernichtungspotential stützen kann, wie es in den letzten Jahren aufgebaut wurde.
Dabei haben wir allzu lange die Rüstung den Rüstungsexperten, die Bundeswehr den Kriegsdienstverweigerern und die NATO den alternativen Strategen überlassen. Die Bedrohung war/ist zu überdimensional, um sie nicht zu verdrängen.

Die letzten Monate, vor allem die Proteste gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse, der "Nachrüstungsbeschluß" der NATO, die "Türkei-Hilfe" und nicht zuletzt die Zuspitzung der weltweiten Konflikte nach Afghanistan/Iran/Irak – erst recht nach Reagans Durchmarsch –, haben allerdings gezeigt, daß unsere "Betroffenheit" direkter und unsere Aktions- und Artikulationsmöglichkeiten konkreter geworden sind.
KDV-lern wird das Leben wieder schwerer gemacht, nicht wenige landen auf Zeit im Knast; gediente Wehrpflichtige (Reservisten) erhalten Einberufungsbescheide für den Dritten Weltkrieg unter Kennworten wie "Brauner Fuchs", "Gelber Hahn" oder für Wehrübungen/Manöver; Forderungen nach Aufstockung der Mannschaftsstärke werden erhoben, Reserveübungen nehmen drastisch zu; neue Waffensysteme verschlingen Milliarden.

Aus der Betroffenheit, die Bewußtsein über Zusammenhänge entwickelt, können Aktionen entstehen, die mehr treffen als nur die Form, die Feier.
So können Anti-Imperialismus und Ökologie, Anti-Militarismus und Widerstand gegen autoritäre und faschistische Tendenzen zu einander ergänzenden und bedingenden Inhalten unseres Kampfes werden.
Neben den Festtagen des Protestes gibt es den Alltag des Widerstandes, dessen vorrangiges Ziel es ist, die verhängnisvollen Traditionen und Werte anzugreifen, zu zersetzen, lächerlich zu machen.

Daß damit die Todesmaschine, die heute in El Savador und morgen woanders wütet, erstmal nicht zu stoppen ist, leuchtet ein, ist aber kein Grund, nicht Kopf und Körper anzustrengen, um denen da oben mehr als nur eine Feier zu versauen.

Im folgenden drucken wir einen Artikel aus TRAUM–A–LAND über eine Gelöbnisfeier in der Provinz, einen Bericht eines aufmüpfigen Bundeswehrrekruten, einen Kurzbericht eines Totalverweigerers und einen politisch-literarischen Leckerbissen aus der FAZ zum Gelöbnis in Bonn am 13.11.80.

Reinhard/ID

tige Kriege. An die tod-ernste Sache einer Ver-Gelobigung. Die ersten Reaktionen: Riesenkrach in der Frankenlandschule; B. ist 'erwischt' worden beim Zettel verteilen. Im Unterricht wurde sogar darüber diskutiert. B. kriegt einen aufs Haupt.
Zwar hängen pro-AKW-Plakate in der Schule, zwar konnte die JU (Junge Union) vor der Wahl unbehelligt Propaganda, zumindest auf dem Schulgelände, verteilen, aber unser parteipolitisch neutraler Aufruf, das ist jetzt Politik. Verboten. (Ruck-Zuck-Demokratie). In einem Leserbrief bescheinigte E. Scheuermann uns, das wir ein Häufchen Sektierer wären, die letztlich einen anderen Staat wollten. Das ist das Hallali. Die Hatz ist eröffnet. Der Vorsitzende der Reservistenkameradschaft schreibt in einem Leserbrief, daß alle seine Kameraden den Dienst am Vaterland geleistet hätten. Er schreibt mir ein: "Und Sie?" dazu, zitiert aber vorher Jaspers – den Philosophen.

Walldürn ist eine katholische Gemeinde.

Letzthin haben sie 650 Jahre Wallfahrt gefeiert. Von 30 Stadträten sind fünf von der SPD. Die Walldürner sind fromm, sie passen gut auf, wer sonntags in die Kirche geht. Ein wesentlicher Bestandteil der Erziehung sind "die Leute", und "was sie sagen". Am Ortseingang steht ein großes Schild mit der Aufschrift: Wallfahrts- und Garnisonsstadt. (Gut, was?)

Mittwoch, 17.00 Uhr. Das feierliche Gelöbnis beginnt. Keine Störung, tausende sind auf den Beinen. Die Kripo geht leer aus. Die Hundertschaft Schutzpolizei kann gehen.

Turnhalle Keimstraße. 18.00 Uhr. Ungefähr 50 von uns sind da. Wir werden noch zehn Minuten warten. Es kommen noch zwei aus Altheim, vier aus Würzburg, Amorbacher, Bochener. 75 Mann.
Letzte Instruktionen: Das ist ein Trauermarsch. Keine Diskussionen, keine Provokationen. Auf der rechten Straßenseite gehen, in Zweierreihen (da wird der Zug länger). Ich gehe zum Polizisten, der der Verantwortliche für die Sicherheit ist. Es kann los gehen. Ein Polizeiauto voraus, eins hinterher. Inzwischen ist das Gelöbnis rum. Hunderte von Menschen haben sich versammelt, um uns zuzuschauen. Die ersten rufen: Anfangen! Geht heim, hat doch keinen Zweck! Geht doch rüber! Geht zum Friseur! Erst mal arbeiten!

Der Trauermarsch beginnt.

Die Herren von der Presse (Rhein-Neckar-Zeitung, Fränkische Nachrichten) fotografieren, oder lassen fotografieren. Immer Rufe: Genickschuß! Pfui! Rote Dreckvotze! In der Berichterstattung am nächsten Tag wird davon nichts zu lesen sein. Die Herren von der Presse können

mit ihren Ohren schon filtern. Das Gute vom Schlechten, das Angenehme vom Unangenehmen. Aber die Herren von dieser Presse haben noch andere Eigenschaften. (Davon später). In der Nähe des Ortsausganges kehrt langsam Beruhigung ein. Ich denke: Das haben wir geschafft. Wir haben es überstanden. Wir haben ganz anständig was auf die Beine gebracht. Wir haben mit offenen Karten gespielt, wir haben so viel Publikum gehabt wie sonst nur die Faschennachtsgesellschaft. Und wenn bei den paartausend Zuschauern nur zehn waren, die jetzt nachdenken, dann hat sich der Aufwand rentiert.

Die Jagd ist freigegeben.

Vorbereitet durch die allgemeinen Schmähirufe, die wütende Stimmung der Leute, die allgemein zu greifende Ansicht, daß wir kommunistisch (oder schlimmeres seien), sind ein paar Dutzend Jugendliche ermuntert worden, diese stimmungsmäßige Vogelfrei-Erklärung ernst zu nehmen. Aber auch ältere "Bürger" sind dabei als wir einbiegen und zum Friedhofstor einmarschieren. Die freie, unabhängige, überparteiliche Presse ist auch da. Ein unglaubliches Gejohle hebt an.

Im Friedhof legen wir den Kranz am Mahnmal nieder. Matthias leuchtet mit der Stablampe, damit Gunter was sieht. Ein paar Blitze der Fotografen. Die aufgehetzte Masse gruppiert sich um uns und johlt. Günter mahnt, nicht auf den Gräbern rumzutrampeln. Gejohle. Wieder Wörter wie: Vergasen — Idioten — Schweine. Es ist unmöglich einen zusammenhängenden Satz zu hören. Eine ungemeine Spannung, die sich plötzlich in einer Schlägerei auflösen könnte.Der Friedhofswarter greift ein: Seht zu, daß ihr heimkommt. Ich schmeiß euch euren Kranz hinterher, ihr Drecksäue. Die Herrn von der Polizei sind bereits fast außer Sicht. Später wird sich herausstellen, daß sie in Uniform nicht auf den Friedhof wollten. Der Krach, das Geschrei und die persönlichen Drohungen veranlaßten uns abzubrechen. Später erfahren wir Folgendes:
Den Kranz hat hat man vom Mahnmal weggenommen. Vorm Friedhof in einen Papierkorb gesteckt. Abfall, Müll. Zwei Leute haben ihn wieder ans Denkmal gelegt. Am nächsten Morgen liegt er da, wo sich der Arbeitskreis Frieden immer trifft. Mitten in Walldürn, an der Stelle, an der am Tag vorher Rekruten gelobten der Bundesrepublik treu zu dienen.

Was die Leute von der Zeitung so alles mitkriegen, und was sie für eine berichtenswerte Nachricht halten.

Ich hoffe, die betroffenen Herren werden dies lesen, denn sie sind von Beruf auch neugierig. Und weil das schönste Ge-

Stimmen aus der Provinzpresse:

MIT HOHN UND SPOTT nahmen weite Kreise der Bevölkerung am Mittwochabend Anteil am Marsch des Arbeitskreises Frieden zum Ehrenmal im Walldürner Friedhof. Der Marsch begann um 18 Uhr bei der Schule Keimstraße und wurde von der Polizei begleitet, die allerdings im Friedhof unsichtbar blieb. Vor dem Ehrenmal nahmen die etwa 75 am Friedensmarsch Beteiligten Aufstellung, umringt von Neugierigen, unter denen sich bald Unmut über die Veranstaltung im Friedhof bemerkbar machte. Zwischenrufe wurden laut, als der Sprecher der Friedensbewegung sich gegen die öffentlichen Gelöbnisse wandte, für Abrüstung plädierte und dazu aufforderte, sich der Friedensbewegung anzuschließen. Als die Zwischenrufe etwas drohender wurden, brachen die jungen Leute ihre Kundgebung ab. Dieser Marsch durch die Innenstadt und die Kundgebung auf dem Friedhof waren genehmigte Veranstaltungen, wie sie unser Staatswesen nun einmal zuläßt. Man hätte erwarten können, daß auf dem Gottesacker Ruhe geherrscht hätte, das gebietet die Achtung vor den Toten auch jenen, die zum Militär eine andere Einstellung haben, als die Friedensmarschierer. Und dem Sprecher der Bewegung sei nur gesagt: vor einem Ehrenmal nimmt man die Mütze ab — und das nicht nur bei uns.

aus: Fränkische Nachrichten

druckte der eigene Name ist, hier auch die Namen. Pius Sanns, Lokal-Chef in Buchen bei den Fränkischen Nachrichten schreibt: (und jetzt reiß ich's aus dem Zusammenhang, damit man's ganz klar sieht)
"Dieser Marsch durch die Innenstadt und die Kundgebung auf dem Friedhof waren genehmigte Veranstaltungen, wie sie unser Staatswesen **nun einmal** zuläßt". (Unterstreichung von mir.)
Der Schlußsatz ist auch der letzte:
"Und dem Sprecher der Bewegung sei nur gesagt: vor einem Ehrenmal nimmt man die Mütze ab, — und das nicht nur bei uns". Hut ab, Pius Sanns, und: auf einen großen Stiefel folgt immer ein großer Absatz. Sogar bei ihnen.

Fritz Weidenfeld ist Redakteur bei der Rhein-Neckar-Zeitung. Er hat einen Artikel fabriziert, den ich schlichtweg für infam halte. Wer ihn gelesen hat, weiß nicht, wer geschrien hat, weiß nicht, wer den Kranz in den Abfalleimer geworfen hat. Fritz Weidenfeld ist ein großer Kolporteur. Seine Literatur, die er absondert, ist so wie der letzte Satz seines Artikels: "Wie meinte doch ein älterer **Zuschauer:** "Viel Lärm um nichts"! (Unterschreichung von mir) und warum macht dann Fritz Weidenfeld so einen Lärm, den er mit der Überschrift:"Falsches Demokratieverständnis?" versieht!?

Falsches Demokratieverständnis?

Walldürn: Was eigentlich eine friedliche Demonstration bzw. Schweigemarsch zum Friedhof mit Kranzniederlegung am Mahnmal werden sollte, endete gestern abend mit krawallartigen Szenen. Was war vorgefallen? Der Arbeitskreis Frieden hatte zu einem öffentlichen Trauermarsch aufgerufen, um gegen das feierliche Gelöbnis von Rekruten auf dem Walldürner Schloßplatz zu protestieren. Gegen 18 Uhr versammelten sich ca. 70 junge Leute auf dem Parkplatz der Turnhalle Keimstr., um durch die Friedrich-Ebert-Straße und Hauptstraße in Richtung Friedhof zu marschieren.

Zahlreiche Walldürner säumten die Straßen,um dieses „Schauspiel" zu verfolgen. Nachdem die Demonstrantengruppe, von einem Einsatzwagen der Polizei wohlbehütet, den Friedhof erreichte, gesellten sich ca. 30 vorwiegend jugendliche Gegendemonstranten dazu. Die Rede von Gunter Schmitt (Tauberbischofsheim) von der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner wurde durch Zwischenrufe permanent unterbrochen. Schmitt bezeichnete das feierliche Gelöbnis als „Firlefanz" und wies auch auf die Bedrohung durch atomare Waffen hin.

Es war für den neutralen Beobachter unerträglich, was sich gestern abend auf dem Walldürner Friedhof abspielte. Die Szenen, die sich dort zutrugen, waren deplaziert, störten die Friedhofsruhe empfindlich. Hätten die Gefallenen gesehen und gehört, was für Wörter fielen, sie hätten sich mit Sicherheit im Grabe umgedreht.

Man kann über den Sinn eines öffentlichen Gelöbnisses geteilter Meinung sein und man darf sogar dagegen demonstrieren. Was aber ein angeblicher Trauermarsch mit einer politisch gefärbten Rede zu tun hat, ist jedoch schwerlich einzu-

sehen. Und noch etwas: Viele Jugendliche versammelten sich auf dem Friedhof, um mit Gelächter, Geschrei und Schimpfwörtern gegen die Aktion des Arbeitskreises Frieden zu protestieren. Ob ein Mahnmal dazu der geeignete Ort ist, ist mit Sicherheit zu verneinen. Und ob es einem gesunden Demokratieverständnis entspricht, daß man einen am Mahnmal niedergelegten Kranz in den Papierkorb wirft, bleibt dem Urteilsvermögen des Lesers überlassen.

Viele Walldürner fühlten sich jedenfalls provoziert und machten ihrem Unmut unmißverständlich Luft. Für die Verantwortlichen dürfte der Krawall auf dem Friedhof eine Lehre sein, für den Arbeitskreis Frieden wohl eine Bestätigung dafür, daß Aktionen dieser Art von der Bevölkerung nicht angenommen werden. Wie meinte doch ein älterer Zuschauer: „Viel Lärm um nichts!"

aus: Rhein-Neckar-Zeitung *Fritz Weidenfeld*

Den Herren Sanns und Weidenfeld ist weniger das vorzuwerfen, was sie geschrieben haben, sondern vielmehr das, was sie nicht geschrieben haben. Wer Unrecht sieht, und nicht darüber berichtet, macht sich mitschuldig. Es müßte den Herren doch klar sein, daß 28 Ahnungslos und 3 Faschisten 31 Faschisten ausmachen. Oder ist das Wort Faschismus auch eins das sie herausfiltern können?

Vorzuwerfen ist den Herren, daß sie Grips genug haben, Tendenzen zu erkennen, aber aus arschkriecherischen Gründen denselben nicht gebrauchen.
Vorzuwerfen ist den Herren, daß sie kuschen vor der Auflagenzahl und dem Anzeigenumsatz, vor dem "Chef", vor Militärs und Bürgermeistern, vor Pfarrern und Polizisten. Und vorzuwerfen ist den Herrn, daß sie über Informationen verfügen, deren Veröffentlichung sie verhindern, vorzuwerfen ist es den Herren Sanns und Weidenfeld, daß sie in diesem Falle ganz einfach ihre journalistische Sorgfaltspflicht vergessen haben.

Die "gemütliche" Seite vom täglichen Faschismus.

Mein Bruder, der mit meiner Person soviel zu tun hat, wie ein Bruder mit dem anderen zu tun hat, wurde im Geschäft angepöbelt: "Wenn da was passiert, kriegste die Fresse voll".
Mein Vater, der mit meiner Person soviel zu tun hat, wie ein Vater mit einem erwachsenen Sohn zu tun hat, erhielt einen Anruf: Es sei eine Schande, es sei eine Schande, es sei eine ...
Meine Mutter erhält keinen Anruf, wird dafür aber in diversen Geschäften "angesprochen".

Mit meiner Schwester, die ist 16, versucht ein (schätzungsweise) 45 Jahre alter Leutnant ein "Gespräch" anzufangen, das er mit mir zu führen, sich nicht traut.

Meine Frau, die in Walldürn eine Buchhandlung hat, wird angerufen von einer Offiziersfrau, und das geht ungefähr so: Ist das ihr Mann — ja — dann werden wir nichts mehr bei ihnen kaufen, und wir werden das den anderen Soldaten sagen. Die Frau eines Reservisten: Es ist schon "Befehl" gegeben worden, daß keine Bücher mehr bei ihnen gekauft werden düffen. Die bezahlt ja der Staat".

Eines haben die Boykotteure vergessen, wer liest, der denkt. Wer denkt, denkt sowas nicht. Wer sowas nicht denkt, kommt weiter. (Der Geist steht eben links) und auch als Kleinstunternehmer, bin ich nicht, meine Frau nicht, und die Freunde und Genossen vom Arbeitskreis Frieden nicht bereit, ihre Meinung an irgendeiner fremden oder eigenen Ladenkasse abzugeben.

Vorwärts und nicht vergessen ....

Am Montag danach. So viele waren schon lange nicht mehr da. Sogar wieder Neue. Lange Diskussion. Was machen wir? Eine Anzeige in die Zeitungen. So wie die Parteien nach der Wahl. "Vielen Dank für das rege Interesse". Wir einigen uns auf eine Podiumsdiskussion. Wird das klappen?

Sind wir noch "seriös" genug? Schließlich weiß man in Walldürn schon, daß wir ein Waffenlager haben. (ganz scharfe Schreibmaschinen, total spitze Kugelschreiber, keine rosa Brillen). Wir einigen uns. Wir werden wieder persönliche Einladungen rumschicken. (An Leute, von denen wir denken, daß sie richtig ticken) Wir bemühen uns um "respektierte" Teilnehmer. Leicht wird's nicht. Wir werden uns wieder mal an denselben Tisch mit JU, Reservisten, Bundeswehr setzen. Wir werden nicht in den "Untergrund" gehen. Wir werden die Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland verteidigen.

Aus: Traumaland, Nr. 16, c/o Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 698 Wertheim

Rekrutenvereidigung

Während des öffentlichen Gelöbnisses am 6.11.80 in München, rief ich in Uniform meine Kameraden auf, das Gelöbnis zu verweigern

Mein Name ist Michael Rehorik, zur Zeit Soldat der Bundeswehr in Regensburg, ansonsten — wenn ich keinen Helm aufhab', Maschinenschlosser.
Meine "Vorstrafen" im Einsatz für Frieden und Demokratie:

- fristlose Kündigung wegen Tragens einer Stoppt-Strauß-Plakette als Jugendvertreter im Betrieb durch die Händler OHG Regensburg.
- 10 Tage verschärfte Ausgangsbeschränkung wegen Beteiligung in Uniform an der DGB-Kundgebung zum Antikriegs-Tag am 1. September 1980 in Aachen (damals leistete ich meine Grundausbildung in Stolberg in der Donnerbergkaserne ab).
- Absetzung als Vertrauensmann, weil ich das feierliche Gelöbnis verweigerte.
- Unerlaubte Abwesenheit von der Truppe am 6.11.80 — was noch folgen wird, weiß ich nicht.

Meine Handlungsweise:
Im Dienstanzug ging ich als "Zuschauer" durch Polizei, Bundesgrenzschutz, Feldjäger und sonstige Absperrungen und schritt, als die Truppenfahnen aufmarschiert waren und die Rekrutenabordnungen im Karree um die Fahnen standen, durch die Reihen der Rekruten. Unmittelbar vor der Gelöbnisabnahme, beim Kommando "Stillgestanden" und "Achtung —

Präsentiert" trat ich vor die Front der Rekruten und schrie: "Kameraden verweigert das Gelöbnis! Dieses Gelöbnis ist undemokratisch, weil es ein militaristisches Säbelrasseln ist". Angemessen und feierlichen Schrittes marschierte ich während der Gelöbnisabnahme weiter in Richtung Podium, um öffentlich kund zu tun und dem Kommandierenden zu melden, daß ich das Gelöbnis verweigerte. BEi der Fahnenabordnung wurde ich von den Feldjägern eingeholt und festgenommen. Bei der Abführung leistete ich keinen Widerstand. Ich wurde anschließend in meine Regensburger Kaserne gebracht.

Meine Gründe:
München war die bayerische Zentrale der öffentlichen Rekrutengelöbnisse. Öffentlich wollte ich meinen Protest ausdrücken und ein Zeichen setzen. Die Bundeswehr quillt aus den Kasernen in die Öffentlichkeit, warum fürchtet sie sich, wenn ein kleiner Schütze öffentlich gegen sie Stellung bezieht, Generale werden täglich in der Presse zitiert, für mich war dies die einzige Möglichkeit gehört zu werden. Das war mir auch wert, an diesem Tag unerlaubt der Truppe fern zu bleiben, ohne Rücksicht auf meine Person und mit Sicherheit zu erwartender Strafmaßnahmen.

Helm ab zum Gebet!

Warum ich die Gelögnisse ablehne:
- ich kann nicht geloben "das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen" – die Bürger der DDR würden sich bedanken.
- diese Bundeswehr wurde gegen den erbitterten Widerstand breitester Teile der Bevölkerung durchgesetzt. Bei dieser Durchsetzung mußte der Münchner Jungarbeiter Phillip Müller sein Leben lassen, viele demokratische Organisationen wurden wegen ihres Widerstandes verboten.
- sämtliche 135 Generale und Admirale, die als Befehlshaber der neugeschaffenen Bundeswehr fungierten, waren Offiziere der Hitlerwehrmacht und führend am Überfall auf unsere Nachbarvölker und vor allem am Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion beteiligt.
- Dieses Säbelrasseln zeigt den preußischen Ungeist dieser Armee. Die Gelöbnisabnehmer stellen sich in die Tradition der Bauernschlächter der Bauernkriege, der Demokratenverfolger von 1848, der Kriegstreiber von 1914, der Revanchisten von 1939 und der Remilitarisierer von 1956.

Als anitmiliaristischer Soldat stelle ich mich in die Tradition des Widerstandes gegen diesen menschenverachtenden Militarismus. Das waren für mich die Gründe, diesen Schritt zu tun, dem noch weitere Schritte folgen werden.

Kontakt: Michael Rehorik, Wassergasse 2, 8400 Regensburg
Kasernenanschrift:
Schütze Michael Rehorik, 2. Inst. Btl. 4 Leopoldkaserne, Landshuterstr.

Berufungsprozeß gegen Totalverweigerer

Zu 13 Monaten Haft, der bisher höchsten Strafe gegen einen Totalverweigerer ist der Frankfurter Horst Balzer im Juni verurteilt worden. Horst wurde gleich im Gerichtssaal verhaftet und sitzt seidem "wegen Fluchtgefahr" in Kassel in U-Haft. Er wird eindeutig aus politischen Gründen inhaftiert. In der Begründung für die Ablehnung der Haftbeschwerde schreibt das Gericht: "Nach den Gründen des Urteils der I. Instanz besteht der dringende Verdacht, daß der Angeklagte den Staat und seine Institutionen sowie deren Entscheidungen nicht anerkennt. Die Erwartung, der Angeklagte werde sich der drohenden Strafvollstreckung nicht stellen, ist daher naheliegend".

Wieso eigentlich Verdacht? Horst hat in seinem I. Prozeß unmißverständlich deutlich gemacht, daß er den Staat und insbesondere die Bundeswehr ablehnt. Das Gericht weiß sehr wohl, daß Horst seine Totalverweigerung aktiv angegangen ist, sich über die Konsequenzen bewußt war. Weshalb hätte er zum Prozeß kommen sollen, wenn er vorhatte, unterzutauchen? Im Gegenteil: gerade der konsequente öffentliche Widerstand, verbunden mit der Bereitschaft, notfalls in den Knast zu gehen, statt sich dem Militärzwang zu unterwerfen oder zu fliehen, macht die Stärke des gewaltlosen Widerstands aus, da er den Staat offensichtlich ins Unrecht setzt.

Um darauf aufmerksam zu machen, daß auch in bundesdeutschen Knästen politische Gefangene einsitzen, und um Horst zu zeigen, daß er nicht allein dasteht, werden wir die ganze Woche vor dem Prozeß mit einer Mahnwache vor dem Knast präsent sein.

Die Berufungsverhandlung findet im Kasseler Landgericht, Frankfurter Str. 9, statt:
Montag, dem 1.12.
Freitag, den 5.12. jeweils 8.30 Uhr

Kontakt: Kollektiver Gewaltfreier Widerstand (KGW) c/o Klaus Dust, Hauptstr, 15, 8751 Mespelbrunn 2, Tel.: 06092-7958

In Bonn hat die Bundeswehr eine Schlacht verloren

Eine Feier wird zum Spießrutenlauf / Von Karl Feldmeyer

BONN, 13. November. An diesem 12. November, an dem die Bundeswehr ihren 25. Jahrestag feierte, war Bonn eine belagerte Stadt. Auf den Einfahrtstraßen standen Polizeikontrollen, die Innenstadt glich einem Heerlager.

Demonstrationen waren im gesamten Stadtzentrum verboten. Aber dennoch, gegen 19.15 Uhr schallten die Sprechchöre derer, die sich am Münsterplatz eingefunden hatte, schon so laut, daß man sie einige hundert Meter weiter am Alten Rathaus hörte, wohin Oberbürgermeister Daniels und Verteidigungsminister Apel zum Empfang geladen hatten. Der Blick, der sich von der Freitreppe aus bot: Absperrungen, Polizeiwagen, Patrouillen mit weißen Helmen und Schutzschilden, Schäferhunde mit Maulkörben. Die Kinos und Gaststätten um den Platz waren fast leer.

Zur gleichen Zeit, da der Oberbürgermeister vor den geladenen Gästen sein Bekenntnis zur Bundeswehr und zu ihrer 25-Jahr-Feier ausspricht, sind etwa 300 Meter weiter, auf dem Münsterplatz, die Dinge schon weit fortgeschritten. Das feierliche Gelöbnis wird an diesem Abend nur noch der Vorwand, nicht aber das Ereignis selbst sein. Obwohl bis zum Beginn noch eine Dreiviertelstunde zu warten ist, steht eine nach Tausenden zählende Menschenmenge dichtgedrängt vor den Absperrgittern.

Hinter den Gittern standen Feldjäger, die man entwaffnet hat. Schräg über ihnen, auf den Bäumen und Kandelabern des Platzes hängen Trauben von Jugendlichen, die eine neu aufziehende Feldjägerkette mit einem höhnischen „Humba-Humba-Täterä" empfangen.

Punkt neun erscheint der Bundespräsident, begleitet vom Verteidigungsminister. Hinter ihm folgt der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister, die Präsidenten des Bundesrates und des Bundestages, Zeyer und Stücklen, Wirtschaftsminister Lambsdorff, die Staatssekretäre Schüler und Bölling, der frühere Verteidigungsminister Georg Leber, der ehemalige Bundespräsident Scheel. Der Empfang ist überwältigend. „Große Scheiße", brüllt der Platz minutenlang. Da zieht, es ist neun Uhr fünf, das Musikkorps auf. Das Offenhalten der Schneisen zum An- und Abmarsch funktioniert — noch. Aus etwa fünfzehn Metern Entfernung sind nur Musikfetzen zu vernehmen, so daß die Melodie identifizierbar wird. „Denkste denn, denkste denn, du Berliner Pflanze..." blasen die Trompeten und hinter ihnen ziehen die 150 Rekruten auf, die ihr feierliches Versprechen, die Bundesrepublik tapfer gegen jeden Angriff verteidigen zu wollen, öffentlich ablegen sollen; drei Blöcke, erst die Luftwaffe, dann folgen Heer und Marine.

Aber da kommt kein Beifall auf. Was als festliche Zeremonie gedacht war, gerät zum Spießrutenlauf. Ohrenbetäubender Lärm, der skandierte Ruf „Auf-hö-ren" schlägt ihnen entgegen, und jene, die das schreien, sind nicht fünfzig oder hundert Meter entfernt, sondern nicht mehr als zwei. Man könnte einander ins Auge sehen. Das „Auf-hö-ren" wird den Rekruten ins Ohr gebrüllt. Die Kapelle intoniert den Preußischen Präsentiermarsch, da schwillt das Gebrüll stärker an.

Inzwischen ist es neun Uhr zehn. Vor den drei Karrees von je fünfzig Rekruten wird die Dienstflagge der Bundeswehr — das schwarz-rot-goldene Fahnentuch mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte — entrollt. Auch die Demonstranten zeigen nun Flagge. Auf dem tiefen Rot, das die Linken so bevorzugen, steht in goldenen Buchstaben „Für einen demokratischen Friedensvertrag, für Abzug aller alliierten Truppen aus BRD, DDR und West-Berlin".

Andere Plakate lauten „Erst Gelöbnis, dann Begräbnis" oder „Politik und Militär ersticken die Demokratie". Nun tritt — es ist 21.12 Uhr — der Verteidigungsminister aus der Reihe der Ehrengäste, um seine Rede zu halten. Er dankt den Soldaten für ihre Bereitschaft, die Wehrpflicht zu erfüllen. Und er wiederholt den Satz, den Bundespräsident Carstens im Mai bei der ebenfalls zum Inferno geratenen Feier in Bremen gesagt hatte: „Sie schützen auch die Sicherheit derer, die gegen Sie, meine Soldaten, demonstrieren". Als Apel, dem vorbereiteten Text folgend, von einer „kleinen pfeifenden Minderheit" spricht, widerlegt ihn der tosende Platz. Es ist, als brüllten selbst die Pflastersteine: „Aufhören, aufhören." Der Platz kocht.

Was hat die Bundeswehr getan, daß ihr so viel Haß entgegenschlägt? „Ich erwarte von den Wehrpflichtigen keine Begeisterung... Aber ich erwarte von ihnen, daß sie ihren Wehrdienst mit Anstand und ernst verrichten", sagt Apel. Könnte hier ein Teil der Entfremdung, der Feindseligkeit ihren Grund haben? Die gewollte Reduzierung der Beziehung des Bürgers zum Staat auf das Verstandesmäßige, auf die reine Einsicht kann das Bedürfnis junger Menschen nach emotionalem Engagement nicht befriedigen, sondern nur zurückstoßen. Wenn dieser Staat das Beste vom Besten in der deutschen Geschichte ist, wie Apel sagt, warum sich dann nicht für ihn begeistern, warum dann kein vorbehaltloses Ja fordern?"

Es ist 9.26 Uhr geworden. Der Fliegersoldat Jan-Peter Rudolf, einer der Wehrpflichtigen, tritt aus dem Glied und hält seine Rede, tapfer, unbeirrt von dem nicht nachlassenden Lärm. In seiner Rede spiegelt sich ebenjenes „Ideal" des reflektierenden, aus höherer Einsicht in das Notwendige die Unannehmlichkeit ertragenden Soldaten, den sich diese Republik im Mißtrauen gegen sich selbst und die Angst vor Begeisterung so sehr wünscht und den sie immer seltener vorfindet. Als er nach zehn Minuten ins Glied zurückgetreten ist, intoniert die Militärkapelle erstmals das Thema „Ich bete an...". Man ahnt es mehr, als daß man es hört. Ein Luftwaffenmajor schreit, so laut er kann, die Gelöbnisformel vor, und, o Wunder, die Soldaten hören ihn und brüllen zurück: „Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland teu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen." — „Aufhören, aufhören", brüllt die Menge dagegen.

Es ist fünf vor zehn, als eine fackeltragende Kette von Matrosen aufmarschiert. Der Lärm ist so stark geworden, daß es selbst mit Hilfe der Lautsprecheranlage dem Kommandierenden Leutnant kaum noch möglich ist, seine Kommandos weiterzugeben. Die ersten Wurfgeschosse — sie sehen aus wie zusammengeknülltes Papier — fliegen über die Absperrkette. Apel steht, neben ihm der Flieger Jan-Peter Rudolf. Man wartet.

Zwei Meter hinter ihm sitzt, was in der Bundesrepublik Rang und Namen hat. Stücklen, der Bundeskanzler, Zeyer, Scheel, Leber und Lambsdorff. Etwas abseits stehen Schüler und Genscher, fröstelnd. Der offene Hohn schlägt ihnen ins Gesicht. Es ist, als befänden sie sich am Pranger oder auf der Anklagebank. Im Hintergrund quälen sich mit drehendem Blaulicht Sanitätsfahrzeuge langsam durch die Menge. Die Minuten verrinnen langsam. Nichts geschieht. Die Musikkapelle, die nach dem feierlichen Gelöbnis wieder abgezogen war und nun zum Großen Zapfenstreich zum zweitenmal auf den Platz marschieren soll, scheint ebenso wie das Wachbataillon aufgehalten zu werden. Auf dem Platz wechseln die Parolen. „Nieder mit der Bundeswehr", schreit der Mob, und stimmt alsbald wieder das „Humba-Humba-Täterä" an. Apel steht da, unfähig, etwas zu tun, und wartet. Sechs Minuten sind vergangen, als endlich das Musikkorps und hinter ihm das Wachbataillon anmarschieren.

Das Stakkato der Trommelwirbel vermischt sich mit dem der Trillerpfeifen. Die Befehle, die nun erschallen, werden zugedeckt vom Hohngesang „Wer kann das bezahlen, wer hat soviel Geld...", dazwischen hört man „Präsentiert das Gewehr". Die Stimme des Kommandierenden ist dünn geworden.

Die Serenade erklingt. Dann locken die Pfeifer zum Zapfenstreich, und die Menge brüllt „Schluß mit der Scheiße". Einem Demonstranten ist es gelungen, auf den Festplatz zu gelangen. Sechs Feldjäger stürzen sich auf ihn und tragen den sich Wehrenden an Händen und Beinen vom Platz. Und die Menge brüllt weiter: „Schluß mit der Scheiße, Schluß mit der Scheiße." 22.30 Uhr ist es inzwischen, das Kommando „Helm ab zum Gebet" ertönt, aber noch bevor die Melodie zum „Ich bete an die Macht der Liebe" erklingt, hebt ein neuer Orkan von Gejohle an. Es ist, als sei die Hölle los. Auch die Nationalhymne, die danach erklingt, wird ausgepfiffen und von dem Gejohle fast zugedeckt.

Die letzten Kommandos fallen, das Wachbataillion und das Musikkorps marschieren ab wie begossene Pudel. Sie verlassen keinen Festplatz, sondern eine Walstatt. Jeder, der dabei war, weiß, wer diese Schlacht verloren hat.

FAZ, 14.11.80

KOMM–ERK oder wie eine Kommando-Erklärung zustande kommt

Frankfurt/Duisburg/Wuppertal (Anderswo,) 14. November

Die vielen Kommando-Erklärungen (KOMM–ERK's), die wir in der Vergangenheit nach jeder Aktion bekamen, haben uns jedesmal die Sprache verschlagen. Sprachlosigkeit herrschte bei uns deshalb, weil nicht die Aktionen es waren – man/frau kann dazu stehen, wie sie es wollen oder dürfen – sondern die Sprache in diesen Meldungen, die, wie schon gesagt, uns jedesmal dieselbe verschlug. Da wir diese KOMM–ERK's jedesmal anonym zugeschickt bekamen, konnten wir niemals hinterfragen, was die Leute bewegt, diese oder jene Aktion zu machen.

So ziemlich in allen KOMM–ERK's wurden immer wieder die gleichen nichtssagenden Sprachhülsen verwendet, die den Lesern nichts vermitteln konnten. Sie waren (und sind) austauschbar, nur der Ort, die Zeit und der/die Name(n) waren (sind) andere. So war es uns möglich, die letzten 50 KOMM–ERK's zu einer Standard-Kommando-Erklärung zusammenzufügen, die wir somit der Öffentlichkeit (nicht zur Benutzung – das ist verboten!) vorlegen.

Don Camillo, Alois von Merkatz, Rudi Ratlos und Konsul h.c., von der ID-Redaktion

KOMM–ERK Nr. 1

Auf der Lauer vor Frau Lauer – ein Kalauer aus ernstem Anlaß. Samstagnacht besprühten wir das kleine weiße Häuschen der Landtagsabgeordneten Lauer (Duisburg) und demolierten ein wenig ihr Auto.

Warum suchten wir uns ausgerechnet diese engagierte Frau aus? Waltraud Lauer ist Mitglied der SPD und Abgeordnete im Landtag Nordrhein-Westfalens. Ihr parlamentarisches Engagement gilt den Sozial- und Ausbildungsproblemen. Sie ist langjähriges Mitglied des Justizausschußes und in dieser Eigenschaft mitverantwortlich für den "humanen Strafvollzug".

Neuestes Projekt ihrer und ihrer Kollegen Fürsorge ist der Bau eines Hochsicherheitstraktes für besonders schwer erziehbare Gefangene.

Unsere Aktion soll die unangemessene und herausfordernde und private Idylle der Knastpolitikerin Lauer stören. Deutlich sichtbar wollen wir in die weitverbreitete Friedhofsruhe und abgetötete Phantasie des Widerstands gegen Hochsicherheitstrakte und andere Formen der politischen Repression in diesem Land ein wenig Leben bringen.

In der Hoffnung auf breite Zustimmung und freudige Erregung

Sprühfix Köln-Ossendorf

Kein Hochsicherheitstrakt in Köln-Ossendorf und anderswo!

KOMM–ERK Nr. 2

Tausend Feuer müssen brennen
damit wir endlich leben können –
tausend Herzen müssen glühen
damit wir unsere Freiheit kriegen *

Wir haben heute, 2.11.80, im Amtsgericht Wuppertal geheizt – sprich Feuer gelegt.

Die Justiz als Herrschaftsinstrument hat nicht nur die Aufgabe, durch Prozeße einzuschüchtern (z.Bsp. hohe Geldstrafen für Schwarzfahren und Widerstand gegen Bullen), sondern ist auch dafür verantwortlich, daß Genoss(inn)en durch das Aufgreifen revolutionärer Politik jahrelang in Isolationstrakte wandern und gemordet werden.

Über die Gesetzgebung legitimiert der mörderische -Staat seine Todesschüsse, die nicht nur Guerillas treffen, sondern jeden treffen können, wie zuletzt in West-Berlin, als ein "tatverdächtiger" Dieb erschossen werden sollte, und ein Besucher getroffen wurde.

FREIHEIT FÜR DIE 13 AMERIKA–HAUS–BESETZER, FREIHEIT FÜR JÜRGEN! NEUN MONATE KNAST FÜR SPRÜHEN

SOFORTIGE ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER GUERILLA!

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK IN NORD–IRLAND! ZERSCHLAGT DIE TRAKTS! DEN MILITANTEN WIDERSTAND ORGANISIEREN! SOLIDARITÄT MIT DER GUERILLA! DRINNEN UND DRAUSSEN EIN KAMPF!

KOMM–ERK Nr. 3

Wir haben in der Nacht zum Dienstag, 11.11., einen Bundeswehr-LKW auf dem Gelände der MAN in Brand gesetzt, auf das sich viele Herzen daran erwärmen können ...

Ein brennender Bundeswehr-LKW auf auf dem MAN-Gelände sollen daran erinnern, daß wir sehr wohl die Zusammenhänge zwischen den öffentlichen Vereidigungen und der Bundeswehr sehen, und auch die Zusammenarbeit zwischen MAN und Bundeswehr (LKW-Produktion und Reparatur) und ihre Exporte von Militärgütern an Unterdrücker in der Dritten Welt (El Savador).

Wir verstehen unsere Aktion auch als inhaltlichen Beitrag zur Demo gegen die Vereidigung. Darum fordern wir die Aktionseinheit auf, diese Aktion im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu veröffentlichen, zum Beispiel durch eine Diskussionsveranstaltung über mögliche Formen des Widerstandes gegen Militarisierung. Nicht nur gegen öffentliche Vereidigungen, weil das unter anderem noch in die integrative Politik jener SPD-Reformer paßt, die statt Popanz lieber eine demokratische Bundeswehr wollen. Wir müssen vielmehr nach Verhaltensweisen suchen, die uns unsererem Wunsch nach Freiheit und Glück schon jetzt näherbringen und Herrschaftsstrukturen bekämpfen, auch wenn sie sich als demokratisch oder reformerisch tarnen.

ABRÜSTUNG IST NICHT SACHE DER POLITIKER, SONDERN ES LIEGT AN UNS!

Da wir uns ja bekannterweise im Computerzeitalter bewegen, schlagen wir deshalb im Fólgenden einen EDV-angepaßten Fragebogen vor:

KOMMANDO–ERKLÄRUNG NR ....

was: *

☐ ☐ ☐ ☐

wo:

☐ Stadt ☐ Ort ü. 100.000 Einw. ☐ Dorf ☐ Land

wann: (Zeiger der Uhr einsetzen!)

Mittel:

☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐

sonstiges ☐

wie:

☐ flambiert
☐ abgefackelt
☐ geheizt
☐ verschönert
☐ renoviert
☐ getüncht
☐ besetzt

☐ Nägel gestreut
☐ Fischmehl ausgekippt
☐ Buttersäure verspritzt
☐ ....
(sonstiges)

Farben: ☐ rot ☐ schwarz ☐ ....
(sonstiges)

Zweck:

☐ den Staat zerschlagen
☐ Gefangene befreien
☐ die Revolution

☐ die Anarchie
☐ das Chaos
☐ den 3. Weltkrieg

feelings:

☐ was verboten ist, macht mich scharf
☐ es baut auf
☐ gibt ein Gefühl der Stärke
☐ den anderen zeigen, wo's langgeht

Forderung: Kein .... in .... und anderswo

Wir wollen in Dr. Herold's Computer

☐ nein
☐ ja (wenn ja, bitte nächsten Punkt ausfüllen)

Personen-Kennziffer ....

☐ weitergeben!
☐ weitersagen!

Gruppe/Zelle

☐
☐
☐

Raum für
Fingerabdruck
(linker Daumen)

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Fotos: Demo am 4.11.80 im Erdinger Moos

ERDINGER MOOS

Provokativer Baubeginn und Widerstand

Erding, 9. November 80

Man ist bestürzt und fühlt Wut in sich, wenn man den Beschluß des bayerischen Verwaltungsgerichts vernommen hat, mit dem Bau des Großflughafens darf begonnen werden. Um diesen Beschluß rechtfertigen zu können, wurden willkürlich 40 Kläger (0,7%) aus 5724 Klägern ausgewählt und einer staunenden Öffentlichkeit als Musterkläger präsentiert. Nach knapp 4 Monaten konnte dann diese Prozeßkomödie ihren ersten Höhepunkt erreichen, indem der sofortige Vollzug als rechtens erklärt wurde.

Ungeachtet aller Energiesparmaßnahmen und Energieverteuerung „Bayern braucht einen Großflughafen". (Für wen wohl?) Der bayerische Staatsminister Anton Jaumann ist erfüllt von tiefer Befriedigung (Originalzitat), daß das Gericht in seinem Sinne und im Sinne der Industrie entschieden hat. Für die Menschen im Erdinger Moos ist wieder ein Stück Glauben an den Rechtsstaat dahin, 40 qkm Moos werden zubetoniert und 60 000 Menschen werden mit Lärm und Schmutz belastet und das alles wird mit öffentlichem Interesse begründet. Aber wir werden uns zu wehren wissen. Unser Kampf gegen dieses gigantische Wahnsinnsprojekt geht weiter.

Um unseren ungebrochenen Widerstand trotz polizeilicher Überwachungs- und Einschüchterungsversuche zu dokumentieren, wurde am 4. November zur Demonstration aufgerufen. Dieser Demonstrationsaufruf wurde unterstützt von den Bürgerinitiativen, den Vertretern der Kirche, den politischen Mandatsträgern und der Schutzgemeinschaft gegen den Großflughafen.

Am Morgen des 4. November versammelten sich trotz schneidender Kälte ca. 2000 Menschen bei der Franzheimer Schule. Sie bezeugten, daß das skandalöse Urteil des Münchner Verwaltungsgerichtes den Widerstand neu belebt hat. Nach verschiedenen Rednern zog die Demonstration durch das Erdinger Moos zum 3 km entfernten Bauhof der Flughafen München GmbH. Dort sprachen unter anderem der Vorsitzende des Bundes Naturschutz in Bayern, Helmut Steininger, und der extra aus Bremen angereiste Rudolf Bahro. Aus allen Reden war eine tiefe Enttäuschung über das bundesdeutsche Gerichtsunwesen zu hören.

Im Anschluß an diese Demonstration, die wieder in Franzheim endete, wurde ein Autokorso durch die betroffenen Gemeinden zur Kreisstadt Erding durchgeführt. In Erding fand dann die Abschlußkundgebung der BI Erding statt.In den nächsten Tagen fanden in fast allen betroffenen Gemeinden lokale Protestaktionen wie Fackelzüge und Haberfeldtreiben derbayerische Tradition der Volksgerichtsbarkeit) statt.

Am Samstag, den 15 November , versammelten sich 5 000 Menschen in München, um ihren Protest gegen den „Großflughafenwahnsinn" auszudrücken.

Kontakt: Wilfried Becker, Franzensbaderstr. 16, 8058 Erding, Tel.: 08122/8724.

Von der BI Erdinger Moos wird per Unterschriftensammlung ein Vorstoß gegen die Steuerbefreiung beim Flugzeugbenzin gemacht. Nachfolgend die Begründung als Denkanstoß.

Benzin, Schnaps und Dieselkraftstoff werden teurer. Wir fordern:

KEIN STEUERERLASS FÜR FLUGBENZIN!

Die BRD ist jährlich mit 4 Mill. Militär- und Zivilflugzeugen das Land mit dem dichtesten Flugverkehr der Welt.

Die Grenzen der Belastbarkeit und der politisch vertretbaren Risiken des Luftverkehrs sind längst überschritten. Lärm ist in der hochindustrialisierten Gesellschaft inzwischen der größte Krankheitserreger.

Die Schadstoffbelastung der startenden Flugzeuge, der enorme Landeverbrauch, die Zerstörung und Zersiedlung ökologisch und sozial intakter Lebensräume durch riesige Flughafenanlagen hat eine unerträgliche Situation geschaffen.

Während lediglich eine Minderheit, im Jahr 1979 waren es 0,1% des Personenverkehrsaufkommens der BRD, den Luftverkehr in Anspruch nimmt, werden weite Teile der Bevölkerung fortdauernd und in zunehmendem Maße mit den Belastungen des Flugverkehrs strapaziert und bedroht. Kein verantwortliches Ministerium hat sich bis heute die Mühe gemacht, das tatsächliche Ausmaß der Belastungen des Flugverkehrs zu untersuchen. Es ist z.B. immer noch nicht bekannt, wieviele Tausend Bundesbürger mit rechtlich nicht mehr zulässigem Flugzeuglärm tagtäglich belastet werden.

Jeder Fortschritt in der Lärmbekämpfung mußte durch die Initiativkraft und den Widerstand der Betroffenen erkämpft werden. Die Klagen der Betroffenen, der Lärmgeplagten und Existenzgeschädigten fanden so gut wie nie die Aufmerksamkeit der politisch Verantwortlichen. Im Gegenteil: Bundes- und Länderregierungen versuchen durch eine gezielte Forschungs- und Subventionspolitik den gigantischen Wachstumszielen der Luftfahrtunternehmen, der Flughafenbetreiber und der Luftfahrtindustrie mit Milliardenbeträgen entgegenzukommen.

DIE LUFTFAHRT ZAHLT KEINEN PFENNIG MINERALÖLSTEUER

Obwohl das Flugzeug das Verkehrsmittel mit dem höchsten Treibstoffbedarf ist (es benötigt bei gleicher Leistung etwa zehnmal soviel Energie wie der Schienenverkehr), ist die Luffahrt von der Mineralölsteuer, von der Umsatzsteuer und dem Einfuhrzoll für Flugtreibstoff befreit.

- Jedes Ticket im innerdeutschen Verkehr müßte nach Ansicht der Lufthansa um etwa 35% versteuert werden, wenn für die Luftfahrt das gleiche wie für alle anderen Verkehrszweige gelten würde.
- Das bedeutet umgekehrt: Jedes Ticket wird durch den Steuererlaß mit 35% bezuschußt.
- Etwa 5 Mrd. Liter Treibstoff wurden im letzten Jahr an die kommerzielle Luftfahrt vertankt. Legt man als Berechnungsgrundlage den Steuersatz für den PKW-Verkehr zugrunde, dann entspricht dieses Steuergeschenk einem Betrag von etwa 3 Mrd. Mark.
- Unabhängig davon wird die Luftfahrt regional subventioniert, werden über Steuerzuschüsse schlecht ausgelastete Linien aufrechterhalten, Flughäfen gebaut und unterhalten. Trotz dieser enormen Förderungsleistungen ist – nach Auskunft des Lufthansa-Chefs Culmann – immer noch jeder Flug unter 400 km nicht kostendeckend.

Die Aktualität der Enegieverknappung und Verteuerung macht jede mit Steuergeldern finanzierte Förderung des Luftverkehrs zu einer unverantwortlichen Kurzsichtigkeit. Wenn die Bundesregierung eine Subventionspolitik fortsetzt, die unsere Wirtschaft von einer immer größer werdenden Energieverschwendung abhängig macht, dann müssen spätestens morgen Maßnahmen getroffen werden, die uns einen reibungslosen Zugang zu den Energiemärkten sichern. Angesichts der aktuellen Spannung, der aktuellen Auseinandersetzungen im persischen Golf ist es höchste Zeit für eine vernünftige Verkehrs- und Energiepolitik!

Zur Zeit beabsichtigt die Bundesregierung, u.a. aus Gründen der Energieeinsparung die Steuern für Benzin und Dieseltreibstoff zu erhöhen. Um nicht nur den kleinen Mann durch erhöhte Mineralsteuern zu belasten, verlangen wir, endlich die Privilegien der Luftfahrt abzubauen.

WIR FORDERN, DIE LUFFAHRT EBENSO WIE DEN PKW-VERKEHR ZU BESTEUERN!

Kontakt: Wilfried Becker, Franzensbaderstr. 16, 8058 Erding.

„Ein Machtmittel hat der Bürger aber in der Hand: Wenn er als freier Bürger in einem freien Land zur Wahl geht, wird er an DIE Politiker denken, die ihn in seiner Not im Stich gelassen haben." Käthe Winkelmann, Altbürgermeisterin Erding

Bundschuh

Land- und forstwirtschaftliche
Produktionsgenossenschaft
6973 Schwabhausen (Franken)

DER KAMPF DER BUNDSCHUH–BAUERN GEGEN DIE DAIMLER–BENZ–TESTSTRECKE GEHT WEITER

Seit über drei Jahren versucht die Daimler-Benz AG im Raum Boxberg (bei Bad Mergentheim) eine riesige Teststrecke zu - bauen. Die verplante Fläche von über 700 ha umfaßt fruchtbarste Äcker bester Bodenqualität und herrliche Waldbestände. Wenn die Daimler-Benz-Pläne verwirklicht würden, wäre wieder ein großes Stück Natur dem unersättlichen Moloch Auto zum Opfer gefallen. Nach den bisher vorliegenden Plänen soll beispielsweise innerhalb des durch Zäune und Sichtblenden hermetisch von der Außenwelt abgetrennten Testareals der gesamte Wildbestand abgeschossen werden.
Doch das Projekt hat auch einen militärischen Hintergrund. Ein NATO-Tanklager liegt in nächster Nachbarschaft unscheinbar in einem Waldgelände. Hier sollen demnächst große Treibstoffreserven eingelagert werden. Der eindeutigste Hinweis auf die militärische Nutzung des geplantes Projekts ergibt sich aus seinen Dimensionen. So sollen zwei völlig horizontal verlaufende Pisten entstehen, jede fast 100 m breit und über 4 km lang. Das Ganze ist offenbar als NATO-Großflughafen für den Krisenfall gedacht Genaueres weiß man nicht, aber die Vermutung liegt sehr nahe.
Auch in diesem Fall war klammheimlich mit den Vorbereitungen begonnen worden, nachdem ein zunächst ins Auge gefaßter Standort in der Rheinebene am Widerstand der dortigen Bevölkerung gescheitert war. Zum Standort Boxberg hatten Bauernverband und Gemeinderat ihre Zustimmung schon lange gegeben, ehe die ersten Betroffenen davon erfahren haben.
Doch neben dem unbeugsamen Widerstandswillen der Vollerwerbsbauern stellen sich den seelenlosen Technokraten gegenwärtig noch unüberwindlich erscheinende rechtliche Hürden in den Weg.

Das Recht ist auf unserer Seite
Bisher haben sich die Gerichte zu dem Treiben der Daimler/ CDU-Gang noch nicht äußern müssen, doch jetzt ist unser Widerstand in die Phase der juristischen Aueinandersetzung getreten. Hoffen wir, daß nicht wieder, wie leider nur zu oft, Recht zu Unrecht wird und sich die Justiz als Klassenjustiz erweist.
Nun also zum Stand der juristischen Auseinandersetzung Ende 1980: Daimler-Benz will Bauernland. Normalerweise kann ein Industrieunternehmen kein Bauernland kaufen, da es allein der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten ist. Damit Daimler-Benz Eigentümer der Äcker werden kann, mußte zuvor Bauernland in Industriegelände "umgewidmet" werden. Dies geschah durch den Bebauungsplan, der am 21.Mai 1980 unter großem Protest der Bevölkerung von dem Boxberger Stadtrat beschlossen wurde. Dieser Bebauungsplan weist das von Daimler benötigte Areal nun als Industriegelände aus.

Die BUNDSCHUH-Genossenschaft will erreichen, daß dieser Bebauungsplan zurückgenommen wird und somit das Teststrecken-Projekt scheitert. Deshalb reichten die BUNDSCHUH-Bauern und viele weitere von der BUNDSCHUH-Genossenschaft unterstützte Betroffene im November 80 eine Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim ein. Unsere (nachfolgend skizzierten) Argumente müssen einen **objektiven** Richter zur Aufhebung des Bebauungsplan-Beschlusses veranlassen.

Erste Rechtsverletzung (und somit juristischer "Knackpunkt")
Im Bundesbaugesetz heißt es in § 8 Abs.2: "Bebauungspläne sind aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln". Ein Bebauungsplan setzt also einen Flächennutzungsplan voraus, in dem "für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen (ist)".(§ 5 Bundesbaugesetz).
Da es für die beiden betroffenen Gemeinden Boxberg und Assamstadt solche Flächennutzungsplälne nicht gibt, versuchte man zunächst fieberhaft, diese noch zu erstellen und verzichtete schließlich — entgegen der gesetzlichen Bestimmung — aus Zeitgründen darauf, wohl wissend, daß diese Rechtsverletzung von der oberen Behörde gedeckt würde. Dies geschah denn auch offiziell am 14.August 1980. Der Stuttgarter Regierungspräsident genehmigte den Daimler-Benz-Bebauungsplan "Sondergebiet Prüfgelände" unter Verzicht auf den vorgeschriebenen Flächennutzungsplan. Er stützte sich dabei auf eine Vorschrift, die erst im letzten Jahr durch Novellierung in das Bundesbaugesetz aufgenommen wurde, wonach aus "dringenden Gründen" auf den Flächennutzungsplan verzichtet werden könne.
SO EINFACH MACHT ES SICH DER GESETZGEBER IMMER WIEDER: WENN EIN GESETZ SEINEN INTERESSEN NICHT MEHR ENTSPRICHT,WIRD ES EINFACH NOVELLIERT UND DURCH WEIT INTERPRETIERBARE AUSNAHMEVORSCHRIFTEN WIEDER PASSEND GEMACHT...
Wir können zwar das Gesetz nicht ändern, aber wir werden vor Gericht massiv infrage stellen, ob hier die angeblich "dringenden Gründe" vorliegen!
Zweite Rechtsverletzung
Der Beschluß des Bebauungsplans muß vom Gemeinderat in **"öffentlicher** Sitzung" erfolgen.
Um diese Beschlußfassung möglichst harmonisch und ohne lästige Zwischenbemerkungen und Fragen der Betroffenen über die Bühne zu bringen, erhielt Einlaß zur beschlußfassenden Sitzung am 21.Mai nur, wer bei der Gesichtskontrolle durch den Ortsvorsteher nicht als Teststreckengegner identifiziert wurde. Dieses Verfahren gewährleistete ein Polizeiaufgebot von etwa 800 Mann, das zudem durch schikanöse Straßenkontrollen die BUNDSCHUH-Bauern am rechtzeitigen Eintreffen hinderte: Somit war die Öffentlichkeit nicht hinreichend hergestellt,der Beschluß kam also nicht rechtmäßig zustande und war von Anfang an rechtsunwirksam.

Auch die von der Daimler-Benz AG bereits vorgenommene Eigentumsübertragung der über die Landsiedlung gekauften Grundstücke im Grundbuch ist damit rechtsunwirksam und muß rückgängig gemacht werden.

Dritte Rechtsverletzung

Die Eigentrumsübertragung von Bauernland an den Industriekonzern Daimler-Benz ist aus zwei weiteren Gründen nichtig:

1) Die baden-württembergische Landsiedlung, deren eigentliche Aufgabe die Förderung der Landwirtschaft ist, schloß als Strohmann für die Daimler-Benz AG – die ja nicht selbst Bauernland kaufen darf – seit 1978 Vorverträge mit verkaufswillien Grundstückseigentümern ab. In diesen Vorverträgen wurde der Verkauf an die Bedingung geknüpft, "daß das Vorhaben der Käuferin (Anlegung und Inbetriebnahme dieser Meßstrecke im Bereich Boxberg nach Rechtskraft des entsprechenden Bebauungsplans und nach Vorliegen sämtlicher behördlicher Genehmigungen) verwirklicht werden kann." Zwar ist der Bebauungsplan durchgepeitscht worden, doch fehlen der Daimler-Benz AG noch zahlreiche behördliche Genehmigungen, so etwa die Baugenehmigung. Da also die Bedingungen nicht erfüllt sind, hätte der Verkauf nicht stattfinden dürfen.

2) Nach dem Grundstücksverkehrsgesetz bedarf der Kauf landwirtschaftlicher Nutzfläche der Genehmigung des Landwirtschaftsamtes. Kein Bauer kann einen Acker ohne diese Genehmigung kaufen. Anders der Automobilkonzern Daimler-Benz. Der darf – nach der irrigen Meinung des Leiters des Landwirtschaftsamts Bad Mergentheim – sich einige hundert Hektar Bauernland genehmigungsfrei unter den Nagel reißen. – Auch in diesem Fall haben die Gerichte das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Aus all diesen Gründen hat der BUNDSCHUH allen Verkäufern geraten , das von Daimler-Benz im November 80 ausgezahlte Geld gut anzulegen, damit sie es bei Scheitern des Projekts zurückzahlen können.

BUNDSCHUH ERHÄLT FRIEDENSPREIS!

Letzten Sonntag wurde dem BUNDSCHUH der Schalom-Preis verliehen. Dieser Preis wird gestiftet von der Berghof-Stiftung der Internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi und der evangelischen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und wird jährlich verliehen an Gruppen, die in besonderer Weise zur Konfliktlösung und Friedensförderung beitragen. Neben der BUNDSCHUH-Genossenschaft wurden noch die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland für ihre Aktion zum Boykott Afrikanischer Früchte ausgezeichnet sowie der Verband Deutscher Sinti.

Sofort nachdem bekannt wurde, daß der BUNDSCHUH einer der Preisträger sein wird, standen die Telefone bei den Preisverleihern nicht mehr still. Die Daimler-Benz AG versuchte all ihren Einfluß geltend zu machen, um diese Würdigung der Arbeit der BUNDSCHUH-Genossenschaft zu würdigen.

Doch die christlichen Preisverleiher ließen sich nicht einschüchtern; die Preisverleihung fand statt.

Der Seehof. Nach der Vorstellungen der Bundschuh-Genossenschaft soll dieser Hof zum Modell-Betrieb für biologischen Landbau werden.

Vierter juristischer Knackpunkt: das Flurbereinigungsverfahren

Im Gegensatz etwa zum Erdinger Moos, wo es dem Freistaat Bayern gelang, 99% der für den Flughafen München II benötigten Fläche den Bauern "freiwillig" abzuluchsen, widerstanden die BUNDSCHUH-Bauern solidarisch allen Versprechungen und Bestechungen der Daimler-Agenten, sodaß heute noch etwa ein Drittel des für die Teststrecke benötigten Geländes fest in BUNDSCHUH - Hand ist. Daimler - Benz kann das Eigentum hier also nicht auf vertraglichem, legalem Wege erlangen und geht deshalb nach dem Motto vor: Bist Du nicht willig, so brauch ich Gewalt.

Weil sich die Gewalt in unserem Rechtsstaat aber nur ausnahmsweise als solche entblößt, erscheint sie auch hier als strukturelle, verschleiert in Form der Flurbereinigung. Wieder versucht man, den Schein der gesetzlichen Legalität zu wahren, aber auch zu dieser weiteren Rechtsbeugung müssen erst noch die Gerichte Stellung beziehen. Mit Hilfe eines riesigen Flurbereinigungsverfahrens das 25 qkm Fläche umfassen soll, will man die nicht verkaufsbereiten Bauern aus dem von Daimler - Benz beanspruchten Areal hinauszwingen, indem man sie kurzerhand enteignet.

Als „Ersatz" für das ihnen zugunsten von Daimler weggenommene Land sollen sie mit schlechten Böden und Geld abgefunden werden. Da sie zudem für das bewirtschaftete Pachtland, das meist mehr als das eigene Land ausmacht, keinen Ersatz erhalten werden, würden die Ersatzflächen weit unter die existenznotwendige Größe schrumpfen. Die betroffenen Vollerwerbsbauern und ihre Familien würden zur Aufgabe ihrer bäuerlichen Existenz gezwungen, alle Bauern müßten unter sehr viel schlechteren Bedingungen versuchen, weiterzuarbeiten. Damit wird der eigentliche Sinn des Flurbereinigungsverfahrens pervertiert, der nach dem Gesetz darin besteht, durch die Zusammenlegung kleiner zerstückelter Äcker die Arbeitsbedingungen und Rentabilität der bäuerlichen Betriebe zu verbessern. Eine solche Flurbereinigung fand zudem bereits Ende der sechziger Jahre in den Boxberger Gemeinden statt und ist deshalb überflüssig.

Das jetzt angestrebte Verfahren stützt sich auf die „Sondervorschrift bei Enteignungen" § 87 f. Flurbereinigungsgesetz und § 144 f. Bundesbaugesetz, wonach der Verlust an land- und forstwirtschaftlichen Flächen für „städtebauliche Maßnahmen" durch eine Enteignungs - Flurbereinigung unter sehr Vielen verteilt werden kann. damit das „Opfer" für das „Gemeinwohl" nicht nur wenige trifft.

Diese haarsträubende Rechtsbeugung werden wir gerichtlich überprüfen lassen. Auch hier sind wir zuversichtlich, daß wir Recht erhalten und dieses Flurbereinigungsverfahren als rechtswidrig erklärt wird. Denn wie wollen Daimler-Benz und Flurbereinigungsbehörde das eine Enteignung allein rechtfertigende „Gemeinwohl" des umweltzerstörenden Betonmonsters nachweisen und dem Gericht einreden, es handele sich hierbei um eine „ städtebauliche Maßnahme" im Interesse der Region ?

Der BUNDSCHUH unterstützt und vertritt juristisch alle Betroffenen, die Widerspruch gegen dieses Flurbereinigungsverfahren einlegen. Anfang November waren beim BUNDSCHUH bereits 130 Widersprüche eingegangen, also noch, bevor die offizielle 14 - Tage - Widerspruchsfrist zu laufen begann. Da mit der Zurückweisung dieser Widersprüche zu rechnen ist, wird der BUNDSCHUH im nächsten Schritt die Klage für die Betroffenen gegen das Flurbereinigungsverfahren durchfechten.

Daß die betroffenen Bauern überhaupt in der Lage sind, ihr Recht auch mit juristischen Mitteln zu erkämpfen, verdanken sie der solidarischen Unterstützung vieler BUNDSCHUH-Genossen (inzw. über 1 300) in Stadt und Land, aus nah und fern. Dabei haben sich die Städter und anderen „Auswärtigen" darauf beschränkt, die Aktionen der Betroffenen zu unterstützen und durch Öffentlichkeitsarbeit weitere Genossen zu gewinnen. Das Verhältnis zwischen Städtern, die Schwabhausen oft besuchen, sich dort aber nicht niedergelassen haben, und den Bauern ist deshalb sehr gut und es kam bisher nicht zu Strategieauseinandersetzungen, die in anderen Konflikten oft sehr hinderlich für den Kampf um die gemeinsame Sache sind.

Der Widerstand, vor allem auch die juristische Auseinandersetzung, erfordern einen großen finaziellen Rückhalt, den die Bauern niemals alleine aufbringen könnten. Dennoch werden die vorhandenen Finanzmittel sicher nicht ausreichen, um die vermutlich langwierigen juristischen Verfahren und vor allem auch die geplanten alternativen Projekte der BUNDSCHUH - Bauern finanzieren zu können. Deshalb hier unser Apell an alle politisch bewußt und solidarisch denkenden Städter: Unterstützt den Widerstand der Bauern ! Werdet Mitglied im BUNDSCHUH und/oder spendet für den BUNDSCHUH - Rechtshilfefonds !!

Liebe Freunde, Ihr seid sicher mit uns einig, daß wir in unserem Kampf für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, für besseres und gesünderes Leben und gegen den Wachstumsfetischismus mit seinen negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur nur dann gewinnen können, wenn wir - zumindest teilweise - die Herrschenden mit ihren eigenen Waffen, also auch mit juristischen, zurückschlagen . Wir haben jedoch noch viele andere Waffen, mit denen wir viel verändern und auf lange Sicht - hoffentlich überall, nicht nur in diesem Fall gegen Daimler - Benz - siegen werden; und das sind unser Mut zum Begehen neuer Wege, unsere Phantasie, unsere Solidarität, unsere Hartnäckigkeit und unser Glaube an den Menschen und seine Entwicklungsfähigkeit.

Helft mit, daß dieses alternative Netz immer engmaschiger wird und eines Tages das Ungezeifer darin ersticken muß !!

Mitglied in der BUNDSCHUH - Genossenschaft kann werden, wer mindestens einen Geschäftsanteil von 100,- DM einzahlt auf unser Konto Nr. 114 bei der Volksbank Boxberg (Zweigstelle Schwabhausen), BLZ 673 622 10. Beitrittserklärungen erhaltet ihr von der:

BUNDSCHUH
Land- und forstwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft / 69 73 Schwabhausen / Franken

Wendet Euch auch an die örtlichen Kontaktadressen (siehe nachfolgende Liste).

Noch ein Wort zu uns, wir haben uns vor etwa einem Jahr zum BUNDSCHUH - Freundeskreis Frankfurt zusammengeschlossen und wollen durch unsere Aktivität zur Verbreiterung der Widerstandsbasis beitragen. Wir sind eine kleine Gruppe von Lehrern, Technikern, einer Hausfrau und einem Mitglied eines alternativen Betriebskollektives und würden uns freuen, wenn noch mehr interessierte Leute bei uns mitmachen wollen.

Zur Konkretisierung von Projekten, die die BUNDSCHUH-Bauern zum Aufbau einer genossenschaftlich organisierten alternativen Produktion in Schwabhausen planen, veranstaltet die BUNDSCHUH-Genossenschaft einen

ÖKO – KONGRESS.

Er findet vom 28. - 30. November im Gemeindehaus in Schwabhausen statt.

Zum einen soll hierbei die Arbeit einer Gruppe, die sich auf dem Essener Alternativen Produktionskongress der GRÜNEN im September zum Thema Ökoregion/Ökodorf/-stadt gebildet hatte am konkreten Beispiel eines real existierenden Dorfes fortgesetzt werden. Andererseits wollen wir auch neue Interessenten mit Erfahrungen und Kenntnissen auf diesem Gebiet einladen, ihre Ideen dazu einzubringen.

Es soll insbesondere um die Entwicklung folgender Projekte gehen:

1. Aufbau eines Lagerhauses zur Lagerung und Aufbereitung biologisch-dynamischer BUND–SCHUH-Erzeugnisse.
2. Übernahme einer Bäckerei in Schwabhausen zur Herstelllung biologischer Backwaren.
3. Erstellung einer Biogas-Anlage zur Versorgung der beiden Aussiedlerhöfe Hahn und Hofmann mit Wärme, Strom und Treibstoff.
4. Entwicklung eines alternativen Konzepts zur kürzlich vom Gemeinderat beschlossenen Sanierung des Dorfkerns von Schwabhausen.
5. Planung einer alternativen Grundschule in Schwabhausen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb müssen verbindliche Anmeldungen bis spätestens 25. November in Schwabhausen eingegangen sein. Bitte schickt gleich Euren Kostenbeitrag in Höhe von DM 30,- (Verrechnungsscheck) für Vollverpflegung mit. Die Übernachtung im Gemeindehaus ist kostenlos; bitte Schlafsäcke und Luftmatratzen mitbringen.
Anreise am Freitag bis 18.30 Uhr, Abendessen, Kongreßbeginn 20 Uhr.

Die Bundschuh-Freundeskreise

Ort	Kontakt
1000 Berlin 41	Ferdinand Dupuis, Stefanstr. 34 (030/7964119)
2000 Hamburg 20	Heidi Burmeister, Geschw.-Scholl-Str. 11 (040/4807702)
2071 Tremsbüttel	Carl Backhaus, Im Winkel 5 (04531/81348)
2850 Bremerhaven	Helke u. Reinhard Kohle, Bürgermeister-Smith-Str. 176 (0471/412510)
2970 Emden	Johanna Blesch, Strohstr. 5 (04921/25455)
3500 Kassel	Irene Cuntz, Landgraf-Karl-Str. 8 (0561/36292)
3510 Hann.-Münden 2	Christoph Bethge, Am Gansacker 88 (05545/1281)
4600 Dortmund 1	Heide Blume, Chemnitzer Str. 79 (0231/124287)
4670 Lünen-Brambauer	Wolfram-Alexander Adam, Diebecker Weg 45 (0231/870701)
4800 Bielefeld 1	Wolfgang Emer, Lemgoer Str. 9 (0521/67420)
5600 Wuppertal 2	Helmuth Peters (Tag 0202/643033), Germanenstr. 12 (Abend 0202/550415)
6000 Frankfurt 1	Ursula Hergt, Rotlintstr. 53 (0611/494801)
6120 Michelstadt	Peter-Jochen Bosse, Neuthorstr. 15 (06061/4079)
6200 Wiesbaden	Gerhard Dobra (priv. 06121/303328), Adelheidstr. 64 (dstl. 06121/31-3488)
6251 Oberneisen	Dr. Walter Wirth, Bahnhofstr. 7 a (06430/857)
6434 Niederaula	Karl-Werner Brauer, Kirchweg 4 (06625/322)
6900 Heidelberg	Ulrich Cuntz, Werderplatz 5 (06221/40952)
6905 Schriesheim	Dolly u. Reimund Schambeck, Panoramastr. 17 (06203/65780)
6925 Eschelbronn	Margit u. Matthias Langer, Lerchenweg 5 (06226/4381)
6969 Hardheim	Margot Steinmetz, Erfelder Str. 5 (09340/532)
6972 Tauberbischofsheim	Barbara u. Martin Weichert, Wellenbergstr. 6 (09341/2671)
6973 Schwabhausen	Sieglinde u. Walter Rukaber, Junkerholzweg 25 (07930/6701)
6987 Külsheim	Horst u. Ingrid Oellers, Schloßblick 23 (09345/349)
6991 Bad Mergentheim	Dr. Erhard Jöst, Stresemannweg 9 (07931/41118)
7000 Stuttgart 1	Ulf Michael Baumgärtner u. a., Staffelstr. 1 (0711/437700)
7022 Leinfelden-Echterdingen 2	Winfried Kretschmann (MdL), Hirschstr. 44 (0711/794502)
7065 Winterbach	Hans-Joachim Aderhold, Steinbronner Feld 8 (07181/73583)
7100 Heilbronn	Dietmar Brettschneider, Mozartstr. 2 (07131/68529)
7101 Hardthausen	Walter Kress, Haaghof (07139/434)
7118 Künzelsau	Dr. Christian von Wistinghausen, Brunnenhaus Mäusdorf (07940/2230)
7140 Ludwigsburg 10	Peter Gäng, Tammer Str. 25 (07141/36623)
7171 Winterrain	Frieder Otterbach (07949/361)
7173 Mainhardt	Reinhart Luipold, Rottalstr. 76 (07903/524)
7185 Heroldhausen	Clemens Kuby (07954/718)
7400 Tübingen	Alexander Goeft (c/o Keramikladen), Schwärzlocher Str. 83 (07071/5253)
7406 Mössingen	Ulla Wolff, Pappelstr. 4 (07473/3596)
7500 Karlsruhe 1	Hans Haller u. a., Lenzstr. 9 (0721/816860)
7530 Pforzheim	Gunde Metzger–Pegau, Nuitsstr. 33 (07231/21633)
7800 Freiburg	Siegfried de Witt, Kaiser-Josef-Str. 247 (0761/24344)
7804 Glottertal	Konstantin Meßmer, Landstr. 20 a (07684/1253)
7910 Neu–Ulm	Dr. Ing. Peter Szameitat, Augsburger Str. 45 (0731/78232)
7941 Dürnau	Rolf Mahr, Kanzacher Str. 98 (07582/8196)
8000 München 5	Heidewig Fankhänel–Moller, Am Einlaß 4 (089/266958)
8500 Nürnberg	Wolfgang Mederer, Gartenstr. 2 (0911/262535)
8520 Erlangen	Peter Pluschke, Schlehenstr. 16 (09131/41466)
8700 Würzburg	Ursula Koch u. Wolfgang Kolenda, Textorstr. 12 (0931/59348)
8762 Amorbach	Albrecht Fiebig u. Helga Obermayer, Marktplatz 5 (09373/8956)
8766 Großheubach	Wolfram Lambrecht, Kanalstr. 8
8803 Rothenburg o.T.	Hans-Jörg Meyer, Roßmühlgasse 5 (09861/3466)
8991 Achberg	Wilfried Heidt, Humboldt-Haus (08380/335)

BLACK HILLS

WENN DER MOND DIE MUTTER ERDE KÜSST...

Der Kampf zur Verteidigung der Black Hills zeigt zur Zeit wohl am charakteristischsten die Auseinandersetzung, die die nordamerikanischen Indianer um ihr Überleben führen müssen. Der ID berichtete darüber bereits in der Nr.346.
Wegen der zentralen Bedeutung dieses Konflikts bringen wir trotz einiger Überschneidungen noch einmal einen Bericht über das Sommertreffen in den Black Hills, den uns die deutsche Unterstützungsgruppe des AIM (American Indian Movement) zusandte.

Hamburger in den Black Hills

Das größte internationale Umwelt-Treffen dieses Jahres fand auf indianischem Boden statt. Die Black Hills, seit über 100 Jahren umstrittenes und umkämpftes Heiligtum der Lakota (Sioux), haben in diesem Sommer bereits Schlagzeilen gemacht, als die USA ihre 100 Millionen Dollar-Entschädigung durch die Weltpresse posaunten.
Wenn man allerdings die Hintergründe dieser scheinbaren 'Wiedergutmachung' kennt, wird auch verständlich, warum dies der Ort für das 'Black Hills Survival Gathering' war.(Survival = Überleben).

Für europäische Teilnehmer bot ein belgisches Reisebüro verbilligte Gruppenflüge an.
Als wir in Rapid City, Süd-Dakota, landeten, begrüßten uns allerdings nicht die überragenden Präsidentenköpfe des Mount Rushmore.Anstatt der schwarzbewaldeten Hügel dehnte sich eine endlose Steppe vor uns. In glühender Mittagshitze stöhnten wir drei Hamburger nicht weniger als die Italiener, Franzosen, Schweizer, Holländer, Schweden und Schotten, die der Einladung der Black Hills Alliance gefolgt waren. In der BHA fanden sich Anfang 1979 traditionelle Indianer, weiße Viehzüchter und Farmer und Atomkraft-Gegner zusammen, um den Plänen der US-Regierung und den Multis Widerstand zu leisten.
Das US-Energieministerium hat die Black Hills zum "nationalen Opfergebiet" erklärt, um mit dem Uran-Reichtum der Scharzen Berge den Energie-Bedarf der verschwenderischsten Nation der Welt zu decken. Dazu sollte man vielleicht noch wissen, daß 90% der amerikanischen Uran-Reserven auf indianischem Gebiet liegen — 50% davon werden bereits abgebaut.
Zu den Füßen der Black Hills hatte die BHA ein Camp für ca. 5 000 Teilnehmer organisiert. um mit Informations- und Aktionsständen, Seminaren und Workshops Modelle für das Überleben in den 80er Jahren zu demonstrieren und zu entwickeln. Während der 10 Tage dieses Meetings von Experten, Betroffenen,Interessierten und Engagierten gab es von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends ein umfangreiches Programmangebot zum Lernen und Selbermachen in alternativer Technologie, Selbstversorgung, organischem Anbau , natürlichen Heilverfahren. ...Schwerpunkte waren Selbstversorgung und Energie...
Mein größtes Interesse galt den Bereichen "Uranabbau und seine Folgen" und "Lebenssituation der ursprünglichen Bevölkerung Amerikas". Beides ist heute nicht mehr getrennt zu betrachten, weil sich 90 % des begehrten Uran auf Reservatsland befindet.
Was das für indianische Nationen bedeutet, wurde vor allem durch die Erfahrung und die Berichte der Lakota von Pine Ridge (Süd Dakota) und der Navajo(Arizona) dargestellt. Während die Navajo bereits seit 30 Jahren mit den Folgen des Uranabbaus, auf ihrem Land leben müssen, steht den Lakota eine Invasion von 27 Multis bevor, die ab 1982 mit einem massiven Uranabbau beginnen wollen.

Am 1.Juli 1980 hatte der Oberste Gerichtshof der USA diese Entschädigung von 100 Millionen inflationären US-Dollars festgelegt — das sind 0,6 Pfg. pro qm Land — unter diesem Land liegt Uran für Milliarden. Im Lichte des Vertrages von Laramie (1868), der den Lakota die Black Hills zusprach "solange die Flüsse fliessen" ist diese Abfindung legalisierter Landraub. ..Der Verkauf des eigenen Landes ist der bestgehaßte Gedanke für jeden Indianer — nicht nur angesichts der Lachhaftigkeit der Papier-Dollars, der Verkauf ihrer heiligen Berge ist auch aus religiösen Gründen unmöglich.

"Die Black Hills sind unsere Kirche
der Ort, an dem wir beten.
Sie sind unsere Begräbnisstätte —
die Gebeine unserer Vorväter liegen
in diesen Hügeln begraben.
Wie könnt ihr von uns erwarten,
daß wir unsere Kirche und unseren
Friedhof für ein paar Papierdollar
der Weißen verkaufen?"

Fank Fools Crow, Lakota-Häuptling

John Lanah, Hopi-Ältester (Foto Claus Biegert)

Nicht nur aus religiösen Gründen ist der Verkauf der Black Hills unmöglich – angesichts des Uranabbaus und seiner Folgen ist er totbringend. Das sagte John Trudell, Vorsitzender des Lakota Treaty Concil(eines indianischen Vertragsrates). Trudells Rede war hart, unnachgiebig und provozierend – sie wirkte abschreckend auf mich, bis ich erfuhr, daß seine Familie 1979 vom FBI ermordet worden ist. Als Führer des American Indian Movement ist auch sein Leben ständig bedroht. AIM wird in den USA vielfach als 'militant' diskriminiert und seine Führer werden verfolgt, mit Prozessen schiakaniert und in Gefängnissen mundtot gemacht...
Diese Politik der US-Regierung, die indianische Bewegung mit Behörden-Schikanen und FBI-Terror zu schwächen, hat jedoch das Gegenteil bewirkt. Der Widerstand ist gewachsen und das Bemühen um die Unabhängigkeit der Indianer ebenfalls. Da 45% von ihnen durch alle denkbaren Formen der Diskriminierung zu arbeitslosen Wohlfahrtsempfängern verurteilt sind, befinden viele von ihnen sich in einem Teufelskreis von Resignation, Alkoholismus und Gefängnis ...

Die sich aus der Bewgung immer wieder neu bildenden Organisationen suchen nach neuen Wegen, indianisches Überleben zu verteidigen. Der Zusammenschluß mit weißen Umwelt- und Anti-Atom-Gruppen ist ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung.Denn beim Uran, seinem Abbau und der Lagerung beginnt eine lebensbedrohende Kette, deren Betroffenen nicht nur Indianer sein werden.

Was wir von Indianern über natürliche Lebensweise , Umweltbeziehung, Verantwortung gegenüber dem Leben (allem Lebendigem) und Achtung untereinander lernen können, erlebte ich durch die Vertreter der "Heart of the Earth Survival School". Diese Schule, eines von bisher erst wenigen Modellen, die sich die Indianer ebenfalls hart erkämpfen mußten (die wenigsten erhalten staatliche finanzielle Unterstützung) will das 'Überleben der Indianer' unterstützen. Hier dürfen indianische Kinder ihre eigene Sprache sprechen, hier lernen sie ihre eigene Kultur und Geschichte kennen. Gleichzeitig sind es jedoch vielbeachtete Modelle alternativer Erziehung. Clyde Bellecourt, Direktor der Schule und Mitbegründer der AIM, stand ganz im Gegensatz zu den polemisch redenden Indianerführern wie Russel Means und John Trudell. Ruhig, aber mit warmen Engagement erzählte er von den ganz anderen Wegen, Unterricht auf indianische Art zu gestalten: über' 'Natur'(Botanik, Biologie) wird in Form von Camps, die im Freien stattfinden, unterrichtet, 'soziales Verhalten' wird anhand von Projektarbeit z.B. in Gefängnissen gelehrt und das Zusammenleben in der Gemeinschaft zwischen Lehrern und Schülern wird ohne hierarchische Schranken praktiziert.(Wie die das machen? -d.Setzer).'Natürlich' im indianischen Sinn heißt vor allem, Respekt auf Gegenseitigkeit – nicht 'von oben nach unten'.

Am stärksten beeindruckte mich die menschliche Ausstrahlung der Navajo, die mit einigen ihrer 'Ältesten' die beschwerliche Reise von Arizona nach Süd-Dakota zurückgelegt hatten.
Annie Homes, eine traditionelle Navajo, die ich schon durch eine Veranstaltung in Hamburg kannte, war mit ihrem Clan, einschließlich ihrer Mutter, Kindern, Neffen und alten Frauen gekommen. Ob bei der Rede eines einzelnen Mitglieds oder einem Workshop, den sie gemeinsam bestritten – sie traten stehts als Clan auf und machten so für alle deutlich, was Gemeinschaft im indianischen Leben beinhaltet. Auch wenn nur einer von ihnen Sprecher war – bei den Navajo typischerweise überwiegend Frauen – war die ganze Gruppe präsent und in den anschließenden Gesprächen konnte man sich gleichermaßen an jeden wenden – das jeweilige Problem oder Thema wurde von der ganzen Gruppe getragen.

Was die Black Hills für die Lakota, ist der Mount Taylor für die Navajo – ein heiliger Berg, der dem Energiehunger der westlichen Industrienationen geopfert wird.
Das Land der Navajo – das größte Reservat in den USA, dessen berühmtes Monument Valles manchem Hollywood Western als Kulisse für die Kämpfe der tapferen Pioniere gegen die blutrünstigen "Wilden" gedient hat, ist heute von 36 Uranminen und -mühlen verwüstet und riesige Tailings (abgetrange Berge, aus denen das Uran bereits herausgebrochen wurde) haben das Land verseucht. Da auch der Mount Taylor reich an Kohle und Uran ist, hat die US–Regierung durch ein Zwangsumsiedlungs-Programm 6 000 traditionelle Navajo-Familien dazu verurteilt, den Multis das Feld zu räumen. Gipfel des Zynismus: wenn das Land nach dem Abbau hoffnungslos verseucht ist und ohne Wasser und bar jeden Lebens ist, dürfen sie zurückkehren. Der Clan von Annie Homes gehört zu den Betroffenen.

Weitere Informationen:
Informationszentrale für nordamerikanische Indianer, Richard S. Kelly, Martin Buber Str.1, 1 000 Berlin 37

red wind, sommer 1980

We walk, we talk.
We talk of the people
who are strong,
who are brave.
We are the caretakers
of the land.
We are the makers
of the new ones.
We, who teach them
the old ways of life,
make them strong in their thoughts.
They are brave
to struggle to keep
the old ways.

They, too, will be
the caretakers of the land.
This is why we are
united in our minds...
to become one mind.

Lala

Nachmittags um halb vier kochen wir drei Kilo Spaghetti putschwer zu kapieren. Die Frauen, mit denen wir zusammen sind, sind keineswegs liebe, sanfte, ausgebeutete Wesen, die nicht für ihre Rechte kämpfen können. Es sind Frauen wie Lala, zweiundzwanzig, alleinstehend, Mutter von drei Kindern, die sagen:
"Das Leben hier ist ein in sich geschlossener Kreislauf. Die Frauen kochen für die Männer , und die Männer essen, damit sie kräftig werden, um Holz zu hacken, mit dem die Frauen kochen und bei kaltem Wetter das Haus heizen können. Jeder hat seine Verantwortung, und wir alle hängen voneinander ab, um zu überleben."

Für uns war es schon eine neue Erfahrung, zu sehen, mit welchem Respekt die Frauen von den Männern behandelt wurden, OBWOHL sie nichts anderes taten als unsere Mütter auch. In Red Wind sind die Frauen die wichtigere Hälfte des Lebens, weil ihre Weiblichkeit sich dem Zyklus der Natur stärker verbunden weiß. Ihre Gebärfähigkeit sichert das Überleben. Wenn eine Frau in Red Wind ihre Periode hat, sagt sie: "I am on my moon." Sie darf keine Lebensmittel anfassen. Sie ist von allen Gemeinschaftsarbeiten freigestellt. Sie darf nicht an den rituellen Zeremonien teilnehmen. In dieser Zeit, so sagen die Indianerinnen, hat eine Frau die Fähigkeit, alle Kräfte auf sich zu versammeln, die sie damit allem anderen entzieht.

Die Idee von Red Wind lautet: durch das Zurückkehren zu den alten traditionellen Lebensformen der Indianer das Überleben in einer todgeweihten kapitalistischen Industriegesellschaft auszuprobieren, oder besser: neben ihr. In Red Wind haben sich verschiedene Stämme zusammengefunden, was umso bemerkenswerter ist, da sich selbst bis in die Reservate hinein alte Stammesfehden aus längst verlorener Zeit durchsetzen konnten. Die Spiritualität eint als energiespendendes Moment die zusammengekommene Gemeinschaft. Zur Zeit leben neun Frauen, acht Männer und vierzehn Kinder hier. Es sind Chumash, Azteken, Navajos, Sioux und Pima. Ausserdem wohnen einige Weiße im Dorf, vier junge Frauen, die indianische Männer geheiratet haben, und Toby Buffalo, ein amerikanischer Jude, früher einmal Manager, heute Lehrer in der Red Wind Indian School und verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit.
Red Wind wurde von Semu Huaute gegründet. Er ist mittlerweile siebzig und war einmal so schön, daß er sich in Hollywoods Westernproduktionen von tapferen weißen Cowboys abknallen lassen durfte. Diese Erfahrung, so wird uns erzählt, hat ihn gründlich geprägt. Daß die Weißen noch irgendetwas mit Versöhnung, Wiedergutmachung und Verständnis im Sinne haben könnten, ist für ihn pure Illusion.
Semu Huaute, ausgebildet in einer franziskanischen Missionsschule , ist heute Medizinmann. Mit einige Freunden gründete er 1972 die Red Wind Foundation und kaufte 1973 ein Stück Land, ehemals altes Siedlungsgebiet der Chumash-Indianer (ein Indianer, der Land kauft — was für ein Gedanke! - der Setzer). Geld für den Erwerb konnte durch Spenden aufgebracht werden. Red Wind war als kulturelles Zentrum gedacht und sollte alle, die auf seiner Erde leben, ernähren.

"Self-Sufficiency meint: eine Gruppe von Leuten lebt auf sich selbst gestellt und auf sich selbst vertrauend. Sie lebt nach natürlichen Leitlinien, die das Überleben garantieren. Um dies zu erreichen, müssen wir in Harmonie zusammen-

und fühlte sich offensichtlich wohl. Das Deld für die Überlebensmittel stammt nicht vom Erlös eigener handwerklicher Produktionen, sondern von der Sozialhilfe.

★

tanesca, putzen Salat und spülen Teller. Das Wasser ist knapp, das Spülmittel schädlich für die Mutter Erde; deswegen schwimmt kaum Schaum auf der lauwarmen Spülbrühe. Draussen in der flirrenden Sonne haschen ein paar Kinder , und Tobet, der kleine Krieger, spielt mit einem Plastikauto. In ferner Zukunft, so ein alter Chumash Glaube, soll er uns eigentlich alle einmal erlösen. An seinen Namen knüpft sich eine Heilsvorstellung. Doch Tobets people haben sich entschlossen, nicht zu warten, und haben sich ihr Zukunftsreich schon jetzt errichtet.
Es heißt Red Wind und liegt bei Santa Margarita in San Luis Obispo County.

Vor zwei Tagen sind wir nach einer nächtlichen Irrfahrt hier angelangt. Wir kamen uns damals vor wie im besten Hollywood-Western: heulende Coyoten, Staubpisten, ausgetrocknete Flußbetten, keinerlei Wegweiser. Dann trafen wir auf Matt Anderson, Farmer, den Red Winds solidarisch verbunden. Er wies uns den Weg.
Der Eingang zu Red Wind besteht aus einem Gatter. Das Licht unserer Scheinwerfer erfaßt ein Symbol: das Zeichen mit der Aufschrift 'No drugs, no guns, no alcohol'. Links vor uns hält ein Geländewagen. Drei Indianer mustern uns. Wir erklären unsere Absicht , sie lassen uns ein.
Weil wir Frauen sind, stehen wir in der Küche, wie alle Red Wind Frauen. Am zweiten Tag beginnen wir zu zweifeln. Die jahrelange Selbstbehauptung regt sich: schließlich sind wir nicht zum Kochen hergekommen, sondern weil wir was von Red Wind miterleben wollen.
Kochen, bedienen, den Dreck wegmachen, das haben uns unsere Mütter vorgelebt. Und uns auf diese Weise mitgeteilt, daß diese Liebesarbeiten weder belohnt noch gedankt werden. Daß Kochen, Bedienen, den Dreck Wegmachen nun plötzlich eine ehrenvolle Aufgabe sein soll, ist für uns nur

Die Frauen — und zwar alle — verkörpern die höchste Autorität im Dorf. Sie bilden den "Womens' Council", der dem "Common council" übergeordnet ist. Doch auch die respektvollste Behandlung schützt vorm Verlassenwerden nicht. Susan und Sumasil, die eine amerikanische Lehrerin, die andere französische Journalistin, sind von ihren indianischen Männern verlassen worden.
Die Männer befinden sich auf Wanderschaft. Sie halten sich in befreundeten Dörfern auf und werden wohl nicht zurückkehren. Susan und Sumasil können nicht auf Wanderschaft gehen. Susan hat zwei kleine Jungen und ein Haus. Wenn ein Mann eine Frau verläßt (oder umgekehrt), ist es immer der Mann, der das Haus verlassen muß. Lala sagte einmal, daß sie gerne mehr von anderen Städten sehen würde, wenn die Kinder nicht wären. Die Lebensgemeinschaft im Dorf garantiert den verlassenen Frauen Achtung, Solidarität und Kontinuität in ihren Beziehungen.
Red Wind: keine Idylle mit fellverhangenen Zelten und netten Holzhütten, sondern eine Ansammlung von Wellblech und Pappen, Kistenholz, an denen noch Adressat und Absender auszumachen ist. Innen sind die Häuser ausgeschmückt mit bunten Decken und Perlenarbeiten. Aus rohem Abfallholz wurden Kücheneinbauschränke und Tische gezimmert.
Fast vor jeder Behausung befindet sich ein Straßenkreuzer, heruntergekommen zwar, aber ein Zeuge der bürgernahen Vergangenheit der meisten Indianer hier. Ein paar Häuser sind richtig mit dicken Steinen gemauert, es handelt sich dann meistens um Gebäude mit ritueller Bedeutung wie das roundhouse, in dem Versammlungen stattfinden, oder das Medizinhaus, das mit bunten Wandmalereien ausgeschmückt ist. Wenn es abends dunkel wird, gehen in den Häusern die Kerosinlampen an, Elektrizität gibt es in Red Wind nicht. Solarenergie wärmt die Duschen, Kühlschränke und Herde werden mit Propangas betrieben.

Um dies zu erreichen, müssen wir in Harmonie zusammenleben und auf die Gebote der Mutter Erde hören. Wir leben in einer Zeit, in der die Self-Sufficiency der gesamten Welt ihren Bezug zur Natur weitgehend verloren hat, weil sie von den herrschenden Kulturen kontrolliert wird. Viele sind nicht mit den technologischen Vorgängen vertraut und können auch nicht ihre Lebensweise mit der Natur in Einklang bringen. Die Geschenke der Natur sind für die herrschenden Kulturen nur dann wichtig, wenn sie als Bodenschätze ausbeutbar sind. Viele Indianer erkennen, daß wir nicht die natürliche Balance der Erde mißachten und gleichzeitig überleben können."

Das Ideal der self-sufficiency läßt sich auf dem kargen Boden kaum verwirklichen. Ein regenloser Winter vernichtete den mühsam angelegten Obstgarten. Ein Jahr später ernährten sich die Red Wind People fast ausschließlich von Kürbis,weil er als einziges wuchs und gedieh. Toby sagt dazu: „Die Erde gab uns Kürbis, also aßen wir Kürbis."

Die Red Wind People bauten einen Brunnen. Das Wasser wird mit einem Dieselgenerator in einen Speicher hochgepumpt. Von dem, was die Indianer der Erde abgerungen haben, können sie nicht leben. Auch nicht von den paar Kücken, den Schafen und Ziegen und den Enten am extra angelegten „pool". Der Gang zum Supermarkt bleibt ihnen nicht erspart. Zweimal wöchentlich müssen sie die 40 Meilen nach Santa Margarita fahren und sich dort mit Viehfutter und allen Grundnahrungsmitteln eindecken. Der Einkauf ist nicht nur strenge Pflichtübung. Eddie zum Beispiel fuhr ganz gerne mit, um uns den Weg zu zeigen. Zwischendurch mußten wir anhalten, damit er am Medizinbaum (Fotografieren verboten!) zu den Winden und den Vögeln sprechen konnte. Später im Supermarkt mußten wir auf seine Hilfe verzichten. Während wir uns durch die endlos aufgestapelten Versuchungen quälten, stolzierte Eddie mit seinem roten Stirnband zwischen Cornflakes und rice cripsies, zwischen Schuhcrmene und Heftplastern

„So kann ein Indianer wählen, seine Identität zu verlieren, indem er im Strom der herrschenden Kultur verschluckt wird und den Status einer ethnischen Minderheit zugeschrieben bekommt, oder er kann helfen, eine selbstverwaltete Gemeinschaft wie Red Wind zu entwickeln und zu leben."

Zum Beispiel Tom. Er ist zur Zeit auf Frauensuche, um sich in Red Wind endgültig niederzulassen. Er lebt seit kurzem in Red Wind und arbeitet als Automechaniker bei einer Tankstelle in Santa Margarita, die ihn gelegentlich mit Arbeit versorgt. Sein größter Traum: in einem selbstgebauten Boot die Erde zu umsegeln. Ein paar Mosaiksteine aus seinem Leben: Er lebte als GI in Frankfurt, kam später irgendwie nach Spanien und war dort in Rauschgiftgeschäfte verwickelt. Seine kriminelle Karriere zerstörte die Beziehung zu seiner Frau; seinen Sohn hat er schon einige Jahre nicht mehr gesehen. Andere haben uns erzählt, daß Tom auch in den Vereinigten Staaten im Knast saß. Red Wind ist sein neuer Lebensversuch.

Oder Bertha. Sie zog ein, als wir Red Wind verließen. Sie ist ungefähr fünfzig und lebt im Moment in Scheidung. Ihr Mann ist Weißer und hat nie so richtig kapiert, warum sie sich den Indianern in Red Wind so verbunden fühlte. Sie sagt: „Er hat nie den indianischen Teil in mir verstanden." Mit ihr werden ein Pferd und ein schicker Mittelklassekreuzer in Red Wind einziehen.Sie will sich hauptsächlich um die Organisation der Red Wind Schule kümmern.

Und Lala. Tochter von Crow Bear und Schwester von Eddie. Ihr indianischer Mann hat sich von ihr getrennt und lebt nun in einem anderen Dorf, das sich nach den gleichen Maßstäben wie Red Wind organisiert. Sie war von Anfang an dabei und hat Red Wind nur für eine Ausbildung an einem College in Los Angeles verlassen. Ihre Energie reicht fürs nächtelange Perlenflechten, fürs Salbeibinden, für ihre Gebete und Gedichte, für ihre Kinder und ihr ausgelassenes Tanzen. Sie

Red Win: Kfz-Werkstatt

ist eine der heftigsten Verfechterinnen der Red Wind Idee. Uns hat das ein wenig gewundert. Die ganz jungen Leute in Red Wind fühlen sich nämlich nicht immer so pudelwohl. Ohne die Segnungen des „american way of living".

★

Die Kinder sind in Red Wind immer dabei und immer unter sich. Lala nimmt ihr Kleinstes (höchstens vier Monate) mit aufs Fest und legt es neben die Trommler. Dort pennt es dann selig ein. Bei der Sonnenuntergangs-Zeremonie führen die Kinder den abschließenden Tanz an. Ein weiteres Merkmal: die Kinder sind immer außer Haus und meistens zusammen. Das macht sie vermutlich, obwohl die Eltern nicht unbedingt sanft mit ihnen umgehen, so unglaublich gelassen und ausgeglichen.

Wie in der Red Wind Schule gearbeitet wird, haben wir nicht miterlebt. Sie versteht sich so: *„Eine Grundvoraussetzung des Programms ist, daß jeder Bewohner von Red Wind Lehrer werden kann und wertvolle Fähigkeiten und Wissen den Schülern weitergeben kann. Ein anderer grundlegender Gedanke ist der der Nicht-Konkurrenz. Schüler konkurrieren nur gegen sich selbst, niemals gegen den anderen. –*

Das Lehren der überlieferten Indianer-Traditionen ist Hauptanliegen der Erziehung. Im Lehrplan sind auch Sozialwissenschafte, Mathematik, Sport, Kunst und Naturwissenschaften enthalten."

★

Abends, kurz bevor die Sonne untergeht, treffen sich die Red Wind People auf ihrem Versammlungsplatz. Von links wird barfuß ein Rund betreten, in der Mitte leuchtet ein Holzfeuer, glühende Salbeibündel werden verteilt. Wir räuchern uns folgendermaßen ein: erst Füße und Beine umkreisen, dann Bauch und Brust, schließlich die Arme, zum Abschluß halten wir uns die duftenden Büschel unter die Nase, nach rechts weitergeben. Danach bekommen die Frauen ein wenig gemahlenen Mais, die Männer eine Prise Tabak. Diese Gaben werden über dem Feuer geopfert, eine nach der anderen.

Wer ein Gebet sprechen will, kann es der untergehenden Sonne widmen. Trommeln werden unter den Männern verteilt, wir tanzen nach einem bestimmten, äußerst komplizierten Rhythmus in einer äußerst komplizierten Schrittfolge, deren Nichtgelingen uns schier zur Verzweiflung treibt, schließlich hat sich Ana-I einen Abend mit unseren ungelenken Gliedern abgeplagt. In dem Augenblick, in dem die Sonne hinter den Bergen verschwindet, drehen wir uns alle zu ihr hin, sehen ihr nach und singen sie an, danken für die Energie und den Tag, den sie uns gegeben hat. Wie fühlen wir uns in diesem Moment, zwei Stadtfrauen, deren Verhältnis zur Natur sich hauptsächlich über die Anzahl der sommerlichen Grüneburgpark-Besuche (Stadtpark in Frankfurt, d. Red.) bestimmt? Klar war, daß wir beide heulend dastanden und der Sonne ebenfalls dankten.

★

Im Moment sieht es um den Fortbestand Red Winds nicht gut aus. Die Lomax-Company hat bei unerlaubten Probebohrungen auf dem Chamash-Gelände festgestellt, daß dort eventuell Uranium zu holen wäre. Nun gibt es ein vollkommen antikes Gesetz auf dem Jahre 1872, welches besagt, daß jedes Fitzelchen Land, welches Bodenschätze in sich bergen könnte, dem Staatenbund zur Verfügung gestellt werden muß. Die Indianer werden für den Verlust abgefunden, selbstverständlich.

Die Red Winds kommen sich jetzt vor wie im letzten Jahrhundert. Die Praxis ist schließlich nicht neu. Früher wurden Verträge gebrochen, wenn sie überhaupt je erfüllt wurden, heute haben sich Toby und Bertha damit abzuplagen, daß die wichtigsten termingebundenen Unterlagen mit hundertprozentiger Garantie ein paar Tage zu spät eintrudeln. Die Red Wind Leute haben im Kampf um ihr Land, der übrigens öffentlich geführt wird, sämtliche Nachbarfarmer hinter sich, die ebenfalls um ihre Existenz fürchten. Sie ziehen herum und sprechen auf Informationsveranstaltungen, schreiben Briefe und bombardieren die Presse. Ein Prozeß ist unausweichlich.

Red Win: beim Gerben von Schafsfell

Der Prozeß und die Informationsreisen werden eine Menge Geld verschlingen. Wer die Red Wind Leute unterstützen will, kann auf das ID-Postscheckkonto 525228-602, Postscheckamt Frankfurt, Stichwort „Red Wind", eine Spende überweisen.

Susanne Asal
Gabi Ostermaier

INDIANISCHER HUMOR

Cheyenne auf dem Mars:

Während der Vorbereitungen für einen der Weltraumflüge zum Mars hatten Geologen der NASA auf der Cheyenne-Reservation in Montana verschiedene Tests durchzuführen. Ein älterer Cheyenne fragte, ob es denn Cheyennen auf dem Mars gäbe. Die Frage wurde lächelnd verneint, doch betont, daß man nach Lebewesen auf diesem Planeten suche. Der Cheyenne fragte, ob er eine Nachricht an diese Lebewesen auf das Tonband des einen Wissenschaftlers sprechen dürfe. Der NASA-Mann stimmte zu, und der Indianer sprach mehrere Minuten in das Mikrophon des Aufnahmegeräts.

Zurück in Houston, Texas, machte die Geschichte schnell die Runde. Zufällig befand sich ein nördlicher Cheyenne unter den Ingenieuren. Er bat, das Band abhören zu dürfen, was ihm auch erlaubt wurde. Als der Indianer einen Moment zugehört hatte, fing er furchtbar an zu lachen. „Was ist los? Warum lachen Sie so?" wollten die anderen Wissenschaftler wissen. Antwort des Cheyenne: „Der erste Satz auf dem Band lautet. 'Nehmt euch vor diesen Männern in acht! Sie werden Euch zu überreden suchen, einen Vertrag mit ihnen zu schließen!'"

ORGANISATION: Foundation Workgroup Indian Project, Bloengracht 90, 1015 TM Amsterdam/The Netherlands, Te. 020-235984 or 020-766242, Rotterdam Office: 010-111055.

VIERTES RUSSELL-TRIBUNAL (ROTTERDAM, 24. 30. NOVEMBER 80) „DIE RECHTE DER INDIANER AMERIKAS"

Unter den 17 Mitgliedern der Jury befinden sich z.B. der Schriftsteller Eduardo Galeano (Uruguay), Robert Jungk (Österreich) und Lucio Lombardo Radice (Italien), der brasilianische Indianerführer Mario Juruna wird beim 4.Russell--Tribunal nicht erscheinen können, da die staatliche indianische „Vertretung" (FUNAI) ihm die Ausreise nicht gestattet; außerdem wohnen den Sitzungen 17 internationale und 10 niederländische Berater (Advisors) bei.

Insgesamt werden 12 ausgesuchte Fälle behandelt.

Montag, 24.11.80:
von 9 - 12 Uhr 30: Fall Cauca (Kolumbien)
vertreten durch: CRIC (El Consejo Regional Indegena del Causa)
14 - 17 Uhr 30: Fall Kommune San Juan de Indores (Peru)
vertreten durch: National Committee for Human Rights
20 - 23 Uhr: Fall Campa (Peru)
vertreten durch: Centro de Investigacion y Promocion Amazonica
Dienstag, 25.11.:
9 - 12 Uhr 30: Fall Rio Negro Prelacy (Brasilien)
vertreten durch: Macio Souza
14 - 17 Uhr 30: Fall Nambiquara (Brasilien)
vertreten durch: Comissao de Defensa ao Povo Nambiquara
20 - 23 Uhr: Fall um die Rechte der autochthonen Bevölkerung Brasiliens: Maori etc.
Mittwoch, 26.11.:
19 - 12 Uhr 30: Fall der Spanischen Botschaft in Guatemala
vertreten durch: Frente Democretice contra la Repression
20 - 23 Uhr: Deklaration über die Situation der Indianer in Bolivien
Donnerstag, 27.11.:
19 - 12 Uhr 30: Fall Hotevilla Hopi (Arizona, USA)
vertreten durch: Independent Hopi Villa of Hotevilla
14 - 17 Uhr 30: Fall „Big Mountain Dine", Navajo (Arizona, USA)
vertreten durch: Herbert Blatchford
20 - 23 Uhr: Fall Lakota (South Dakota, USA)
vertreten durch: Lakota Treaty Council
Freitag, 28.11.:
9 - 12 Uhr 30: Fall Haudenosaunee (New York State, USA)
14 - 17 Uhr 30: Fall Conseil Attikamete Montagnais (Kanada)
vertreten durch: Bruce Allicion
20 - 23 Uhr: Völkermord gegen andere autochthone Völker, z.B. Papua, Kurden
Samstag, 29.11.:
9 - 12 Uhr 30: Fall Grand Council Treaty No 9 (Ontario, Kanada)
vertreten durch: Grand Council No 9, Grand Council of the Iroquies Confederacy
20 Uhr: geschlossene Sitzung von Jury und Advidory Council
Sonntag, 30.11.:
14 - 15 Uhr 30: Schlußsitzung
16 Uhr: Pressekonferenz

Inhaltlich werden behandelt: Vertragsbrüche,Reservationsprobleme, Völker- und Stammesmord, Landraub, Annextionen, Jagd- und Fischereirechte, Repression und Gewalt gegen Indianer etc.

Die Veranstaltungshalle hat ein Fassungsvermögen von 400 Plätzen, es ist allerdings beabsichtigt, in einer Nebenhalle parallel zur Veranstaltung Monitore aufzustellen. Schlafplätze sind nur in Hotels zu bekommen, es wäre also gut, sich bei Freunden vorher um eine Unterkunft zu kümmern!

Das Tribunal wird voraussichtlich in englischer Sprache stattfinden.

REAGAN for SHAH

DER HORRORAUSGANG DER WAHL BRACHTE DIE LEUTE ZUM REDEN: REAGAN,PROTESTE,FREIE RADIOS

Ein Brief aus Berkeley / Kalifornien

, Reagan und Bush - '84 haben wir Krieg!'

6.November
"Ja, jetzt muß ich euch doch schnell das Wichtigste mitteilen. Der Ausgang der Wahlen war wirklich der totale Schock und Berkeley wohl der einzige Ort in den Vereinigten Staaten, wo es noch in der Nacht nach den Wahlen zu einer spontanen Demonstration kam. Gegen 10 Uhr nachts waren plötzlich die Leute auf der Straße, die Zahl schwoll schnell auf an die 2 000 Menschen an, die von der Innenstadt bzw. Hauptgeschäftsstraße über den Campus zum Peoples Park (1969 wurde er zum ersten Mal besetzt, dagegen setzte der damalige Gouverneur Reagan die Nationalgarde ein: es gab einen Toten und einen Schwerverletzten. Auch jetzt wieder hatte er symbolischen Wert) mit Fakkeln u.a. zogen und die Leute aus den Häusern holten, dort wurde ein Reagan-Papierpuppe symbolisch verbrannt. Schon den ganzen Abend über liefen deprimierte und aufgebrachte, verwirrte Studenten und Berkeleyaner in die Cafes, der Horrorausgang dieser Wahl brachte auf einmal die Leute zum Reden, und die letzten Tage ging das überall so weiter, bestürzte Kommunikation.
Gestern Vormittag gab es auf dem Campus eine große Demonstration, mit über 1 000 Studenten, von denen dann so um die 200 die California Hall besetzten, um mit dem University Chancellor, der sich natürlich nicht blicken ließ, zu sprechen. Die Demonstration und die Besetzung liefen vor allem aus Protest gegen Reagan, es wurden aber auch verschiedene Forderungen an die Universitätsverwaltung gestellt: Entwaffnung der Universitätsbullen, Schließung des Versuchskernkraftwerks auf dem Campus, sowie Verbannung des Livermorelabors (das Atom-kriegs-forschung betreibt) von der Universität, die Werber für die U.S.Marine sollen vom Campus ausgeschlossen werden)die haben immer noch ein eigenes Office hier, obwohl sie schon einmal in den frühen 70er Jahren verschwinden mußten, bessere Ausbildungsmöglichkeiten für ethnische "Minderheiten", Frauen, Behinderte, vor allem Unterstützung für die Chicanos in ihrem Streit mit der Berkeley-Universität um faire Aufnahmebedingungen und mehr Kindergartenplätze. Alles alte Forderungen, die die letzten Jahre immer wieder von Studentengruppen und verschiedenen lokalen politischen Gruppen an die Universität gestellt worden sind. Die Studenten hatten das Gebäude bis gegen Abend besetzt, 50 Leute wurden festgenommen, heute morgen war deswegen eine Protestdemonstration und morgen ist nochmals eine, weil die Universität nicht auf Verfahren gegen die Festgenommenen verzichten will, denen droht u.a. Ausschluß von der Universität, wie hier üblich. Obwohl es bei der Besetzung ziemlich viel spontane Unterstützung gab, weiß ich nicht, wie das weitergehen wird, es sieht eher aus, als würde sich die Angelegenheit etwas verlaufen.

Der Wahlerfolg Reagans ist tatsächlich beängstigend, und die Auswirkungen sind nicht abzusehen. Ökonomisch sind die Staaten derart heruntergekommen, es ist an allen Ecken und Enden spürbar, wenn du hier lebst. Die Rechte, vor allem "neugeborene Christen" und andere obskure "Moralisten" sind unheimlich organisiert, und sie verfügen vor allem über sehr viel Geld. Von den 6 mageren liberalen Senatoren ist nur einer nach dieser Wahl (in Colorado, Gary Hart) für den Senat übrig geblieben, aus der San Francisco Bay Area sind immerhin noch zwei Linke im Parlament (Repräsentantenhaus), nämlich Tom Bates und Ron Dellums, ein alter Bürgerrechtler, dringeblieben.
Daß Reagan in den nächsten Jahren vier Bundesrichterposten neu besetzen kann, wird verheerende Folgen haben, vor allem was die Entscheidungen über Gleichberechtigung der Frauen (Equal Rights Amendment, Affirmative Action), Abtreibung, Atomkraft anbelangt.
Daß Reagan mit einer solchen Mehrheit gewählt werden konnte, ist nur ein Barometer für eine recht erschütternde Tendenz: die amerikanische, weiße Mittelklasse ist vor allem seit den Ereignissen im Iran noch empfindlicher in ihrem vorher naiv selbstverständlichen "Nationalstolz" getroffen, dazu haben vor allem die unteren Schichten der Mittelklasse ihren Lebensstandard herabschrauben müssen und fühlen sich in ihrer ökonomischen Existenz bedroht. Die ersten Repressionen sind schon sichtbar, z.B. haben Vertreter der NCPC (New conservative political caucus) in Washington den Mund aufgerissen und verlangt, daß keine Regierungsgelder mehr an unabhängige, non profit Medien bezahlt werden, sie haben in diesem Zusammenhang KPFA genannt, eine lokale linke Radiostation in Berkeley, die seit 33 Jahren existiert und über die Bay Area hinaus ausstrahlt. Falls es zu solchen Maßnahmen kommt, wird es hier bestimmt zu großen Protesten kommen. KPFA ist hier eine wichtige und geliebte Institution, und wenn auch die Studenten in Berkeley größtenteils unpolitisch sind, so haben wir immer noch eine linke Stadtregierung und eine recht bewußte Bevölkerung, die sich gegen solche Maßnahmen wehren wird.

Ich bin wie die meisten meiner Freunde trotz leichtem Auftrieb wegen der Demonstrationen fürchterlich über diese Situation deprimiert und hoffe nur, daß zumindest die Kommunikation, die die letzten Tage überall eingesetzt hat, anhält und daß wir in Zukunft auch sofort genügend Leute auf die Beine bringen können. Wir haben momentan alle Angst vor Krieg, was euch vielleicht hysterisch erscheinen mag, aber es ist wirklich nicht abzuschätzen, was Reagans Hintermänner so vorhaben, unter anderem sieht es so aus, als stünde auch einem Come Back Richard Nixons nichts im Wege, wetten er wird Botschafter der USA für China?"

Kontakt: Sigrid Brauner, 1315 Henryst., Berkelev. Ca. 94709, USA

Lochgitterkästen wurden vor den Zellenfenstern des Knastes in Frankfurt-Preungesheim angebracht. Die Gefangenen der Justizvollzugsanstalt I beschwerten sich Mitte September über den unerträglichen Lärm, der zur Anbringung der Kästen siebeneinhalb Stunden täglich vor ihren Zellenfenstern veranstaltet wurde. Die Lochgitterkästen kommen zu den Betonsichtblenden hinzu, die bereits dafür sorgen, daß die Kontaktaufnahme mit der Außenwelt oder den Zellennachbarn durchs Fenster verhindert wird. Die Gefangenen sprechen von „psychischer Folter" und fordern den Minister auf, anstatt für diese „Käfige" lieber Geld für hygienische Einrichtungen bereitzustellen, denn weil diese angeblich fehlen, wurde bereits das Duschen von zweimal auf einmal in der Woche reduziert. „Herr Minister, kommen Sie uns jetzt nur nicht damit, daß die Käfige zur Sicherung der Anstalt angebracht werden müßten. Dieser Spruch ist uns zu fad, nämlich genauso fad, wie der wöchentliche fleischlose Eintopf hier. Vor was will sich die Anstalt denn überhaupt sichern? Langen die Gitter nicht, hat sie etwa Angst, wir könnten durch die jetzigen Gitter durchfallen, wenn wir aus den circa 70 x 50 cm ‚großen' Fenstern sehen? Sind etwas deshalb die Käfige zur Sicherung der Anstalt wichtig? Sollte dem so sein, so ist es allerdings lobenswert, Herr Minister, wie Sie und die Anstalt sich um unsere Sicherheit sorgen. Nun aber Spaß beiseite, Herr Minister, denn dazu ist die Sache zu ernst." Der mit 36 Gefangenen-Unterschriften an Justizminister Günther geschickte und von diesem am 15. Oktober als unbegründet abgelehnte Protest wurde uns übrigens von einem Frankfurter Finanzamt übermittelt, das mit dem ID die Straßenadresse „Hamburger Allee" teilt und dort ordnungsgemäß als „Irrläufer" eingestuft . . . Im Licht der Preungesheimer Beschwerde erscheint ein Protest der Knast-Anwohner, überwiegend Schließer im sozialen Wohnungsbau, besonders witzig. Sie beklagten sich bitter über den von den Zellen (!!) ausgehenden Lärm, der ihren Wohnungsfrieden beeinträchtige! —

Kontakt zu den Gefangenen: über Eckbert Lüder, Obere Kreuzäckerstr. 6-8, 6000 Frankfurt 50 und über Rechtsanwalt Rainer Koch, Sandweg 9, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 49 03 92.

KURZ

Ein eigenes Fernsehgerät forderten am 20. September zweihundert Gefangene im Knast Rheinbach (Nordrhein-Westfalen) in einer Petition an den Landtag. Laut Petition haben sie nur alle acht bis zehn Tage für etwa drei Stunden die Möglichkeit, am Fernsehen teilzunehmen, und dabei werden auf Wunsch der Mehrheit fast nur Western-Filme und Krimis gezeigt. In Hamburg-Fuhlsbüttel, dem Knast von „Santa Fu", hätten dagegen etwa fünfhundert Gefangene einen eigenen Fernseher. Der Vorstoß hatte bisher keinen Erfolg.

Kontaktadresse: Fred Wunderlich, JVA, Aachener Str. 47, 5308 Rheinbach.

HERAUSGEBER

Frankfurter Informationsdienst e. V.
Hamburger Allee 45
6 000 Frankfurt 90
Tel.: 0611 / 70 43 52
ID - Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr

Verantwortlicher Redakteur: *Richard Herding*

Ich will unbedingt Euer Blatt haben. Das Geld habe ich eingezahlt auf Euer Postscheckkonto Frankfurt 52 52 28 - 602

Name .... ☐ Probeexemplar

Straße .... ☐ Patenabo für Gefangene

Wohnort .... ☐ Neuabo

frankfurter informationsdienst postfach 900 343, 6000 frankfurt 90, hamburger allee 45 tel. 0611/70 43 52, postscheckkonto frankfurt 52 52 28-602

12 Hefte für DM 30,-
24 Hefte für DM 60,-
48 Hefte für DM 120,-

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte):	30,-DM
Halbjahr (24 Hefte):	60,-DM
Jahresabo (48 Hefte):	120,-DM

Als Bestellung gilt die *Überweisung* auf das *Postscheckkonto 52 52 28 - 602, Postscheckamt Frankfurt / Main (Frankfurter Informationsdienst e. V.)*

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende *Stichworte* angeben: *Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem* leserlich *die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.*

Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und das schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO - KEIN ID IM KASTEN !!!!

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

MILITÄR GEGEN SAMEN

Der Bau des Alta-Staudamms soll gegen Ende 1980 begonnen werden. Trotz des Widerstandes hält die norwegische Regierung an ihren Plänen fest und setzt jetzt vorbeugend Militär ein. Es gibt Vermutungen, daß die Energie eines künftigen Staudammes am Alta-Fluß gar nicht norwegischen Bedürfnissen dienen soll, sondern dem Ausbau einer Nato-Militärregion in Nord-Norwegen. Angeblich wollen die USA Stützpunkte, die sie in Nord-Persien verloren haben, jetzt im Norden Norwegens errichten.

Sanft ist der erste Schnee in Oslo gefallen. Doch die politische Temparatur ist steigend. Drei Volksbewegungen kämpfen inzwischen gegen die wahnwitzigen Aufrüstungspläne und nun läßt der norwegische Justizminister eine Kolonne von 35 Fahrzeugen der Zivilverteidigung – über Schleichwege durch Schweden und Finnland, mit aufgeklebten Polizeiwappen – in die Nähe des geplanten Alta/Kautonkeino-Dammes fahren, dessen Ausbau nun schon drei Male vom Parlament, trotz enormen Widerstandes, beschlossen wurde. Das Amtsgericht Alta hatte vor kurzem noch 3 herausgegriffene Samen ausdrücklich wegen ihres Rechts auf Widerstand in Notwehr freigesprochen – und das Gutachtergericht in Alta, das entscheiden soll, ob der Staat überhaupt den Bau in Gang setzen darf, läßt sich wegen der großen Stoffmengen mit dem Urteil noch Zeit.
Nun hat ein noch üblerer einen schon reaktionären Justizminister abgelöst und dieser setzt also Militär ein und hat nichts gegen den Vorschlag eines rechten Politikers, der einen „Eisenring" um Alta und Visumzwang einführen will. Innerhalb dieses Ringes ist eben ein Feldlazaret des Militärs eingerichtet worden.

Aber gegen diese massiven Bedrohungen regt sich der Widerstand. Die Volksaktion gegen den Ausbau hat über 20.000 Mitglieder im ganzen Land, und im Falle des Baustarts sind zunächst die regionalen Aktivisten dran, die sich einer militarisierten Polizei widersetzen werden, während, wenn nötig, überall im Land Charterflüge, die Küstenboote oder Züge Hilfe heranbringen und durch Demonstrationen Polizeikräfte gebunden werden. Appelle ans Ausland werden noch zurückgehalten.
Stein Ornhoi, Abgeordneter der Sozialistischen Volkspartei im Parlament, fragte, ob es wirklich wahr ist, „daß die Regierung, entsprungen einer Arbeiterbewegung, mit bewaffneter Polizei, Tränengas, Hunden und militärischen Mitteln einen der tiefstliegenden Wertekonflikte, denen Norwegen seit dem Krieg erlebt hat, lösen will?" Der Leiter der ABC-Abteilung der Zivilabteilung in Alta und andere überall im Land, sind inzwischen aus der Zivilverteidigung im Protest ausgetreten und dann schickten die 3 in aller Welt bekanntesten norwegischen Forscher, der Philosoph Arne Näss, der Kriminologe Nils Christie und der Soziologe Johan Galtung einen offenen Brief an Ministerpräsident O. Nordli, in dem es u.a. heißt:

„Den Versuch zu unterlassen, den Alta/Kautokeino-Bau zu verhindern, würde uns mitschuldig machen. Wir wären mitschuldig daran, was wir als den ernstesten Übergriff an der Urbevölkerung in Norwegen in neuester Zeit erleben. Unsere Nachkommen und wir selbst würden uns hart verurteilen, wenn wir – die Großgesellschaft – die materiellen und psychologischen Voraussetzungen für eine samische Identität niederwalzen lassen. Daran wollen und können wir nicht mitschuldig werden und daher sind wir, zusammen mit anderen, einig, das äußerste zu tun, um diesen Ausbau zu verhindern. Das wollen wir besonnen und gewaltlos.
Den tiefen Riß, der zu entstehen droht, den kann jetzt nur die Regierung verhindern..."

Der Nachrichtensprecher des Radios fragte nach der Veröffentlichung Nils Christie, ob diese Formulierungen bedeuten, daß die drei, wenn nötig, nach Alta fahren und sich anketten lassen? – Selbstverständlich, war die Antwort.

Jürgen Wierzoch, Oslo

(lieber jürgen, wenn du uns wieder einen artikel schickst, sei doch bitte so nett und halte einen größeren zeilenabstand ein. es ist so mühsam, deine artikel zu setzen. schönen gruß - die setzerin)

PUTSCHPLÄNE IN GUATEMALA – DER AUFSTAND SOLL UNTER ALLEN UMSTÄNDEN VERHINDERT WERDEN

Der folgende Artikel stammt aus der mexikanische Tageszeitung „uno mas uno" vom 13. Oktober 1980. Wir erinnern an die Guatemala-Berichte im ID 353 (Indianer - Schwerpunktnummer) von Anfang Oktober.

Mangelndes Prestige und allgemeine Schwäche der Christdemokraten machen in Guatemala eine Koalition „a la El Salvador" mit dem Militärregime unmöglich. Der offene Krieg gegen das Volk ist daher der einzige Ausweg, der dem Regime des Generals Lucas Romero Garcia bleibt.

Zur gleichen Zeit versuchen die Vereinigten Staaten eine politische Alternative um den Ex-Vizepräsidenten Francisco Vilagran Kramer aufzubauen, an der Christdemokraten, der rechte Flügel der Vereigten Revolutionsfront (FUR) und auch Offiziere des guatemaltekischen Heeres beteiligt werden sollen.

Laut Juan Sandoval von der nationalen Führung der „Bewaffneten Rebellischen Kräfte Guatemalas (FAR) wird diese rechte Allianz versuchen, mit Wahlen im Jahre 1982 oder schon durch einen vorherigen Putsch versuchen einen Regierungswechsel herbeizuführen. Seiner Meinung nach befinden sich die USA mit ihrem Versuch der politischen Alternative in einer Sackgasse. „Die Militärdiktatur hat selbst alle politischen Wege versperrt. Sie hat weite Bereiche der demokratischen Opposition unterdrückt, und die Überlebenden arbeiten heute mit der revolutionären Volksbewegung zusammen."

Guatemala befindet sich heute in einer „Vorrevolutionären Situation", die einerseits durch hoffnungslos, verzweifelte Wirtschaftsmaßnahmen der sich seit 1954 ablösenden Militärdiktaturen einerseits und durch Wahlbetrug andererseits (30% Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen 1978), durch Repression und Terror verursacht worden ist. (Mehr als 20 000 Menschen wurden in den letzten 20 Jahren ermordet, seit die liberale Regierung Jacobo Arbenz' durch militärische Intervention der USA 1954 gewaltsam gestürzt wurde.)

Unter der Herrschafft der Militärs entstand im Lauf der Jahre eine minimale Leichtindustrie in Guatemala, die nur für den Auslandsmarkt arbeitete. Sie ließen Wasserkraftwerke bauen, förderten die Infrastruktur der sogenannten ‚Nord - Transversale' (eine Straße durch das Urwaldgebiet Nord - Guatemalas), um die Investitionen internationaler Konzerne anzulocken und versuchen heute, das Angebot der Landwirtschaftsproduktion im Hinblick auf den Export zu erweitern. (Dies z.B. den Anbau von Kardamon, einer Distelpflanze, die in der Parfümindustrie verwendet wird).

Das Grundproblem der Landverteilung jedoch - 10 000 Familien besitzen 80 % der Anbauflächen des Landes - wurde nie angerührt und wird auch nie angerührt werden: Lucas Garcia und zwei Ex-Präsidenten besitzen je 7 Landgüter in der Grenzregion Alta Verapaz un El Peten (wo auch die Nord-Transversale gebaut werden soll).

Das politische Ziel der Volksbewegungen und der demokratischen Opposition ist die Entwicklung eines starken und aktiven politischen Bewußtseins und die Einbindung breitester Bevölkerungsteile in den revolutionären Kampf. Die Folge dieser Bemühungen ist ein Anwachsen der Massenorganisationen in den letzten Jahren, die Eingliederung einer starken Bewegung guatemaltekischer Christen in die Reihen der Opposition und die „unabhängige politische Beteiligung" der Industriearbeiter. Es ist daher das erklärte Ziel der Militärregierung, diese wachsende Fusion zwischen Volksbewegung und politisch - militärischen Organisation zu zerstören.

Juan Sandoval, Führer der ältesten Guerillaorganisation Guatemalas, die als gemeinsame Front verschiedener Gruppierungen 1963 gegründet wurde, ist jedoch optimistisch: „Wir stehen an der Schwelle einer revolutionären Situation, die in spätestens zwei Jahren ausgereift sein wird. 1981 wird daher ein entscheidendes Jahr werden."
Die Aufgabe der nächsten Monate wird die Zusammenführung der Bewaffneten Rebellischen Kräfte (FAR), des Guerillaheeres der Armen (EGP), der Organisation des Volkes unter Waffen (Orpa) und der guatemaltekischen Front der Arbeit (PGT) sein. Orpa, EGP, FAR und PGT arbeiten schon auf einer Linie in der miltärischen und politschen Koordianation der Massenbewegungen zusammen und sind sich im Großen und Ganzen auch in den taktischen Erfordernissen zum Sturz der Diktatur einig. Wichtiger aber noch, und durch die sich täglich zuspitzenden Verhältnisses des Landes dringend erforderlich, ist die Schaffung einer gemeinsamen Aktionsfront und einer einheitlichen Führung.

Auch in der guatemaltekischen Bourgeoisie zeichnet sich ein Einigungsprozeß ab. Auf der militärischen Ebene hat sie ein ZIVILHEER, das sich aus somozistischen Ex-Nationalgardisten (ehemalige Soldaten von Somoza) und den Söhnen von Großgrundbesitzern zusammensetzt, aufgestellt. Die Bourgeoisie weiß sehr genau, daß die offizielle Armee leicht auseinanderbrechen kann, da sie auch die Klassenunterschiede des ganzen Landes widerspiegelt. Aber auch politisch - ökonomisch sind die Fraktionen der Bougeoisie näher zusammengerückt. Nach der Kapitalflucht von 100 Mio. Dollar in den ersten drei Monaten dieses Jahres, war die Wechselkursbindung eine Maßnahme, die die Agrarexportbourgeoisie am stärksten traf, die sie aber akzeptierte, um den Terror gegen das Volk zu verstärken. Geschlossen hat sie sich in die Arme der Repression geflüchtet, um durch sie die Widersprüche zu unterdrükken, dei durch das Anwachsen der Massenbewegung und der revolutionären Organisationen immer deutlicher artikuliert werden.

Den USA bietet die Situation in Guatemala mittelfristig zwei Möglichkeiten: militärisch zu intervenieren und damit einen Krieg in der ganzen Region heraufzubeschwören oder mit demokratischen Teilen der Regierung zu verhandeln. Diese zweite Option wird jedoch, laut Juan Sandoval, mittelfristig nicht mehr zu realisieren sein: „Unsere politisch - militärische Entwicklung wird bis dahin einen revolutionären Wechsel unumgänglich machen."

ID. Nr. 359 Wiederverkäufer/Buchläden: Schickt bei Remissionen NUR DIESE ECKE ein und verschenkt den Rest an einen den 59.996.990 Noch-Nicht ID-Leser!!

POSTVERTRIEBSSTÜCK GEBÜHR BEZAHLT D 1870 C ID Nr. 359 NR. d. Abos bez. bis ID Nr. Expl.

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

AN AMERICAN LEGEND

INHALTSVERZEICHNIS